REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 471 · 21.3.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Schröders Schlachtfest
2. Argentiniens besetzte Betriebe. Zum Dilemma der Selbstverwaltung im Kapitalismus - Alix Arnold
3. Das Imperium schlägt zurück. Die neue Weltordnung und der Krieg gegen den Irak - Tom Binger
4. Imperialismus statt "Empire". Der Irak-Krieg entzaubert eine Theorie - dk.
5. Kein Krieg für Öl - für einen demokratischen Irak. Erklärung von Haukari e.V. - Haukari e. V.
6. Krieg ist (nicht) Frieden. Wolf Wetzels Reise durch die jüngere deutsche Geschichte - Thomas Klein
7. Antideutsche Politikberatung. "Memorandum zum Irak" - Tipps für die deutsche Außenpolitik - Sven Unverdorben
8. Am Vorabend des Krieges. Eine nicht repräsentative Auswahl von Diskussionsbeiträgen - Js.
9. (K)ein Platzverweis für Neonazis. Friedensbewegung bietet Einfallstore für extreme Rechte - Antifaschistisches INFO-Blatt
10. Signale aus blockfreiem Raum. Irak-Krieg revitalisiert Konferenz der Blockfreien - Rainer Werning
11. Goodbye Taliban - welcome Warlords? In Afghanistan ist keine Demokratisierung in Sicht - Gunnar Schedel
12. Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge? Dokumentation - Alain Gresh
13. Neutralität ist Illusion. Alain Gresh vermittelt Basiswissen über den Nahost-Konflikt - Js.
14. Der Mythos von der "chinesischen Gefahr". Beobachtungen auf einer Forschungsreise in den Fernen Osten - Kai Ehlers
15. Guatemala: Während sich die Linke in Bedeutungslosigkeit übt, lässt der Frieden auf sich warten - Miguel Sandoval
16. Sondereinheiten nach Kolumbien - Dario Azzellini
17. Thomas Sankara - der Che von Burkina Faso. Ein etwas anderer Reisebericht - Tommy Schroedter
18. Ganoven in Unternehmergestalt. In Frankreich hat eine Welle von Massenentlassungen begonnen - Bernhard Schmid
19. Haushaltstricks für alle. Ambivalente Selbstverwaltung im Bürgerhaushalt von Porto Alegre - Carsten Herzberg
20. Geschäfte mit dem Teufel. Fünf deutsche Unternehmen wegen Unterstützung der Apartheid vor amerikanischem Gericht - Theo Kneifel
21. Folter dipolter. Zur schleichenden Aufweichung des Folterverbots in Deutschland - Albert Scharenberg
22. gender troubles aktuell
23. "Immer noch zu wenig" - Stefanie Graefe
24. Leben nach dem Sozialforum. Welt Sozial Forum 2003: zuviel Bürokratie - zuwenig Demokratie - Andrej Grubacic
25. Denkt negativ! John Holloways Entwurf einer antiautoritären Welteroberung - Dirk Hauer
26. Antirassismus neu buchstabiert. "kein mensch ist illegal" lädt ein zur Diskussion - Gregor Samsa
27. Spanischer Krieg und KPD-Opposition - Manfred Behrend
28. Zeugen aus der Todeszone. Berichte von Häftlingen des Sonderkommandos in Auschwitz - Raphaela Kula
29. Hoher Schädlingsdruck. Wie die Grüne Gentechnik den Süden beglücken will - Gregor Kaiser
30. Wunschliste der Privatisierer. Die GATS-Liste der EU
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
32. Freie Dienste - private Dienste. Oder: Wie "Globalisierung" gemacht wird - Ralf Krüger
33. Schmuddeltarif. DGB tarifiert Leiharbeit - Mag Wompel
34. Ohren-Propaganda
35. Black Community / BRD. Samy Deluxe und Afrob legen gemeinsames Album vor - DSe
36. Gentrification, Gecekondus und grenzenloses Kapital. Dialog zwischen Metropolen: das ErsatzStadt-Projekt - Matthias Reichelt
37. AUFGEBLÄTTERT

38. LESERINNENBRIEFE
39. KALENDER
40. Editorial
41. Viele bunte Ostereier...

# 1. Schröders Schlachtfest

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Interventionspolitik und Kriege; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:41

14. März, morgens im Bundestag: Showtime. Der Kanzler spricht zu den Abgeordneten. Aber natürlich spricht er eigentlich zu den Medien, auf dass diese das Kanzlerwort dem Volk erklären. "Mut" wolle er machen, sagte Schröder, "Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung". Und so war es denn auch: Keine Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede, wie vielfach beschworen, sondern eine staatsmännisch vorgetragene Einladung zum Schlachtfest.

Staatliche Leistungen kürzen, Eigenverantwortung und Eigenleistung fordern. Der rot-grüne Plan für eine autoritäre Verarmungspolitik wurde nicht aufgeregt, sondern ernsthaft-freundlich vorgetragen. Die Drohung "Niemand wird sich entziehen dürfen" blieb fast unbemerkt.

Die konkreten Vorhaben sind nicht neu: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe "auf eine Höhe, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entspricht". Also Abschaffung der Arbeitslosenhilfe; Beschränkung des Arbeitslosengeldes; noch schärferer Druck auf Erwerbslose ("Pflicht, zumutbare Arbeit auch anzunehmen"), Aufweichung des Kündigungsschutzes ("Sozialauswahl so umgestalten, dass ... die Leistungsträger ... gehalten werden" - mit anderen Worten: Alte raus); Aufweichung der Flächentarifverträge durch Betriebsvereinbarungen und Öffnungsklauseln (hier drohte Schröder den Gewerkschaften unverhohlen mit dem Gesetzgeber); Privatisierung von Renten- und Krankenversicherung.

Den Gewerkschaften wirft er ein paar Krümel hin - schließlich will er ihnen ein durch und durch antigewerkschaftliches Programm schmackhaft machen. "Dogmatische Unbeweglichkeit" ist in seiner "Agenda 2010" fehl am Platz. Die Zeiten, in denen die SPD auf den DGB Rücksicht nehmen musste, sind vorbei. Selten zuvor ist den Gewerkschaften ihre Rolle in Krisenzeiten so deutlich vorgeführt worden: Sie sollen die Deregulierung des Arbeitsmarktes mitgestalten, Lohnsenkungen tarifieren und Sozialabbau nach innen verkaufen. Ob sie sich widerstandslos zum Transmissionsriemen des neoliberal-autoritären Umbaus von Staat und Gesellschaft machen lassen, ist aber noch nicht ausgemacht. Gerade angesichts globaler Protestbewegungen sollte man die Hoffnung auf Risse im gewerkschaftlichen Milieu nicht aufgeben.

Adressiert an die Kapitalisten hat Schröder eher beiläufig, doch unmissverständlich klar gemacht, in wessen Interesse er auch weiterhin zu handeln gedenkt: "Machen Sie Gebrauch von den neuen Möglichkeiten. Setzen Sie die Angebote endlich um, die Sie selbst gefordert haben". Gleichzeitig watscht er die "Egoisten", "Lobbyisten" und VertreterInnen von "Sonderinteressen" ab: diejenigen, denen die Senkung der Lohnnebenkosten egal ist; diejenigen, die soziale Sicherungsansprüche diesem Dogma nicht unterwerfen wollen; diejenigen, die an Arbeit, Arbeitsbedingungen, Löhne und soziale Sicherung Ansprüche stellen.

Gerhard Schröders Rede ist verbindlich im Ton, nicht zuletzt aus Rücksicht auf die eigene Parteibasis. Vor kurzem noch hatte Generalsekretär Olaf Scholz die SPD-Mitglieder beschimpft: Sie verstünden die Politik der Regierung nicht und verweigerten dem Kanzler die Gefolgschaft. Die vernichtenden Wahlniederlagen der letzten Wochen sind ein deutliches Signal, dass auch traditionell sozialdemokratische Milieus dieser Regierung nicht zutrauen, "soziale Gerechtigkeit" glaubhaft zu repräsentieren.

Zur Schröderschen Besänftigungstaktik gehört auch das Bonmot vom "Mut zum Frieden" und das Geraune vom Beharren auf der eigenen außenpolitischen Unabhängigkeit (ein populistischer Bezug auf die Ressentiments gegenüber dem Führungsanspruch der USA), mit dem er die Regierungserklärung einleitete. Auch das vage Versprechen eines Investitionsprogramms zur Verbesserung der kommunalen Handlungsfähigkeit soll besänftigen. Von der grundsätzlichen Linie der Haushaltskonsolidierung und der Steuergeschenke für Unternehmen und Vermögensbesitzer will er jedoch nicht abweichen.

Unterm Strich bleibt eine in der Sache eisenharte Aussage: Die Regierung (und die Opposition) hat all denjenigen den sozialen Krieg erklärt, die sich den herrschenden Flexibilisierunganforderungen nicht unterwerfen wollen oder können. Sie droht ihnen direkt mit Verarmung und Repression, um "Höchstleistungen" zu erpressen. Man wird diese Drohungen ernst nehmen müssen. Die politische Klasse und die Kapitalistenverbände in diesem Land sind finster entschlossen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen grundlegend über den Haufen zu werfen und den Verwertungsanforderungen der Standortlogik anzupassen.

# 2. Argentiniens besetzte Betriebe. Zum Dilemma der Selbstverwaltung im Kapitalismus

*Anmerkungen zum Dilemma der Selbstverwaltung im Kapitalismus*

Autor: Alix Arnold · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:32

Der folgende Text ist dem Buch Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien entnommen, das Ende März bei Assoziation A erscheinen wird und im deutschsprachigen Raum den ersten umfassenden Überblick über Praxis und Theorie der argentinischen Revolte nach dem Aufstand vom Dezember 2001 vorlegt. Autor ist das Colectivo Situaciones, ein Kollektiv junger argentinischer Bewegungsintellektueller. Alix Arnold hat sich am Buch des Colectivo mit folgenden Beitrag beteiligt.

Über die Hälfte der Industriekapazität in Argentinien liegt brach. In dieser dramatischen Krise entschließen sich immer mehr ArbeiterInnen, Betriebe zu besetzen und in Eigenregie weiterzuführen. Die Besetzungen entstehen als Überlebensprojekte in einer defensiven Situation. Aber sie werfen Fragen auf, die weit über das unmittelbare Ziel - den Erhalt der eigenen Arbeitsplätze - hinausgehen. Mehr als zehntausend ArbeiterInnen stellen zur Zeit in Argentinien das Privateigentum praktisch in Frage, und sie müssen sich teilweise handgreiflich gegen die Staatsgewalt durchsetzen. Sie machen die Erfahrung, dass sie in der Lage sind, die Produktion selbst zu organisieren. In einer Fabrik ohne Chefs ist plötzlich nichts mehr selbstverständlich, nichts muss als gegeben hingenommen werden. Es gibt keine Vorarbeiter und Meister mehr; stattdessen wählen die ArbeiterInnen Koordinatoren, die sie jederzeit wieder abberufen können. Sie verändern Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse. In Versammlungen diskutieren und entscheiden sie, was und wie produziert wird. Nicht mehr Profit und Gewinnmaximierung sind das Ziel der Produktion, sondern Einkommen für möglichst viele Menschen und die Herstellung nützlicher Dinge unter erträglichen Bedingungen. Das klingt schon fast nach einem kleinen bisschen Kommunismus.

Ein kleines bisschen Kapitalismus

Selbstverwaltete Betriebe als Inseln im Meer der kapitalistischen Krise sind jedoch ein widersprüchlicher Versuch, der leicht in der Selbstverwaltung des Mangels stecken bleiben kann. Dass ein paar tausend ArbeiterInnen in verlassenen Fabriken auf eigene Rechnung arbeiten, muss nicht unbedingt weiter gehende Folgen haben. (...)

In der MNER, der "Nationalen Bewegung instand besetzter Betriebe", sind etwa achtzig selbstverwaltete Kooperativen mit insgesamt 8.000 Beschäftigten organisiert. Die meisten besetzten Betriebe haben sich dafür entschieden, Kooperativen zu gründen. Damit konnten sie wenigstens drohende Räumungen und Zwangsversteigerungen verhindern. Bedingung für diese Legalisierung ist aber oft, dass die ArbeiterInnen die Schulden des ehemaligen Besitzers übernehmen. Entsprechend groß ist dann der Druck, produktiv und marktgerecht zu produzieren. Noch ist kein selbstverwalteter Betrieb völlig gescheitert, aber viele Kooperativen können nur geringe Löhne auszahlen und sehen sich gezwungen, Abstriche an Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen zu machen oder gar ArbeiterInnen zu entlassen. Bei einigen reichen die Löhne kaum für das Überleben. Die BesetzerInnen können das kapitalistische Kommando innerhalb ihrer Betriebe außer Kraft setzen, aber sie haben keine Kontrolle über den Markt. Dort sind sie der Konkurrenz mit anderen Unternehmen ausgesetzt, die sie nur unterbieten können, indem sie die eigene Ausbeutung erhöhen. Für die Tendenz von Kooperativen, unter dem Druck der Verhältnisse den Arbeitsdruck zu erhöhen und kapitalistische Strukturen zu reproduzieren, gibt es in der Geschichte leider zahlreiche Beispiele.

Eine Produktion ohne Chefs und ...

Angesichts der Vielzahl und Hartnäckigkeit der Besetzungen sind in der Hauptstadt und in der Provinz Buenos Aires Verordnungen für Enteignungsverfahren erlassen worden, nach denen bereits mehr als dreißig Betriebe "enteignet" und den neu gegründeten Kooperativen überlassen worden sind. Die bisherigen Enteignungsverfahren sind jedoch ein zweischneidiger Erfolg. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das die ArbeiterInnen mit der Besetzung in Frage gestellt haben, wird dadurch letzten Endes wieder bestätigt. Den BesetzerInnen werden Gebäude und Maschinerie für einen befristeten Zeitraum überlassen (in der Regel für zwei Jahre, in Einzelfällen länger). Währenddessen garantiert der Staat den Eigentümern eine Miete. Nach

Ablauf der Frist sollen die ArbeiterInnen ein Vorkaufsrecht für ihren Betrieb bekommen. Der verbleibt derweil unter Aufsicht eines Richters und eines Konkursverwalters, die die Interessen der Gläubiger wahren. Im Gegensatz zu den Eigentümern bekommen die ArbeiterInnen keinerlei Subventionen. Sie sollen mit ihrer Arbeit aus dem wertlosen Schrott, der in den Fabriken rumsteht, wieder Kapital machen. Wenn ihnen das gelingt, dürfen sie es danach kaufen (womit sich die Gläubiger ihre Arbeit wiederaneignen). In dieser Zeit sind sie keine BesitzerInnen, tragen aber das ganze Risiko und haben keinerlei Rechte oder Lohnansprüche als ArbeiterInnen.

Die MNER fordert einen Treuhandfonds und eine Änderung des Konkursgesetzes, um solche Enteignungsverfahren zu institutionalisieren. Sie wird von Kirchenkreisen, von Teilen der staatstragenden Gewerkschaftsbürokratie, von Peronisten und Mitte-Links-Parteien unterstützt. Bei solchen Kräften liegt der Verdacht nahe, dass sie mit ihrer Unterstützung in erster Linie verhindern wollen, dass die Bewegung den Rahmen der Legalität verlässt. Sie legen den ArbeiterInnen der besetzten Betriebe nahe, sich als Kooperativen zu legalisieren und sich auf "realistische Lösungen" einzulassen.

Unter der Drohung mit Räumung und Arbeitsplatzverlust ist der Spielraum für die ArbeiterInnen gering. Trotzdem weigern sich einige wenige besetzte Betriebe, wie u.a. die ArbeiterInnen der Textilfabrik Brukman in Buenos Aires und der Keramikfabrik Zanon in Neuquén, Kooperativen zu bilden und Schulden zu übernehmen. Stattdessen fordern sie "Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle". Sie wollen weder zu Unternehmern werden noch zu Staatsangestellten. Vom Staat verlangen sie, dass er die notwendigen Rahmenbedingungen schafft: Er soll Gebäude, Maschinerie und Patente ohne Entschädigung und endgültig enteignen und ihnen den Betrieb überlassen, damit sie dort in Selbstverwaltung gesellschaftlich nützliche Produkte herstellen können. Brukman könnte beispielsweise Bettwäsche für Krankenhäuser oder Schuluniformen nähen, und mit den Kacheln von Zanon könnten öffentliche Gebäude und Sozialwohnungen ausgestattet werden. Die Arbeiter von Zanon spenden schon jetzt regelmäßig einen Teil ihrer Produktion an Schulen, Volksküchen, Krankenhäuser oder soziale Projekte. Durch die Produktion von Gütern für die Allgemeinheit, die vom Staat abgenommen werden, könnte der Druck der Marktkonkurrenz zumindest verringert werden.

... eine Bewegung ohne Anführer

Auf den entsprechenden Antrag der Zanon-Arbeiter erfolgt seit Monaten keinerlei Reaktion, und den Antrag der Brukman-Arbeiterinnen hat der Stadtrat von Buenos Aires zurückgewiesen. Sie sollen eine Kooperative bilden, was sie aber mit Hinweis auf die schlechten Erfahrungen, die ihre KollegInnen in anderen besetzten Betrieben mit dieser Lösung gemacht haben, weiterhin ablehnen.

Die ArbeiterInnen von Brukman und Zanon versuchen, die besetzten Betriebe zum Ausgangspunkt einer breiteren Bewegung zu machen, gemeinsam mit Organisationen der Piqueteros (s. Foto), der organisierten Arbeitslosen, von denen inzwischen einige bei Zanon arbeiten, sowie mit Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die gegen die Verschlechterung der Bedingungen kämpfen, und mit oppositionellen Betriebsräten und Gewerkschaftsgruppen aus verschiedenen Bereichen. Im April 2002 haben sie das erste "Treffen zur Verteidigung der besetzten Fabriken" veranstaltet, bei dem auf der Straße vor Brukman 700 ArbeiterInnen und Arbeitslose zusammenkamen, um Erfahrungen und Vorschläge auszutauschen. Das zweite Treffen dieser Art, bei dem der Aufbau einer gemeinsamen Streikkasse beschlossen wurde, fand dort im September statt. Zeitgleich gab es ein Treffen der MNER in der Metallkooperative Baskonia im Industrievorort La Matanza, das einen völlig anderen Charakter hatte. Hier traten verschiedene Parteienvertreter und Funktionäre als Redner auf, die zwar allesamt nichts anzubieten hatten, dafür aber umso mehr zu Gewaltfreiheit und Gesetzestreue aufriefen. (...)

Aber trotz aller Differenzen lassen sich die verschiedenen besetzten Betriebe und Kooperativen bislang nicht gegeneinander ausspielen. Manche hatten VertreterInnen auf beiden Treffen, und alle teilen die Ansicht: "Wenn sie einen von uns angreifen, sind wir alle gemeint." Das ist nicht nur eine Parole, sondern auch Praxis: Im September haben sie gemeinsam die Polizei daran gehindert, der Kooperative Lavalán ihr Rohmaterial abzunehmen. ArbeiterInnen aus legalisierten Kooperativen und aus Betrieben "unter Arbeiterkontrolle" blockierten gemeinsam die LKWs, die die Wolle abtransportieren sollten. Auch Leute aus den Nachbarschaftsversammlungen und andere UnterstützerInnen beteiligten sich an der stundenlangen und letztlich erfolgreichen Auseinandersetzung.

Für die Zukunft der Bewegung ist die Rechtsform, die sich die einzelnen Betriebe geben, sicher weniger entscheidend als die Frage, inwieweit die Ausweitung gelingt. Bleiben die selbstverwalteten Betriebe allein, bleiben sie Inseln oder werden sie Teil einer breiteren (internationalen ...) Bewegung, die in der Lage ist, Privateigentum und Produktionsverhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen? In Argentinien gibt es hoffnungsvolle Anzeichen dafür, dass alte Abgrenzungen innerhalb der Arbeiterklasse zwischen Armen, Arbeitslosen, FabrikarbeiterInnen und der so genannten Mittelschicht überwunden werden. Eine Arbeiterin von Brukman berichtet: "Wenn wir früher gesehen haben, wie die Piqueteros die Straßen blockiert haben, kam uns das wie eine Nachricht aus einem anderen Land vor. Wir waren keine Piqueteros, wir hatten ja Arbeit. Jetzt haben wir den Betrieb besetzt und machen selbst Blockaden. Und so geht es auch den Leuten aus der Mittelschicht, die jetzt auf die Straße gehen. Wenn wir demonstrieren, dann hupen sie und applaudieren uns, und vorher hätten sie uns vielleicht auch angeguckt wie Leute aus einer anderen Welt."

Egal: zehn Kilometer oder zehntausend

Die Zukunft der Bewegungen in Argentinien ist offen. Es wird nicht nur von der Entwicklung dort abhängen, ob die besetzten Betriebe irgendwann als schöne Episode in den Geschichtsbüchern auftauchen oder als Anfang von etwas Neuem. Aber eines haben die ArbeiterInnen sowieso schon gewonnen: Die Erfahrungen, die sie mit ihren Besetzungen machen, kann ihnen niemand mehr nehmen. In Argentinien wird gerade praktisch demonstriert, dass eine Produktion keine Chefs braucht und eine Bewegung keine Anführer. Von diesen Erfahrungen kann andernorts eine Menge gelernt werden.

Ein Arbeiter in Zanon fasst die grundlegende Perspektive eindrucksvoll zusammen: "Ich glaube, das Wichtigste ist, dass wir demonstriert haben, dass das hier überhaupt geht. Sie haben uns immer diskriminiert. Sie haben uns immer gesagt, dass ein Arbeiter überhaupt nichts kann außer arbeiten. Wir haben aber bewiesen, dass wir alles selbst hinkriegen, wenn wir zusammenarbeiten. Das hier hat mit dem Kampf um den Erhalt unserer Arbeitsplätze angefangen, mit dem Kampf für eine würdige Art von Arbeit statt mieser Unterstützungszahlungen. Und das soll für die anderen ArbeiterInnen rüberkommen: Dass der Verlust des Arbeitsplatzes und der Kampf darum nicht heißen muss, einen sinnlosen Kampf zu führen. Diese Botschaft ist unabhängig davon, wie die Geschichte bei Zanon ausgeht. Dabei können die verschiedensten Dinge rauskommen: Vielleicht kommt der Besitzer wieder, vielleicht verkauft er die Fabrik, da kann noch eine Menge passieren. Aber unser Ziel ist klar: Wir wollen die Fabrik in den Dienst der Allgemeinheit stellen, wir wollen so produzieren, dass es das Leben von allen verbessert. Manchmal stelle ich mir vor, wie das wäre, wenn es viele Zanons gäbe, in diesem Land und anderswo. Das wäre eine völlig andere Realität, denn wir würden alle an alle denken, egal ob wir zehn Straßen voneinander entfernt wohnen, zehn Kilometer oder zehntausend Kilometer."

Alix Arnold

Die Autorin lebt und arbeitet im SSK, der Sozialistischen Selbsthilfe Köln, erkundet zur Zeit die Geheimnisse der Kachelproduktion und der Arbeiterkontrolle in der besetzten Fabrik Zanon in Neuquén und empfiehlt zu diesen und ähnlichen Fragen www.wildcat-www.de.

Colectivo Situaciones: Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Aus dem Spanischen übersetzt von Stefan Armborst. Herausgegeben von Ulrich Brand. Assoziation A, 224 Seiten, 14 Euro

# 3. Das Imperium schlägt zurück. Die neue Weltordnung und der Krieg gegen den Irak

Autor: Tom Binger · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:18

"Das Ende des Imperialismus" verkünden Toni Negri und Michael Hardt in "Empire". Zu früh gebrüllt, Löwe? Tom Binger analysiert den drohenden Irak-Krieg vor dem Hintergrund der Empire-These.

Die Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten in der Übergangsphase vom klassischen Imperialismus zum postmodernen Empire werden nirgendwo so deutlich wie in der aktuellen Kriegspolitik. In der nach dem Ende des Kalten Krieges proklamierten "Neuen Weltordnung" ist der Krieg wieder zu einem weithin akzeptierten Mittel der Politik geworden. Nicht zufällig hat George Bush Senior 1991 diese "neue Weltordnung" anlässlich des zweiten Golfkrieges verkündet. Dieser Krieg steht paradigmatisch für den neuen Charakter des Krieges.

In den neuen Kriegen geht es nicht mehr primär darum, Territorien zu erobern, sondern darum, sie zugänglich zu halten und der imperialen Ordnung zu unterwerfen. Der Machtanspruch des Empires ist total und umfasst den gesamten Globus. Zur Durchsetzung seiner Ordnung ist das Empire mit den notwendigen Gewaltmitteln ausgestattet, um nötigenfalls gegen die "Barbaren" an den Grenzen und die Rebellen im Inneren "gerechte Kriege" zu führen. Krieg wird "auf den Status einer Polizeiaktion reduziert" und dabei "zugleich banalisiert und verabsolutiert" (Hardt/Negri, "Empire", S. 28). Mit ihrer permanenten Drohung werden abweichende Elemente diszipliniert.

Auch der neuerliche Krieg gegen den "Schurkenstaat" Irak ist Teil dieser neuen politischen Konstellation. In der legitimatorischen Rhetorik erscheint er als polizeiliche Intervention zur Entwaffnung eines unberechenbaren Despoten. Die Zentralmacht des Empire dokumentiert damit ihren Anspruch, über die zulässigen Gewaltmittel einer untergeordneten Regionalmacht zu entscheiden. Die Prinzipien von nationaler Souveränität und territorialer Integrität - Grundpfeiler des Völkerrechts und moderner nationalstaatlicher Souveränität in der alten Weltordnung - werden dabei über Bord geworfen.

Die Banalisierung des Krieges

Der Irak-Krieg wird zum Exempel für die neue "Nationale Sicherheitsstrategie" der USA, die ausdrücklich vom Recht auf Präventivkriege und vorbeugende Militärschläge (preemptive strikes) spricht. Es geht um die Demonstration globaler amerikanischer Dominanz und die exemplarische Bestrafung eines Regimes, das sich den Vorgaben der imperialen Ordnung nicht bedingungslos unterwirft. Die abschreckende Wirkung dieser Intervention zielt dabei nicht nur auf den Irak, sondern auf alle potenziell abtrünnigen und unsicheren Staaten in der Region. Insbesondere Saudi-Arabien gilt seit dem 11. September nicht mehr als verlässlicher Partner und Garant westlicher Interessen bei der Kontrolle des Ölmarktes. Der Irak-Krieg ist insofern das Startsignal für eine Neuordnung der gesamten arabischen Region. Die Bereitschaft der US-Alliierten, den Krieg notfalls auch ohne Unterstützung regionaler Mächte zu führen, ist ein deutliches Signal an alle Regierungen der Golfregion, den imperialen Ordnungsanspruch auch gegen die Interessen der regionalen Akteure durchzusetzen. Wer sich nicht der "Koalition der Willigen" anschließt, ist vielleicht morgen schon selber Ziel der nächsten Intervention.

Ziel der Intervention ist dabei nicht, ein Territorium zu erobern und langfristig zu besetzen. Durch die Beseitigung eines unliebsamen Regimes soll das Gebiet geöffnet, der Zugriff auf seine strategischen Ressourcen politisch neu geordnet und militärisch auf Dauer gesichert werden. Dabei geht es um die strategische Sicherheit der Energieversorgung der westlichen Metropolen und um den Zugriff auf die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Abhängigkeit des Westens vom arabischen Öl und der instabilen Lage im Nahen und Mittleren Osten gilt es zu verhindern, dass Öl noch einmal zu einer politischen Waffe in den Händen der OPEC-Staaten wird. Bereits im sog. Cheney-Report zur amerikanischen Energieversorgung vom Mai 2001 wird der sicheren Versorgung mit Erdöl höchste Priorität für die amerikanische Außen- und Handelspolitik eingeräumt. Grundlage des offiziellen Regierungsreports ist die Prognose einer wachsenden Importabhängigkeit der amerikanischen Energieversorgung, nach der die USA bis 2020 etwa zwei Drittel ihres Erdölbedarfs importieren müssen (Michael Ehrke, FR-Dokumentation, 6.3.03).

Voraussetzung für die neue Rolle des Krieges ist die unangefochtene militärische Dominanz der westlichen Staaten. Die USA fungieren dabei als oberste Ordnungsmacht und zentrale Autorität. Sie stehen an der Spitze einer globalen Herrschaftspyramide und garantieren mit ihrer militärischen Macht die globale Hegemonie eines autoritären Neoliberalismus. In der Analyse von Negri und Hardt "bilden die Vereinigten Staaten allerdings nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts" ("Empire", S. 12), sondern sie exekutieren lediglich das globale Gewaltmonopol der imperialen Ordnung. Mit dem Niedergang der nationalen Souveränität und dem relativem Bedeutungsverlust des Nationalstaates ist für Negri und Hardt auch der klassische Imperialismus am Ende. Diese Form der Macht ist an die Souveränität von Nationalstaaten gebunden. Sie gerät mit der endgültigen Verwirklichung des Weltmarktes und der damit einhergehenden Herausbildung einer imperialen Konstitution in eine irreversible Krise.

Rückfall in den Imperialismus

Die unilaterale Machtpolitik der US-Administration im Gefolge des 11. Septembers hat allerdings die Zweifel verstärkt, ob die Totenglocken des Imperialismus nicht zu früh geläutet wurden. Die USA sind auf Grund ihres militärischen Potenzials der einzige Nationalstaat, der in der Lage wäre, zu einer klassischen imperialistischen Politik im globalen Maßstab zurückzukehren. Die im neokonservativen Establishment der amerikanischen Politik und in den US-Medien geführten Debatten über die neue imperiale Rolle der USA liefern zumindest starke Indizien für eine derartige Selbstdefinition der amerikanischen Außenpolitik.

Die Attentate vom 11. September markieren einen wichtigen Einschnitt in der Herausbildung der neuen internationalen Ordnung. Ihre Wirkung ist dabei durchaus ambivalent. Der Angriff auf die Symbole der wirtschaftlichen und militärischen Macht des Westens zerstört den Mythos der Unverwundbarkeit und Unangreifbarkeit imperialer Macht und provoziert die USA zu einer Art von "imperialist backlash" (so Toni Negri in einem Interview mit der Zeitung The State vom September 2002). Die amerikanische Administration handelt im Gefolge des 11. Septembers eher wie ein traditioneller imperialistischer Staat. Zu Lasten transnationaler Organisationen wie der UNO oder der NATO droht die USA, angesichts dieser ungeheuren Herausforderung zu einer überwunden geglaubten Form unilateraler Machtpolitik zurückzukehren. Laut Michael Hardt befinden sie sich mit diesem Rückfall in den alten Imperialismus nicht auf der Höhe des Empires.

Auf der anderen Seite beschleunigen die Attentate und der folgende globale Krieg gegen den Terror den Übergang zu einer neuen internationalen Vergesellschaftungsweise. Der Konflikt zwischen militantem Islamismus und westlicher Reaktion sprengt alle nationalstaatlichen Grenzen. Negri begreift ihn als Ausdruck eines globalen Bürgerkrieges. Dabei ist der "Allianz gegen den Terror" klar, dass ein Krieg gegen den Terrorismus genauso wenig zu gewinnen ist wie ein Krieg gegen Drogen. Die Strategie der hegemonialen Mächte zielt deshalb auch auf eine eher polizeiliche als militärische Kriegsführung, die auf jede räumliche Begrenzung oder zeitliche Befristung verzichtet. Ziel ist die Etablierung eines dynamischen Kontrollregimes durch flexible Militärinterventionen und geheimdienstliche Operationen.

Die regressive politische und militärische Reaktion der Bush-Administration auf den 11. September mit ihrer populistischen Rhetorik, ihrem Appell an nationale Identifikationen und die zivilisatorische Mission der Vereinigten Staaten befindet sich in einem offenen Gegensatz zu diesem beschleunigten imperialen Trend. Die transnational orientierten Kapitalfraktionen im eigenen Land sind auf ein offenes System der Produktion und des Warenaustauschs angewiesen und können keine neuen Hürden für die globalen Kapitalflüsse durch einen wild gewordenen US-Imperialismus gebrauchen. Nicht umsonst wurde beim World Economic Forum in Davos das Gespenst einer drohenden Rezession der Weltwirtschaft als Folge eines längeren Krieges in der Golfregion beschworen. Bereits jetzt zeigt der Dollar deutliche Schwächeerscheinungen und auch die Stimmung an den Börsen leidet unter der allgemeinen Verunsicherung über die weltpolitische Lage. In einem Kommentar für die Zeitung The Guardian gelangt Michael Hardt zu einer düsteren Prophezeiung: "Einige der schlimmsten Tragödien in der Geschichte der Menschheit ereigneten sich, als die Eliten nicht dazu in der Lage waren, in ihrem eigenen Interesse zu handeln." (The Guardian, 18.12.02).

Die Ziele einer Neuordnung des Nahen Ostens und einer politischen Kontrolle über die Erdölvorräte der Region sind unter den führenden Mächten des Empires unstrittig. Dennoch zeigen sich bei der aktuellen Kriegsvorbereitung gegen den Irak deutliche Risse im imperialen Konsens. Während die USA und Großbritannien seit dem zweiten Golfkrieg 1991 völlig aus dem Irak-Geschäft ausgeschieden sind, sind Firmen aus anderen europäischen Ländern (u.a. Frankreich und Italien) sowie aus Russland und China, in die Lücke

gesprungen und haben lukrative Vorverträge über die Erschließung und Ausbeutung der riesigen irakischen Ölfelder abgeschlossen. Diese Abkommen beinhalten Entwicklungsrechte für 44 Milliarden Barrel der nachgewiesenen irakischen Ölreserven von insgesamt 115 Milliarden Barrel. Sie würden bei einer Aufhebung der Sanktionen oder bei einem nicht-kriegerischen Ende des Regimes von Saddam Hussein automatisch in Kraft treten. Ein erfolgreicher Krieg der USA und ihrer Alliierten und die Installation eines proamerikanischen Regimes in Bagdad könnte diese Wirtschaftsabkommen annullieren und "als militärische Variante einer ‚feindlichen Übernahme`" (Wolf Wetzel, Junge Welt, 22.01.03) fungieren.

Washington als neues Rom

Der Streit um das richtige strategische Vorgehen und die ökonomische Konkurrenz in der Golfregion sind ein wichtiges Indiz für das Fortbestehen nationalstaatlicher Rivalitäten und die Brüchigkeit eines übergreifenden imperialen Konsenses. In diesen Konflikten zeigt sich, dass die Nationalstaaten, nicht zuletzt auch durch die nationalstaatliche Verfügung über die militärischen Gewaltmittel, auch unter imperialen Bedingungen bedeutende Akteure bleiben. Die höchst ungleichgewichtige Verteilung des militärischen Potenzials erschwert dabei die Herausbildung eines übergreifenden imperialen Konsenses, der nicht als einfaches Diktat des Stärksten funktionieren kann. Hegemonie besteht immer aus einer Mischung von Zwang und Konsens.

Die Bereitschaft, auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates militärisch zu intervenieren, zeigt die Option der USA, auf Basis der eigenen militärischen Überlegenheit notfalls auch eine unilateral dominierte Weltordnung durchzusetzen. Nur die USA können ihre Interessen auch jenseits von internationalen Institutionen und Übereinkommen, von transnationalem Konfliktmanagement und Völkerrecht militärisch durchsetzen. Eine solche einseitige amerikanische Weltordnungspolitik wäre allerdings ein Rückfall in den klassischen auf der Ausdehnung der nationalstaatlichen Souveränität basierenden Imperialismus und damit das Ende der proklamierten multilateralen neuen Weltordnung. Aus dem transnationalen und dezentrierten Machtnetzwerk des Empires würde ein amerikanisch dominiertes Imperium. Das postmoderne Modell der Souveränität regrediert zu einem Imperium nach antikem Vorbild. Das neue Rom befände sich dann tatsächlich in Washington.

Tom Binger

Eine Langfassung des Artikels erscheint in der aktuellen Ausgabe der blätter des iz3w, Nr. 268/ April 2003

# 4. Imperialismus statt "Empire". Der Irak-Krieg entzaubert eine Theorie

Autor: dk. · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:33

Der Versuch, den drohenden Irak-Krieg unter Rückgriff auf Negri und Hardt zu interpretieren, offenbart einige gravierende Schwächen ihres Ansatzes. Der Rückgriff auf eine fundierte Imperialismustheorie erscheint allemal schlüssiger als ein hartnäckiges Festhalten am "Empire".

Erst zwei bzw. drei Jahre ist es her, seit Toni Negris und Michael Hardts "Empire" erschienen ist. Seitdem wird die Imperialismustheorie ad acta gelegt und die "neue Weltordnung" als "Imperium" ohne Zentrum beschworen. Nationalstaaten spielen demnach auf der internationalen Bühne ebenso wenig eine Rolle wie Interessengegensätze von Staaten oder Kapitalfraktionen. Das Imperium wird als globale, aber dezentrale Machtstruktur begriffen, eine Art vereinheitlichter anonymer Weltkapitalismus, in dem nationalstaatliche Besonderheiten genauso untergehen wie Machthierarchien und zwischenstaatliche Konflikte.

Ein Zampano wie George W. Bush ist in diesem imperialen Szenario nicht vorgesehen, auch nicht eine US-Außen- und Militärpolitik, die offen und unverblümt einen klaren nationalen Führungsanspruch reklamiert und ihn unmissverständlich auch gegen Verbündete durchsetzt. Die Droh- und Machtgebärden der USA im Vorfeld des nächsten Irak-Krieges, die unverfrorene Ignoranz gegenüber internationalen Institutionen, der offene Konflikt mit Deutschland, Frankreich und Russland - dies alles erscheint den Apologenten des "Empire" als "imperialistischer Rückschritt", als "Rückfall", als Anachronismus oder als "Regression". Für Michael Hardt ist die US-Administration nicht auf der Höhe der Zeit, ja, die US-amerikanischen Eliten würden ihre eigenen Interessen nicht kennen und deswegen Unheil über die Welt bringen.

Nun ist es natürlich kurios, wenn sich linke TheoretikerInnen dem Weißen Haus als PolitikberaterInnen anbieten. Und naiv ist die Annahme, ein George Bush, ein Donald Rumsfeld oder ein Richard Cheney würden ihre Interessen nicht kennen. Die Hardt'schen Absurditäten resultieren aus dem Problem, dass die real existierende Welt nicht so funktioniert, wie es "Empire" behauptet. Sie sind Ausdruck und hilfloses Eingeständnis eines zumindest partiellen theoretischen Scheiterns. Anstatt sich trotzig über "imperialistische Rückfälle" zu beschweren und sich via "Regression" auf die psychischen Defizite der US-Administration zurückzuziehen, bietet die momentane weltpolitische Lage einen guten Anlass, die schicken, aber voreiligen Thesen von "Empire" kritisch zu überprüfen und gleichzeitig über die Aktualität einer Imperialismustheorie nachzudenken.

Wer sich auf "Empire" bezieht, benutzt gern ein seltsam altertümliches Bild von "Imperialismus". Der erscheint darin in erster Linie als eine politische und militärische Konkurrenz von Nationalstaaten, denen es um Eroberung und Einverleibung fremder Territorien geht. Dieses Bild bezieht sich ganz offensichtlich auf das "Zeitalter des Imperialismus" der bürgerlichen Geschichtsschreibung, d.h. auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Doch spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheidet sich die vorherrschende Form imperialistischer Politik und auch des imperialistischen Kriegs wenig von dem, was angeblich so "neu" und typisch für das "Empire" ist: Die Kriege in Korea und Vietnam waren nicht auf die Eroberung und Besetzung von Territorien aus, die unzähligen militärischen Interventionen etwa der USA in Lateinamerika oder von Frankreich und Belgien in Afrika sollten zwar Einflusszonen sichern, aber nicht Territorien erobern. Niemand hat bisher bestritten, dass es sich dabei dennoch um Formen imperialistischer Politik gehandelt hat.

Gleichermaßen sind die ideologischen Figuren vom "Kampf gegen Terroristen", von der "Verteidigung westlicher Werte" und auch vom Krieg als Polizeiaktion nicht so neu, dass man darin gleich den Ausdruck einer neuen Weltordnung sehen müsste. Jede militärische Intervention hat bisher die Abwehr von "Terroristen" (Guerillabekämpfung) und/oder "Kommunisten" (Befreiungsbewegungen an der Macht) bemüht und sich auf die Verteidigung von "Freiheit und Demokratie" berufen. Der "Kampf gegen den Terror" ist als ideologische Konstruktion keineswegs eine neue, "imperiale" Erfindung. Und die "Kriegführung mit niedriger Intensität", etwa in Mittelamerika oder auf den Philippinen, hat den Krieg durchaus auch auf die Ebene von Polizeiaktionen relativiert.

Es ist bisher wenig plausibel gemacht worden, was die "neuen Kriege" von den "alten", imperialistischen unterscheiden soll, warum man also ein ganz neues Theoriengebäude zu ihrer Erklärung braucht. Das bedeutet nicht, dass es heute ausreicht, den Imperialismus durch die vereinfachende Brille eines Lenin aus dem Jahre 1917 sehen zu wollen. Doch es gibt keinerlei Grund, einige wichtige Bausteine einer Imperialismustheorie aufzugeben. Zum einen das Verständnis von Imperialismus als globalisiertem und dynamischem Kapitalverhältnis. Das hat erstmal wenig mit irgendeiner Form von Monopoltheorie zu tun, dafür viel mit einem Verständnis von Klassenantagonismen, die nationalstaatliche Grenzen sprengen. Zum Zweiten war und ist dieses globale Kapitalverhältnis in seinen politischen Ausdrucksformen nicht homogenisiert. Weder in Form eines "Superimperialismus" unter der Dominanz einer Weltmacht ( das war eine Zeit lang Thema unter linken StaatstheoretikerInnen) noch in Form eines konturlosen, dezentralen "Empires".

Wenn der kommende Irak-Krieg eines deutlich macht, so ist das die Fortexistenz innerimperialistischer Widersprüche, d.h. die Existenz von Brüchen und unterschiedlichen Dynamiken im Kapitalverhältnis. Diese artikulieren sich als unterschiedliche Interessen und unterschiedliche nationalstaatliche Politikoptionen. Tom Binger weist darauf hin, dass "Empire" den Bedeutungsverlust des Nationalstaates wohl doch deutlich überschätzt. Die "Renaissance des Nationalstaates" ist in erster Linie ein Ausdruck für die Heterogenität des Kapitals auf internationaler Ebene. Diese Heterogenität ist jedoch alles andere als eine "imperialistische Regression". Sie ist Ausdruck unterschiedlicher Dynamiken der sozialen Konfrontation und in diesem Sinne deutlich auf der Höhe der Zeit.

dk.

# 5. Kein Krieg für Öl - für einen demokratischen Irak. Erklärung von Haukari e.V.

*Erklärung der Arbeitsgemeinschaft für internationale Zusammenarbeit HAUKARI e.V.*

Autor: Haukari e. V. · Rubrik: Friedensbewegung; Diskussion; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:05

Dokumentation:

Kein Krieg für Öl! Für einen demokratischen Irak!

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft für internationale Zusammenarbeit HAUKARI e.V.

Die Arbeitsgemeinschaft für internationale Zusammenarbeit Haukari e.V. kritisiert die von Teilen der deutschen Friedensbewegung praktizierte schönfärberische Darstellung der politischen Verhältnisse im Irak. Statt sich mit Vertretern oder Apologeten des Regimes gemein zu machen, sollten sich die FriedensfreundInnen in kritischer Solidarität auf die irakische Opposition beziehen, fordert Haukari. Wir dokumentieren die Erklärung leicht gekürzt.

Wir teilen die Auffassung der Mehrheit der Friedensbewegung, dass der von der Bush-Administration angestrebte Präventivkrieg gegen den Irak keineswegs dazu dient, den Frieden in der Golfregion zu sichern. Die irakischen Massenvernichtungswaffen dienen lediglich als Vorwand für die Kriegsplaner. Auch konnte bisher keineswegs dargelegt werden, dass das Baath-Regime unter Saddam Hussein das Terrornetzwerk Al Quaida unterstützt hat. Dieser Krieg soll darum geführt werden, die US-amerikanischen ökonomischen und geostrategischen Interessen langfristig in der Region und darüber hinaus durchzusetzen. Das willkürliche Vorgehen der US-Regierung soll ein neues Völkerrecht, das das Recht des Stärkeren absegnet, schaffen. In diesem Sinne hat die Parole "Kein Blut für Öl!" ihre Berechtigung.

Dennoch gibt es für uns noch eine andere Sicht auf den Irakkonflikt. Diese speist sich u.a. aus folgenden Quellen: Einige kurdische Gründungsmitglieder unseres Vereins haben selbst unter der Repression des Baath-Regimes leiden müssen und standen Jahre im aktiven Widerstand. Viele Mitglieder haben seit 1991 in humanitären Hilfsprojekten im Nordirak gearbeitet und sich seither kontinuierlich mit den Problemen der Region beschäftigt. Unser Verein gründete sich, als die internationale Gemeinschaft das Interesse an dem Irak verlor und die meisten Hilfsorganisationen das Land verließen. Wir sahen unsere Aufgabe gerade in dieser Situation darin, den Entwicklungsprozess im Nordirak - die anderen Landesteile blieben uns verschlossen - kritisch-solidarisch zu begleiten. Wir haben selbst die fast vollständige Zerstörung der ländlichen kurdischen Gebiete gesehen, nachdem durch das irakische Regime Tausende Dörfer und etliche Kleinstädte dem Boden gleichgemacht wurden. Immer wieder wurden wir während unserer Arbeit mit den Opfern der Anfal-Operationen konfrontiert. Jenen in Europa wenig rezipierten Vernichtungsoperationen gegen die kurdische Landbevölkerung, die 1988 mit einer an die Shoah erinnernden Systematik durchgeführt wurden. Bis zu 182.000 Menschen sind seither spurlos verschwunden. Bis heute warten ihre Angehörigen auf eine Nachricht.

Wir haben in den Jahren nach 1991 ständig gespürt, wie real in der Bevölkerung Nordiraks die Angst vor der Wiederkehr des Baath-Regimes in Irakisch-Kurdistan ist. Dies auch, obwohl die großen Hoffnungen auf einen demokratischen Frühling rasch verflogen und letztlich sogar vor wenigen Jahren in einem Krieg zwischen den kurdischen Parteien mündeten. Eine Entwicklung, die durch die fehlende internationale Unterstützung begünstigt wurde.

Wir halten die häufig gehörte Aussage, Saddam Hussein sei ein Diktator unter vielen anderen in der Region, für verharmlosend. Dieses Argument wird oft in der Hoffnung vorgetragen, damit eine plausible Antikriegsargumentation entwickeln zu können. Dabei wird vollkommen übersehen, dass das Baath-Regime zur Aufrechterhaltung seiner Macht seit 34 Jahren einen ständigen Krieg im Innern oder mit seinen Nachbarstaaten benötigt. Totalitäre Elemente, wie von Kanan Makya eindrucksvoll beschrieben, beherrschen den irakischen Alltag wie in keinem anderen Land der Region. Kein anderes Regime der Welt hat einen Giftgaskrieg gegen die eigene Zivilbevölkerung geführt, wie während der Anfal-Operationen und dem Angriff auf Halabja 1988 geschehen.

Einige meinen, diesem Regime sogar etwas fortschrittliches abgewinnen zu können, habe es doch die Alphabetisierung vorangetrieben und ein vorbildliches Gesundheitswesen aufgebaut. Einer Öl-Renten-Despotie dürfte dies auch nicht besonders schwer fallen, zumal sie in den ersten Regierungsjahren von einer starken kommunistischen Opposition bedrängt wurde.

Wer sich die Mühe macht, das Programm der Baath-Partei zu lesen, wird nicht nur rassistische, gegen Israel gerichtete Argumentationsmuster feststellen, sondern auch sehen, wie traditionelle Denkschemata arabischer Rassisten gegen Beduinen bedient werden. Terror und Gewalt sind konstitutionelle Bestandteile der baathistischen Ideologie und Praxis. (...)

Viele unserer kurdischen FreundInnen hoffen, dass sich nach dem drohenden Krieg ihre Lage grundlegend ändert. Sie erwarten nach den Jahren der Unterdrückung und Vernichtung und der gesellschaftlichen Perspektivlosigkeit im letzten Jahrzehnt, dass der Krieg das Baath-Regime beseitigt, einen raschen Demokratisierungsprozess einleitet und die tiefen, durch das Baath-Regime hervorgerufenen, gesellschaftlichen Traumata und Verwerfungen überwindet. Dabei lassen die uns fast täglich erreichenden Anrufe und E-Mails die zunehmend aufkommende Angst fast hautnah spüren. Befürchtet wird insbesondere, dass das Regime sich in seinen letzten Tagen noch einmal an der kurdischen Bevölkerung und anderen Oppositionellen rächt. Aus den persönlich-biografischen Erfahrungen vieler unserer FreundInnen können wir eine den Krieg bejahende Argumentation sehr wohl nachvollziehen und verstehen. Wir teilen diese Haltung nicht. Wir nehmen sie aber zur Kenntnis und wünschen uns in Europa eine Diskussion gegen den Krieg, die die unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen der Menschen in den einzelnen Landesteilen des Iraks wahrnimmt und sie nicht aus Sehnsucht nach klaren Positionen und glatten Argumenten einfach negiert. (...)

Trotz mancher unterschiedlicher Einschätzung ist für uns auf der politischen Ebene Bezugspunkt für eine Diskussion die demokratische Opposition im Irak. Wohl wissend wie zersplittert und zerstritten sie ist und welche katastrophalen Fehler sie in der Vergangenheit machte. (...) Wir erwarten, dass sich die Friedensbewegung jetzt auf jene Kräfte bezieht, die sich politisch für Partizipation und Emanzipation einsetzen. (...) Wir laden alle aus der Friedensbewegung zu einem Dialog über politische Lösungen des Konfliktes ein.

Haukari e.V.

Berlin/Frankfurt, den 21.1.2003

Weitere Informationen zur aktuellen Situation und zu unserer Projektarbeit bei Haukari e.V., Falkstr. 34, 60487 Frankfurt, Tel. 069/70760278, Fax. 069/70760279, Email: Haukariffm@aol.com, Internet: www.haukari.de

# 6. Krieg ist (nicht) Frieden. Wolf Wetzels Reise durch die jüngere deutsche Geschichte

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:02

Nach dem Buch "Die Hunde bellen ... von A bis (R)Z. Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre" setzt Wolf Wetzel seine Reise durch die jüngere deutsche Geschichte fort. Bei seinem aktuellen Werk steht für den einstigen Autor der autonomen L.U.P.U.S-Gruppe die Geschichte der letzten zehn Jahre im Vordergrund.

Seine Ausgangsthese: Mit der Auflösung des realsozialistischen Lagers brach nicht nur das militärische "Gleichgewicht des Schreckens" in sich zusammen. Der triumphalen Ankündigung des Westens, zum Kapitalismus gäbe es keine Alternative mehr, folgte unmittelbar der Krieg gegen den Irak im Jahr 1991 - für Wetzel ein Wendepunkt.

Parallel zu den Veränderungen der internationalen Politik beschreibt Wetzel die bedeutsame Verschiebung der Akzente in der Bundesrepublik. Denn "mit der Implosion der DDR verschoben sich auch im Inneren Deutschlands die Grenzen. Die nationalsozialistische Vergangenheit hörte auf, ein Kriegs(eintritts)hindernis zu sein. Sie konvertierte zur Kriegsbegründung. Mit dem Verlangen nach außenpolitischer Normalität wurde der Ruf ‚Nie wieder Krieg` vom Takt der Kriegtrommel abgelöst".

Es folgten mehrere Stationen auf dem Weg hin zu einer propagandistisch als "Normalisierung" oder "Übernehmen von internationaler Verantwortung" bezeichneten Politik. Die Veränderungen staatlicher Politik werden in dem Buch stets den Positionierungen und Wendungen linker Strömungen gegenübergestellt. Dabei kann sich Wetzel in dem Kapitel "Deutsche Bellizisten suchen Anschluss" manch spöttische Formulierung nicht verkneifen.

Dem rechten Verlangen nach einer deutschen Geschichtsrevision folgte demnach Anfang der neunziger Jahre ein "nacheilend und komplementär linkes Verlangen nach Fälschungen der oppositionellen Geschichte". Die westdeutsche Linke im Blick, resümiert Wetzel, dass im Zuge der Diskussion um Krieg und Frieden die zu Stolpersteinen gewordenen, ehemaligen Erkenntnisse aus dem Weg geräumt werden mussten - um auf dem "langen Marsch" von der eigenen antifaschistischen Geschichte letztlich bei der Befürwortung eines "stinknormalen imperialistischen Krieges" zu landen.

Eine Stärke des Buches ist es, die inneren Widersprüche linker oder zumindest sich selbst als links bezeichnender Kreise herauszuarbeiten. Ein Manko ist, dass eine wichtige "Station" bei der Einbindung ehemals oppositioneller Kreise, und dem Abrücken von der Losung "Nie wieder Krieg" fehlt: die sog. Bosnien-Debatte. Immerhin war diese entscheidend, um Teile des grünen und friedensbewegten Milieus in einen Herrschaftsdiskurs einzubinden, bei dem die Lehre aus Auschwitz eine ganz eigene Wendung erhielt.

Der Sprung von 1991 (Krieg gegen den Irak) zu 1999 (Kosovo) lässt damit eine wichtige Wegmarke aus. Stattdessen gibt es Exkurse zu den Ereignissen in Genua oder zu der Frage "Welche Männer braucht das Land?" Die Beleuchtung dieser "Nebenaspekte" bereichert die Zeitreise ebenso wie das Eingehen auf die Rolle der Grünen.

Wetzels Einschätzung zum Stellenwert der Anschläge vom 11. September 2001 bricht mit dem auch im linken Diskurs gebräuchlichen Interpretationsmuster. Die oft betonte Einmaligkeit und Unvergleichlichkeit stellt er in Abrede. Seiner Ansicht nach unterscheiden sich die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon weder in Hinblick auf die terroristische Logik noch auf die Zahl ziviler Opfer von anderen kriegerischen Akten. Das Besondere an ihnen sei vielmehr die Tatsache, dass sie auf dem Territorium der USA stattfanden. "Nicht die friedliebende und Freiheit spendende Verfasstheit der USA wurden dabei erschüttert, sondern der feste Glaube an die eigene militärische Unverwundbarkeit".

Entsprechend habe der als Antwort auf die Anschläge ausgerufene Krieg nicht das Geringste mit einem "Kampf gegen den Terror" zu tun. Schließlich hätten weder die USA noch die jetzt an ihrer Seite kämpfenden Alliierten in den letzten 50 Jahren Krieg geführt, um Terror und Gewalt zu bekämpfen.

An dieser, wie an einigen anderen Stellen im Buch, wird deutlich, warum es den Titel "Krieg ist Frieden" trägt. Wetzel geht es nicht nur um eine Darstellung der Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen - sondern auch um eine Auseinandersetzung mit der dabei gespielten "Begleitmusik".

In diesem Zusammenhang bekommt die in Publikationen wie Bahamas, Jungle World und auch in konkret sich äußernde Fraktion der antideutschen KriegsbefürworterInnen am Ende ihr Fett weg: Entgegen ihren Beteuerungen, gehe es ihnen weder um Israel oder gar um eine eigene politische Praxis, so Wetzel. Vielmehr seien wir augenblicklich Zeitzeugen eines Abgangs "mit einem lauten Krach, mit wüsten Beschimpfungen und der Androhung, wiederzukommen - mit ganz vielen großen und starken Freunden". Und hier könne der antideutsche Ruf nach den US-Alliierten ganz unpolitisch verstanden werden, "als Geste von Halbstarken".

Thomas Klein

Wolf Wetzel: Krieg ist Frieden,

Münster, Unrast-Verlag, 2002, 228 Seiten, 14 Euro

# 7. Antideutsche Politikberatung. "Memorandum zum Irak" - Tipps für die deutsche Außenpolitik

Autor: Sven Unverdorben · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:28

Passt eine mal anti-deutsche, mal staatstragend sich der Bundesregierung andienende Haltung zusammen? Es könne "nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein ..., am Status quo eines zum Zusammenbruch verurteilten Regimes festzuhalten", heißt es in einem jüngst erschienenen "Memorandum zum Irak", das sich ausdrücklich auch "an die deutsche Außenpolitik und an das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit)" richtet. Verfasst haben das Papier Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer in Zusammenarbeit mit Hans Branscheidt. Die drei sind Mitglieder der Koalition für einen demokratischen Irak (KDI).

Stellt sich zunächst einmal die Frage: Seit wann appellieren Autoren, die in der Jungle World seit geraumer Zeit regelmäßig als Stichwortgeber der sog. Anti-Deutschen auftreten, "an die deutsche Außenpolitik", eine andere Irak-Politik zu betreiben? Die Antwort: Seit diese im Schulterschluss mit der französischen Regierung eine andere Richtung einschlägt als die britische und US-amerikanische und vor den Gefahren eines Flächenbrandes im Fall eines neuen Irak-Krieges warnt - was natürlich nichts mit einer Hinwendung zum Pazifismus, sondern mit anders gelagerten Interessen zu tun hat.

Nicht als brandgefährlich, sondern - ganz in Übereinstimmung mit den jüngsten Äußerungen des renommierten US-Historikers George W. Bush - als Chance zur Demokratisierung der ganzen Region betrachten dagegen die Memorandum-Autoren den bevorstehenden Waffengang. Ihre Sorgen sind anderer Art: "Auf Grund der Haltung der Bundesregierung zur militärischen Drohkulisse der USA gegenüber dem Irak befindet sich die Bundesrepublik derzeit in einer isolierten Position nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber jeder denkbaren positiven Entwicklung vor Ort".

Im flotten Stakkato erfolgt eine beispielgebende Politikberatung für das deutsche Außenamt: Erstens ist das Bath-Regime so oder so am Ende. Zweitens eröffnet "die Überwindung totalitärer Strukturen" hoffnungsvoll stimmende Demokratisierungsmöglichkeiten. Drittens sollte Deutschland die Gestaltung des zukünftigen Irak nicht den USA und Großbritannien überlassen.

Die mögliche Umsetzung eines föderalen Staatssystems hänge "zentral an der konkreten Ausformulierung praktischer Fragen, etwa über Gestaltung bundesstaatlicher oder föderaler Institutionen, Polizeirecht, ökonomische Gliederung des zu schaffenden Staates, Organisation der Zugriffs- und Ausbeutungsrechte vorhandener natürlicher Ressourcen".

In dem Text finden sich zahlreiche Sätze, wie sie anti-deutsche Kreise, für die Uwer und Osten-Sacken stehen, in solch klarer Schlichtheit bisher noch nicht hervor zu bringen vermochten: "Die Bundesrepublik Deutschland verfügt hier über einen besonderen Erfahrungsschatz. Vielen Irakern gilt Deutschland als besonderes Beispiel, wenn nicht Vorbild für die Transformation einer zentralistisch verwalteten, militarisierten Diktatur in einen föderal organisierten Bundesstaat." Aufbau Ost, Modell für den zerbombten Irak! Und weiter geht's: "Aus Deutschland sind in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Initiativen zur Unterstützung und Beratung beim Aufbau föderaler und demokratischer Rechtsstaatsstrukturen in anderen Ländern ausgegangen".

Danke, das war wunderbar! Und konsequent. Denn das Memorandum "richtet sich an die deutschen Nichtregierungsorganisationen, die in den Sphären der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe tätig sind. Er richtet sich gleichermaßen an die deutsche Außenpolitik und an das BMZ". Wenn alle mit anpacken, kann auch im Mittleren Osten nichts mehr schief gehen - nach dem Krieg.

Man kann nur hoffen, dass diese Lobeshymnen auf den Export deutscher Rechtsstaatstrukturen den LeserInnen der Jungle World nicht vorenthalten bleiben. Die aufmerksameren unter ihnen dürften angesichts der von maßgeblichen Autoren vollführten Kapriolen ins Grübeln kommen. Während es im Memorandum wörtlich heißt: "Die Rede vom ‚Flächenbrand` im Nahen Osten ist nicht gänzlich unbegründet", schreibt Mitautor Uwer in seinem Artikel "Tariq von Assisi" (Jungle World vom 26.2.03) das genaue Gegenteil. Die einstigen Kolonialherren Europas als Gegner eines Regimewechsels im Irak hätten "längst erkannt", so Uwer,

"dass ihre Friedenskerzen wirkungsvoller leuchten, wenn man einen Flächenbrand in der ganzen Region halluziniert". Die eigene "Analyse" zur Halluzination zu erklären, rundet das Bild auf angemessene Weise ab.

Sven Unverdorben

Der vollständige Text des Memorandums ist nachzulesen unter:
www.epd.de/entwicklungspolitik/2488_13268.htm

# 8. Am Vorabend des Krieges. Eine nicht repräsentative Auswahl von Diskussionsbeiträgen

Autor: Js. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:31

Vorkriegszeit ist Redezeit, nicht nur auf diplomatischem Parkett, sondern auch in den Medien. Während die Talk-Shows und visuellen Politmagazine auf möglichst plakative und vereinfachende Statements setzen, versprechen "seriöse" Printmedien auf ihren Debattenseiten und in den Feuilletons Hintergrund und Tiefgang. Zum Teil zu Recht.

Dass auch in der Diskussion der Intellektuellen die Grenzen zwischen Analyse und Agitation fließend sind, bewies die indische Schriftstellerin Arundhati Roy mit ihrer Rede in Porto Alegre (dokumentiert in Freitag, 7.2.03):

"Keiner zweifelt, dass Saddam Hussein ein skrupelloser Diktator ist, ein Mörder, dessen schlimmste Exzesse von den Regierungen der USA und Großbritanniens unterstützt wurden. Ganz gewiss wäre der Irak ohne ihn besser dran. Aber die ganze Welt wäre auch besser dran ohne einen gewissen Mister Bush, der tatsächlich weit gefährlicher ist als Saddam Hussein. Also, sollten wir Bush aus dem Weißen Haus bomben?"

Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert ließ sich zu keiner Meinungsäußerung über diesen Text hinreißen, nachdem ihn seine Zustimmung zu Roys Bin-Laden-Bush-Vergleich im Herbst 2001 fast den Job gekostet hätte. Mehr Mut beweist die US-amerikanische "Gendertheoretikerin" Judith Butler. Ihr Diskussionsbeitrag hätte zu Zeiten McCarthys locker den Tatbestand "unamerikanischer Umtriebe" erfüllt:

"Die USA bestehen auf ihrem imperialen Recht, zu entscheiden, wann und wo ein Regime wechseln soll, ihrem Recht, diesen Wechsel herbeizuführen, und ihrem Recht, dies im Namen einer ‚Demokratie` zu tun, die sie allein definieren. Das Konzept ‚Demokratie` bezieht sich nicht länger auf freie Wahlen oder auf das Recht zur politischen Partizipation derer, die von dem jeweiligen Regime regiert werden. Vielmehr wird ein Regime von außen eingesetzt, und die schlichte Tatsache, dass es von den USA eingesetzt wird, gilt als Zeichen dafür, dass es ‚demokratisch` ist. So, wie die USA ihre gesetzesfreie Herrschaft ausüben, taucht Selbstbestimmung als Voraussetzung für eine Demokratie in Ländern wie Afghanistan oder jetzt auch Irak nicht mehr auf. In diesem Sinn wird die Beschwörung ‚souveränen Handelns` in den USA gleichbedeutend mit ‚unilateralem Handeln` - unter Missachtung internationaler Verfahren und Vereinbarungen." (WoZ, 6.2.03)

Deutschsprachige Intellektuelle erzeugen mit ihren Debattenbeiträgen zum Krieg ein vergleichsweise leises Echo. Micha Brumlik argumentiert in der taz vom 16. Januar "wider die US-Hegemonie" und für einen "zunächst deutschen, dann hoffentlich europäischen Neo-Neutralismus":

"Die ersten Schritte dieses Neo-Neutralismus bestehen in folgenden - mit den EU-Verträgen weitgehend kompatiblen - Maßnahmen: So könnte die Bundesrepublik Deutschland erstens, wie einst De Gaulles Frankreich in den Sechzigerjahren, ihre Mitgliedschaft im militärischen Teil der Nato ruhen lassen und zweitens die im Rahmen der Nato sowie durch bilaterale Übereinkünfte getroffenen Stationierungsverträge überprüfen, wie die USA das derzeit bei anderen zwischenstaatlichen Verträgen tun. Ziel neuer Verhandlungen muss eine strikte Bindung der in Deutschland stationierten US-Truppen an das grundgesetzliche Verbot eines Angriffskrieges sein. Sollten die USA - wie gelegentlich angedroht - dem nicht nachkommen wollen und ihre Truppen abziehen, ist der Schaden gering: Schließlich ist Deutschland, wie von allen Regierungen seit 1989 glaubwürdig und überzeugend verkündet, nur noch von Freunden umgeben. Damit erübrigen sich drittens auch Überlegungen, ob eine Wehrpflichtarmee beibehalten werden soll oder eine Berufsarmee einzuführen ist. Nötig ist weder das eine noch das andere: Ein Land, das nur noch von Freunden umgeben ist, bedarf eines stehenden Heeres ebenso wenig wie einer Berufsarmee."

Gegen diese kaum misszuverstehenden Überlegungen polemisiert Hermann Gremliza, indem er die von Brumlik geforderte totale Abrüstung unterschlägt:

"Viele bewährte Friedensfreunde werden ihm (Brumlik) da folgen, manche neuere, darunter alle, die was zu sagen haben, werden sich fragen, wie so viel Unverstand in einen so schlauen Kopf kommt. Die zunächst

deutsche, dann europäische Antwort auf den amerikanischen Imperialismus gibt es längst, nur dass noch keiner den kuriosen Einfall hatte, sie Neo-Neutralismus zu nennen." (konkret 2/2003)

Dass Brumliks Vision eines vollständig entmilitarisierten Deutschlands mit Bestrebungen eines hochgerüsteten, von Berlin regierten EU-Imperialismus nicht das Geringste zu tun hat, erfahren die konkret-LeserInnen dank Gremlizas selektiver Zitierweise nicht. Mit seiner Klage über das, "was da alles zusammenwächst" - auch Nazis sind gegen den Irak-Krieg - findet Gremliza, der sich gern zum einsamen Kämpfer gegen die dummdeutsche Volksgemeinschaft stilisiert, in Wolf Biermann einen Bundesgenossen mit ungleich größerer Medienwirkung. Im Spiegel vom 24.2.2003 schreibt Biermann:

"Die Angst vor dem Krieg stiftet unter den tief zerrissenen Deutschen eine feste Volksgemeinschaft. (...) Es ist nun offenbar ‚in echt` zusammengewachsen, was im schlechtesten Sinne schon immer zusammengehörte. (...) Wir wurden in diesen Tagen ein einig Volk von Hurra-Pazifisten."

Seit' an Seit' mit Gremliza und Biermann marschiert auch die Journalistin Lea Rosh, die allerdings im Interview der Frankfurter Rundschau in Erklärungsnöte kommt:

"Natürlich können wir uns mit der US-Friedensbewegung solidarisch erklären. Natürlich finde ich die Friedensbewegung per se gut. Ich muss doch nicht erklären, auf welcher Seite ich stehe. Nur: Ich habe die Geschichte nicht vergessen. Ich vergesse auch nicht, dass die Amerikaner die Landung in der Normandie mit einem ungeheuren Blutzoll bezahlt haben, für uns. Den Amerikanern sozusagen Menschenfresserei zu unterstellen, ist einfach unhistorisch." (FR, 20.2.03)

Das von Frau Rosh unterstützte "Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus" (BgAA) geht in seinen "Anmerkungen zu einem Irak-Krieg" erheblich weiter:

"Wenn eine von den USA angeführte Koalition den Irak angreift, trifft Krieg auf fortgesetzten Kriegszustand. Das pazifistische Lamento über Menschen, die dabei sterben werden, und die antiimperialistische Suche nach Ölkonzernen, die das Weiße Haus angebohrt haben, sind keine einfachen Fehltritte. Sie gehören einem friedensbewegten Gesamtzusammenhang an, in dem ‚Krieg` und ‚Frieden` als Chiffren für ‚Amerika` und ‚Deutschland` verwendet werden und solchermaßen als Vehikel deutscher Hegemonialpolitik funktionieren." (www.bgaa.net, 4.3.03)

Während das BgAA die Friedensbewegung unterschiedslos als "Demomob für deutsche Interessen" beschimpft, weiß Gremliza zu differenzieren. Nur "in vier von fünf Fällen" hätten die Leute von der "Insel in der Berliner Karibik" Recht mit ihrer Behauptung, der deutsche Kriegsgegner sei "Antiamerikaner, das heißt Antisemit". (konkret 2/03) Einen Monat später ist Gremliza der offenen Kriegsbefürwortung noch ein Stück näher gerückt:

"Da mein diesbezüglicher Ruf hinreichend ruiniert ist, kann ich's ja sagen: Wäre gewährleistet, dass Saddam Husseins Regime beseitigt und durch ein menschenfreundliches ersetzt werden könnte, ohne fünfzig-, hunderttausend oder mehr Iraker kollateral umzubringen und zugleich an anderen Orten andere Monster zu entfesseln, hätte ich keinen Einwand." (konkret 3/03)

Bei deutlich weniger als 50.000 Kriegstoten (40.000? 45.000?) gäbe es für den konkret-Herausgeber also nichts zu meckern. Der auch von Gremliza geteilten These, Deutschland werde in jedem Fall den "Krieg um den Krieg" gewinnen, widerspricht der ehemalige konkret-Redakteur Oliver Tolmein. Für die "maßgeblichen Fraktionen der Antideutschen" gelte:

"Die Ziele des Gegners werden allzuschnell mit dessen Fähigkeiten gleichgesetzt. Wenn Deutschland die Eingemeindung des Ostens plant, um damit sein politisches Gewicht zu vermehren, gilt das als bereits geschehen. Tatsächlich zeigt sich, dass Schröders lauthals vorgetragener Anspruch, in der ersten Reihe zu sitzen und alles mitzubestimmen, zwar Ausdruck eines übersteigerten nationalen Selbstbewusstseins ist, im Ergebnis aber nur dazu führt, dass Deutschland jetzt, obwohl es zur Zeit dem Sicherheitsrat vorsitzt, die weltpolitische Strafbank drücken muss. (...) Es ist eben noch keine Weltmacht, sondern will erst eine werden. Die Chancen dafür stehen gegenwärtig erfreulich schlecht." (konkret 3/03)

An gleicher Stelle setzt sich Thomas Ebermann mit "offiziellen Kriegsbegründungen und realen Kriegsgründen" auseinander, aber auch mit "offizieller Kriegsablehnung und alternativem Imperialismus". Sein

ausführlicher Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Statements, das er in einem öffentlichen Streitgespräch mit dem Jungle-World-Bellizisten Thomas Uwer vorgetragen hat. Über den akut drohenden Krieg schreibt Ebermann:

"Mein erster Impuls ist: Es möge nicht geschehen! Ich bin Kriegsgegner! Natürlich kenne ich die welthistorischen Ausnahmen, für die die Parole ‚Niemals Krieg` nicht gilt. Natürlich bin ich kein Pazifist, aber ich weiß auch, für wie viele ehemals Linke diese Erwägungen zu bloßen Ausreden dafür dienen, sich in ‚westlicher` Härte und ‚Realismus` zu üben. Vor diese Alternative gestellt geselle ich mich - obwohl ich Alternativen hasse - zu den Pazifisten."

Ebermanns Text endet mit einem "praktischen Vorschlag":

"Was heute Friedensbewegung heißt, gehört gespalten. (...) Vielleicht wäre das ... auch real nur eine Abschürfung. Aber einige Tausend, die keine deutschen Regierungsleute (und keine Antisemiten) in ihren Reihen duldeten, das wäre doch ein Anfang, der, um einen weit verbreiteten Terminus zu verwenden, ‚Mut machen` würde."

Zusammenstellung und Zwischentexte: Js.

# 9. (K)ein Platzverweis für Neonazis. Friedensbewegung bietet Einfallstore für extreme Rechte

Autor: Antifaschistisches INFO-Blatt · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:24

Ob Halle, Anklam, Neuruppin oder München - rechtsextreme Gruppen sind bei Aktionen der Friedensbewegung präsent. Diese reagiert wahlweise mit Panik und Hilflosigkeit oder mit Verharmlosung und Ignoranz auf die Präsenz rechter Gruppen. Dabei handelt es sich keineswegs um ein "ostdeutsches Problem", wie manche FriedensaktivistInnen gerne glauben würden.

Zugespitzt ist die Situation zwar immer da, wo ohnehin eine rechtsextreme Straßendominanz herrscht. Wer allerdings, wie in München geschehen, mehrfach Neonazis den Raum auf der Straße regelrecht überlässt, sorgt dafür, dass alle, die nicht ins rechte Weltbild passen, nicht mehr an Friedensdemonstrationen teilnehmen können und wollen. Und dass die extreme Rechte ihre Ziele - sie wollen provozieren und ihre Hegemonieansprüche auf den Straßen durchsetzen - widerstandslos erreichen können. Eine Auseinandersetzung ist dringend geboten, zumal NPD, die militanten Freie Kameradschaften und Gruppen der extremen Rechten seit Wochen für Aktionen zum "Tag X" - dem offiziellen Kriegsbeginn - mobilisieren.

Den Überraschungseffekt hatte die rechte Szene der Saalestadt Halle auf ihrer Seite, als sie am 24. Februar zum zweiten Mal an der Demonstration des Friedensbündnisses "Friedenskreis Halle" teilnahmen. In geschlossener Formation rückte eine Gruppe von ca. 50 Neonazis an und begann sich mit Parolen wie "Kein deutsches Blut für fremde Interessen" und "Massenmord in Palästina - Holocaust durch die Rabbiner" unter die DemonstrantInnen zu mischen. Die Mehrzahl der rund 1000 DemoteilnehmerInnen reagierte mit Verunsicherung und Angst auf den massiven Auftritt der militanten rechten Szene. Symbolische Aktivitäten von AntifaschistInnen gegen die Neonazis verbaten die VeranstalterInnen mit dem Hinweis, man solle die Rechtsextremen nicht unnötig provozieren. Zudem sollte man die Auseinandersetzung mit den Neonazis der Polizei überlassen. Doch diese zeigte sich ob der Strategie des Auftretens der rechten Kameraden überfordert. Auf Flugblättern wurden die Schrecken des Krieges beschworen und die "Unterdrückung freier Völker" durch die USA beklagt. Initiiert wurde die Teilnahme der Rechten von einer Gruppe Neonazis um dem Hallenser Sven Liebich, selbst umtriebiger Aktivist im Netzwerk der "Freien Nationalisten" in Sachsen-Anhalt und bundesweit. An der Friedensdemonstration beteiligten sich auch Magdeburger Nachwuchsnazis, die wenige Wochen später am Gelände der jüdischen Gemeinde der Landeshauptstadt eine antisemitische "Mahnwache gegen den Terror Israels" abhielten.

Zwar hatten die OrganisatorInnen einer Friedensdemonstration am ersten Märzwochenende in Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) auf ihren Mobilisierungsflugblättern ausdrücklich erklärt, Neonazis und antisemitische Inhalte seien unerwünscht. Doch die Kräfteverhältnisse in Ostvorpommern sind andere. Ein Viertel der rund 400 Menschen, die sich zu Demonstration gegen den drohenden Krieg einfanden, waren organisierte Neonazis aus den militanten Freien Kameradschaften rings um die "Pommersche Aktionsfront" (PAF). Die PAF kam in Marschformation, geschlossenen Reihen, mit Fahnen und Transparenten zum Auftaktkundgebungsort. Die VeranstalterInnen sahen wenig Spielraum: Sie bildeten eine eigene Kette vor den Neonazis, um diese auf Abstand zur eigenen Demonstration zu halten. Lediglich bei der Abschlussveranstaltung des Bündnisses "Bunt statt Braun" in einer Kirche mussten die Rechtsextremen draußen bleiben. Hier machten die OrganisatorInnen von ihrem Hausrecht Gebrauch.

Neonazis auf Friedensdemos

Als bei der wöchentlichen Friedensdemonstration in Neuruppin (Brandenburg) unter den rund 300 TeilnehmerInnen auch 25 stadtbekannte Neonazis auftauchten, versuchten die örtlichen AntifaschistInnen, die VeranstalterInnen davon zu überzeugen, die Neonazis auszuschließen. Ergebnis der Diskussion: Eine Demokratie müsse "so etwas aushalten". Als die AntifaschistInnen weiter lautstark den Ausschluss der Neonazis forderten, setzten die VeranstalterInnen die Polizei als "Schlichter" ein, "um Provokationen zwischen den beiden Polen zu vermeiden". Bei der Abschlusskundgebung warf der Bündnisgrüne Mitveranstalter Wolfgang Freese den AntifaschistInnen vor, sie seien "so intolerant" wie die Neonazis. Eine Argumentation, die allerdings von manchen PDS-VertreterInnen noch getoppt wird: In Greifswald intervenierten zwei örtliche

PDS-Funktionäre, als AntifaschistInnen eine Gruppe von ca. 25 Neonazis aus einer Friedensdemonstration ausschließen wollte. Gegen den Krieg "brauchen wir jeden", so die Argumentation der PDS.

Neben der Tatsache, dass die neonazistische Szene in ihrer Strategie sowohl öffentlich als auch szeneintern auf skandalträchtige Events setzt, ergeben sich aus den von Friedensgruppen vorgebrachten Argumenten gegen einen Irakkrieg inhaltliche Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte. Die Statements vieler lokaler Friedensgruppen sind oft durch einen eklatanten Mangel an politischer Analyse des Konflikts geprägt. Statt dessen wird allgemein moralisch-ethisch, nach dem Motto "Krieg ist keine Konfliktlösung" argumentiert. Hier artikuliert sich eine politisch recht naive Friedenssehnsucht. Folgt man zudem Reden und Flugblättern, so werden nicht selten sprachliche und inhaltliche Klischees über eine angebliche "amerikanische Kultur" und Politik aufgegriffen. Typisch dafür ist eine personalisierende oder rein ökonomistische Schematisierung des Konflikts. Dies ist das Einfallstor für antisemitische Argumentationsmuster, einen völkisch determinierten Antiimperialismus und kulturalistischen Antiamerikanismus, der sich gegen eine offene, multi-ethnische Gesellschaft wendet.

Die Friedensbewegung wird sich den Vereinnahmungsversuchen der extremen Rechten nur dann erfolgreich entziehen können, wenn sie sich aktiv mit den hier vorgefundenen zentralen Säulen rechtsextremer Ideologie auseinander setzt und differenzierte Positionen zu den aufgeworfenen Fragen entwickelt. Und auf der Straßen entschlossen gegen Neonazis agiert.

Antifaschistisches INFO-Blatt

Das AIB ist die einzige unabhängige bundesweite Antifazeitung und beobachtet seit 15 Jahren sowohl die extreme Rechte als auch die "Braunzone" im In- und Ausland. Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe Nr. 58/2003 sind völkische Jugendarbeit der Neonazis und der Stand der Entschädigung von NS-Opfern. Kontakt: aib@mail.nadir.org

# 10. Signale aus blockfreiem Raum. Irak-Krieg revitalisiert Konferenz der Blockfreien

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:11

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien sie belanglos zu werden, die Bewegung der Blockfreien. Nun erfolgt anscheinend eine Widerbelebung - zumindest meldeten sich die Blockfreien auf ihrer 13. Konferenz in Malaysia wahrnehmbar mit einer Kritik an der US-Politik zurück.

Für Dr. Mahathir bin Mohamad, Malaysias Premierminister und gleichzeitig Südostasiens dienstältesten Politfuchs, war das ein Auftritt nach Maß. Als Gastgeber der am 24./25. Februar in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur abgehaltenen Konferenz der Bewegung der Blockfreien, deren mittlerweile 116 Mitglieder sich in der Vergangenheit auch als nicht-paktgebundene Staaten bezeichneten, zelebrierte er souverän seine Agenda - intern "subversive Elemente" hart an die Kandare nehmen und außenpolitisch das "imperialistische Gebaren des Westens" brandmarken. Seit 1981 an der Macht, hat der gelernte Arzt Mahathir immer wieder Politik homöopathisch so dosiert, dass stets er davon profitierte. Seinen prominentesten Widersacher, den früheren stellvertretenden Premierminister Anwar Ibrahim, ließ er 1998 auf Grund fadenscheiniger Anklagen hinter Gittern verschwinden.

Mit Rücksicht auf den überwiegend muslimischen Bevölkerungsanteil des 22 Millionen EinwohnerInnen zählenden Landes weiß Mahathir, dass ein Anflug von Antiislamismus politischen Suizid bedeutet. So ist das lange dem Westen zugeneigte Malaysia nicht nur Mitglied der 56 Staaten umfassenden Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), sondern auch eine gewichtige Stimme innerhalb der Bewegung der Blockfreien. Vor allem seit der Asienkrise (1997) hat der Premier wiederholt vom Leder gezogen und die "neokolonialen Interventionen" von IWF und Weltbank sowie Börsenspekulanten attackiert. Seitdem in den US-amerikanischen Medien von einer malaysisch-indonesisch-philippinischen Connection zu Osama bin Ladens al-Quaida die Rede ist, kontert Mahathir: Freilich gibt es in Malaysia terroristische Elemente, aber diese richteten sich nicht gegen US-Einrichtungen, sondern seien ein internes Problem, das die Regierung selbstständig, notfalls mittels des Internen Sicherheitsgesetzes (1) löst.

Tatsächlich wurden Wochen vor den Anschlägen in New York und Washington Mitglieder der Islamischen Partei Malaysias (PAS) auf Grundlage des ISL verhaftet. Ihnen warf die Staatsanwaltschaft vor, in Afghanistan militärisch ausgebildet worden zu sein, sich Waffen aus Thailand (in dessen Südprovinzen drei Millionen Muslime leben) beschafft und bei Moslem-Rebellen in den Philippinen das Fertigen von Bomben gelernt zu haben, um die Regierung zu stürzen.

Fanal von Bandung

So schillernd wie der vom Gastgeber der diesjährigen Konferenz der Blockfreien verfolgte politische Kurs ist der geschichtliche Verlauf dieser Bewegung selbst. 1945 waren mit Vietnam und Indonesien zwei Länder unabhängig geworden, die Vorbild im antikolonialen Kampf waren und vor Indien, Pakistan, China und zahlreichen afrikanischen Ländern ein wichtiges Etappenziel erreicht hatten. Indonesiens charismatischer Präsident Ahmed Sukarno genoss zwischen dem 18. und 24. April 1955 das Privileg, die Staats- und Regierungschefs von 29 asiatischen und afrikanischen Ländern in der westjavanischen Stadt Bandung willkommen zu heißen, um im Kalten Krieg klar Position für einen unabhängigen Nationalismus und gegen jede Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung zu beziehen.

Neben Sukarno waren es Jawaharlal Nehru (Indien), Tschou En-Lai (VR China), Kwame Nkrumah (Ghana), Gamal Abd el Nasser (Ägypten) und Josip Broz Tito (Jugoslawien), die in Bandung die erste Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz ausrichteten und mit ihr den Grundstein der Bewegung der Blockfreien legten. Im Kommuniqué vom 24. April 1955 erklärten die Konferenzteilnehmer ihre volle Unterstützung für die fundamentalen Prinzipien der Menschenrechte, wie sie in der UN-Charta festgelegt sind, und bekräftigten mit der Deklaration der Menschenrechte zugleich das Selbstbestimmungsrecht der Völker als gemeinsames Ziel.

Im September 1961 fand in Belgrad das 1. Gipfeltreffen des sich fortan Bewegung der Blockfreien nennenden Forums statt. In der jugoslawischen Hauptstadt entstand auch das erste Sekretariat der Bewegung, die

folgende Kriterien als Voraussetzungen für Blockfreiheit und damit Teilnahmeberechtigung definierte: eine unabhängige, auf friedlicher Koexistenz und Nichtanlehnung an die Machtblöcke in West wie Ost basierende Politik; Nichtbeteiligung an Militärbündnissen, die sich aus dem Ost-West-Gegensatz herleiteten und Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen. Nachdem auch mehrere arabische und lateinamerikanische Staaten den Blockfreien beigetreten waren, avisierte die Bewegung weitere Ziele - nämlich die Auflösung von Militärblöcken; Nord-Süd-Dialog und politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit des Trikont (Süd-Süd-Beziehungen); eine Neue Wirtschafts- und Informationsordnung sowie militärische Abrüstung und die Verwendung dadurch frei werdender Mittel für Entwicklungsvorhaben.

Schritte aus dem Abseits

Das klang gut - auch in den Ohren der antiimperialistischen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre im Westen. Doch mehrmals knarrte es im Gebälk der Blockfreien-Bewegung, wenn einige ihrer Mitglieder ihre Nähe zum real existierenden Sozialismus bekundeten oder die VR China unter Mao Tsetung als natürlichen Verbündeten der Blockfreien feierten. Auch regionale Konflikte führten dazu, dass es zu Annäherungen an die eine oder andere Supermacht kam, um eigene politische Kalküle durchzusetzen. Anfang der sechziger Jahre büßte Indien einen gut Teil seiner Glaubwürdigkeit als neutraler Staat ein, als Neu Delhi in der Auseinandersetzung mit Peking um westliche Hilfe bat. Nach dem Krieg mit Israel 1967 war Ägypten weitgehend von sowjetischer Militärhilfe abhängig. Und Indonesien verlor mit dem blutigen Machtantritt von Exgeneral Suharto (1965/66) und der Etablierung eines stramm antikommunistisch-prowestlichen Regimes jedwede Legitimation, in der Tradition von Bandung zu stehen.

Mit dem Ende der Sowjetunion und Beginn zahlreicher Wirtschafts- und Finanzkrisen in Lateinamerika, Ost- und Südostasien schienen die Blockfreien belanglos zu werden. Mit der von den USA nach dem 11. September 2001 aufgeworfenen existenziellen Frage nach Krieg oder Frieden änderte sich das Bild. Zu dem Zeitpunkt hatte den Vorsitz der Blockfreien Südafrika inne, dessen Präsident Thabo Mbeki es in Kuala Lumpur gern gesehen hätte, wenn der nach den Vereinten Nationen größte Staatenverbund geschlossen gegen den "Staatsterrorismus" votiert hätte. Das kam zwar nicht zu Stande, doch im Abschlussdokument von Kuala Lumpur wandten sich die TeilnehmerInnen gegen Unilateralismus und forderten, internationale Fragen gemäß den Prinzipien der UN-Charta und des Völkerrechts zu lösen. Zur Weltwirtschaft betonte das Dokument, obwohl die Globalisierung Chancen berge, könnten die Entwicklungsländer daran nicht gleichberechtigt teilnehmen. Außerdem wurde in der "Deklaration von Kuala Lumpur" sowie in einer Irak-Erklärung ein US-Angriff gegen Irak abgelehnt, Bagdad indes zur "aktiven Erfüllung" der UN-Resolutionen aufgefordert.

Zick-Zack-Kurs in Richtung Freiden

Gastgeber Mahathir wähnte sich jedenfalls als Hüter eines "Friedensgipfels", was die nunmehr von ihm geführten Blockfreien mit der weltweiten Bewegung gegen einen Irak-Krieg zusammenführe. "Wir sind gegen Krieg, sei es multilateral oder unilateral", so Mahathir zum Abschluss des Gipfels, "im Krieg werden Menschen abgeschlachtet. Wir sind gegen das Abschlachten von Menschen, sei es durch das Abwerfen von Bomben oder das abstürzen lassen von Flugzeugen in Gebäude."

Trotz Friedensharmonie gab es auch Dissonanzen. Indiens Premier Atal Bihari Vajpayee und Pakistans Präsident Pervez Musharraf gerieten wegen Kaschmir in Clinch. Iraks Außenminister Nadschi Sabri warb um Verbündete und Kim Yong Nam, Vorsitzender der Obersten Volksversammlung Nordkoreas, propagierte im Atomstreit mit Washington die "Selbstverteidigung gegen amerikanische Feindseligkeiten". Palästinenserpräsident Jassir Arafat war erst gar nicht angereist, weil Israel ihm eine Rückkehrgarantie verweigerte. Die sechs blockfreien Mitglieder des UN-Sicherheitsrats - Angola, Kamerun, Guinea, Chile, Syrien und Pakistan - mochten sich nicht festlegen, ob sie eine neue Irak-Resolution unterstützten. Schließlich blieb die heikle Frage ausgeklammert, ob und inwieweit Länder in der Region - wie beispielsweise die Philippinen, die VR China, Indonesien und selbst Gastgeber Malaysia - den "Antiterrorfeldzug" instrumentalisieren, um bei sich zu Hause legitimen Dissens, gar bewaffneten Widerstand zu "befrieden".

Fazit: Die Blockfreien fassen wieder Fuß, doch so richtig in Bewegung gekommen sind sie noch nicht.

Rainer Werning

Anmerkung:

1) Das Interne Sicherheitsgesetz, seit 1960 in Kraft, ist ein Erbe der so genannten Notstandsphase ("Emergency") von 1948 bis 1960, als die britische Kolonialmacht die damals starke Kommunistische Partei Malayas bekriegte. Laut ISL kann die Polizei Personen, die die "Sicherheit des Landes gefährden", bis zu 60 Tage ohne Rechtsbeistand und Einleitung eines Verfahrens internieren. Stimmt der Innenminister zu, ist danach eine weitere, bis zu zwei Jahre währende Inhaftierung möglich.

# 11. Goodbye Taliban - welcome Warlords? In Afghanistan ist keine Demokratisierung in Sicht

Autor: Gunnar Schedel · Rubrik: Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:12

Große Worte werden von PolitikerInnen gerne dann bemüht, wenn die Realität sich nicht dem vorgesehenen Redetext fügen will. So sprach der deutsche Außenminister Joschka Fischer in seiner Begrüßungsrede auf der zweiten Petersberger Konferenz im Dezember 2002 vom "Kampf der zivilisierten Welt" gegen internationalen Terrorismus, irrationalen Fanatismus und menschenverachtende Kriminalität. Hätte er anstelle von pathetischen Phrasen einfach den Stand der Dinge vorgetragen, wäre offensichtlich geworden, dass die Situation der Menschen in Afghanistan vielerorts katastrophal ist und selbst die grundlegenden Kriegsziele nur teilweise erreicht worden sind.

Freiheit & Wohlstand" ist in Afghanistan bislang nicht aufgegangen. Wer einen Blick auf die jüngste Geschichte des Landes wirft, wird sich darüber nicht wundern.

Der Aufstieg der Taliban begann im Herbst 1994. In Afghanistan herrschte bereits seit 15 Jahren Krieg. Nach dem Abzug der Roten Armee 1989 bekämpften die verschiedenen Mudschahedin-Verbände weiter die Regierung und nachdem diese gestürzt und Kabul eingenommen war, brachen die Konflikte zwischen den Gotteskriegern auf. Im Dschihad gegen die sowjetischen Besatzer hatte der gemeinsame Feind die zahlreichen Armeen geeint, nun verfolgten die Mudschahedin-Führer wieder ihre eigenen Interessen. Eine von allen anerkannte Regierung konnte aber nicht gebildet werden. In den Provinzen herrschten "Warlords", die sich auf ethnisch weitgehend homogene, aus der Region stammende Milizen stützten.

Für die Bevölkerung bedeutete die Allgegenwart einer mäßig disziplinierten und unregelmäßig bezahlten Soldateska bei gleichzeitigem Fehlen jeglicher rechtsstaatlicher Strukturen eine ständige Bedrohung, der sie schutzlos ausgeliefert war. Als die Taliban mit dem Anspruch auftraten, diesen Zustand der Rechtlosigkeit zu beenden, die zerstrittenen Mudschahedin-Führer zu entmachten und eine Regierung aus "guten Muslimen" einzusetzen, hofften viele AfghanInnen auf Frieden. Die Ambitionen der Taliban, ganz Afghanistan unter einer Herrschaft zu vereinen und ihre anfänglichen militärischen Erfolge waren auch für die USA ausschlaggebend, als sie 1996/97 auf die Taliban-Karte setzten, um ihre Pipeline-Pläne zu verwirklichen. Im paschtunischen Süden, wo die Taliban ihre soziale Basis haben, wurden sie trotz ihrer der afghanischen Tradition widersprechenden sehr strikten und puritanischen Auslegung des Islam als Garanten für "Recht und Ordnung" angesehen. Je weiter sie ihr Einflussgebiet jedoch ausdehnten (1996 eroberten sie Kabul, 2001 beherrschten sie etwa 90% Afghanistans), desto deutlicher wurde, dass die Menschen die Willkürherrschaft der Warlords gegen die brutalste Religionsdiktatur seit Entmachtung der tibetischen Gelbmützen-Sekte eingetauscht hatten.

Den "Anti-Terror-Kriegern" gelang es zwar, innerhalb eines Vierteljahres die militärischen Strukturen der Taliban zu zerschlagen. Doch dabei bedienten sie sich der Warlords (von den USA bis Oktober 2002 mit Geld und Waffen versorgt), die auf diese Weise an die Macht zurückkehrten. Innerhalb eines Jahres hatte sich in Afghanistan wieder ein Zustand des permanenten Krieges eingestellt, gekennzeichnet von einer schwachen Zentralgewalt und der Konkurrenz von um Einflussgebiete kämpfenden Milizen (deren Mitgliederzahl auf 250.000 geschätzt wird). Aus der Region um Masar-i Scharif werden anhaltende Kämpfe zwischen den Truppen der Nordallianz-Generäle Atta Mohammed und Rashid Dostum gemeldet. Alle Versuche der Übergangsregierung von Hamid Karsai die Verbände zur Abgabe ihrer Waffen zu bewegen oder einzelne Kommandanten durch eine Einbindung in ein Amt zu domestizieren, sind bislang gescheitert.

Zustand des permanenten Kriegs

Für die Bevölkerung bedeutet die Herrschaft der Warlords, dass sie erneut Gewalt, Willkür und Ausbeutung ausgesetzt ist. Human Rights Watch berichtet von zahlreichen Übergriffen, Raubüberfällen und Vergewaltigungen, die juristisch nicht geahndet werden; ein Memorandum der Gesellschaft für bedrohte Völker spricht von "systematischer Einschüchterung, Vergewaltigung, Folter, Mord sowie der Behinderung der Presse- und Meinungsfreiheit". Eine siebenwöchige Rundreise von Inspektoren der Regierung im Herbst 2002 bestätigte viele der Vorwürfe. Die daraufhin von Präsident Karsai verfügte Entlassung von zwei Dutzend örtlichen Beamten und Geheimdienstoffizieren, zeigt die Machtlosigkeit der Regierung in Kabul.

Die unsichere Lage führt dazu, dass viele Geberländer zögern, die zugesagten Hilfsgelder auszuzahlen. Was in Afghanistan ankommt, wird fast ausschließlich für humanitäre Zwecke aufgewendet, Mittel für eine Verbesserung der desolaten Infrastruktur stehen nicht zur Verfügung. Derzeit scheint es keinerlei Konzepte dafür zu geben, wie wenigstens eine stetige, von Hilfslieferungen unabhängige Grundversorgung der Menschen zu gewährleisten sei.

Situation der Frauen: kaum verändert

Auch in einer anderen humanitären Frage gibt es offenbar ein west-östliches Verständigungsproblem. Als eines der zentralen Argumente für eine deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg führten die Bündnisgrünen unermüdlich die Unterdrückung der Frauen durch das Taliban-Regime an. Tatsächlich hatte der Männerbund der Koranschüler die Frauen nahezu völlig aus der Öffentlichkeit verbannt. Ihnen war es verboten zu arbeiten oder eine Schule zu besuchen. Der Zwang zum Tragen der Burka war nur der sichtbare Ausdruck des Verschwindens der Frauen aus dem öffentlichen Leben. Doch auch nachdem die Burka nicht mehr vorgeschrieben ist und zahlreiche Mädchenschulen eröffnet worden sind, hat sich das Leben der meisten Afghaninnen de facto nur wenig verändert: Weibliche Angestellte von Hilfsorganisationen werden unter Druck gesetzt, ihre Jobs aufzugeben; Mädchenschulen wurden mehrfach Ziel von Angriffen; In der Provinz sind konservativ-patriarchale Vorstellung teilweise so vorherrschend, dass Mädchen von sich aus auf einen Schulbesuch verzichten; In einzelnen Provinzen ist verboten, dass Mädchen von männlichen Lehrkräfte unterrichtet werden - da es aber kaum Lehrerinnen gibt, kommt dies einem generellen Ausschluss von Bildung gleich.

Die Einschätzung, dass die Unterdrückung von Frauen ein auf das Taliban-Regime zurückzuführendes Phänomen sei, hat sich als falsch herausgestellt. Unter den traditionalistischen und islamistischen Gruppierungen gibt es einen breiten Konsens in dieser Frage, nur die Rigidität mit der den Frauen Bildung und Selbstbestimmung vorenthalten werden, unterscheidet sich. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn viele Frauen weiterhin die Burka tragen und Witwen zum Überleben nach wie vor nur wenige Alternativen zum Betteln oder zur Prostitution haben.

Auch in der Regierung setzen konservative Kreise eine restriktive Frauenpolitik durch. Die Bilder von der Petersberger Konferenz, wo unverschleierte Frauen mit am Verhandlungstisch saßen, können als geschickte Medieninszenierung angesehen werden, die mit der Realität nicht viel zu tun haben. Frauen mit auch nur halbwegs liberalen Auffassungen werden nach und nach aus ihren Positionen entfernt. So wurde die Richterin des Obersten Gerichtshofes Afghanistans Marzeya Basil ihres Amtes enthoben, weil sie im Zuge einer Fortbildung in den USA bei einem Treffen mit dem US-Präsidenten unverschleiert fotografiert worden war (Reuters, 2.11.2002). Als Verstoß gegen die Scharia wertete der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes die Koedukation, was zwangsläufig zu einem Verbot führen müsse.

Der Hinweis auf die Scharia, also islamisches Recht, verdeutlicht, wie stark Afghanistans Führungseliten traditionalistischen oder islamistischen Vorstellungen anhängen. Die Loja Dschirga, die Große Ratsversammlung, hatte im Juni beschlossen, dass die Scharia, in Afghanistan zukünftig gelten soll. Was das genau heißt, wird sich noch zeigen, aber es gibt bereits einige Anzeichen, die wenig Gutes verheißen. So hat der Vorsitzende der Verfassungskommission erklärt, eine Trennung von Staat und Religion stehe überhaupt nicht zur Diskussion (Tagesspiegel, 24.1.2003). Dies würde einen Rückschritt sogar hinter die Verfassung von 1964, als das Land konstitutionelle Monarchie wurde, bedeuten. Ebenso fehlen im bekannt gewordenen Entwurf Artikel zur Presse- und Meinungsfreiheit oder zur Gleichberechtigung der Frauen. Auch einzelne Anordnungen wie das Verbot indischer Filme im Fernsehen, "unislamischer Musik" im Radio oder des Kabelfernsehens sowie die Schließung von Videotheken zeigen, dass bürgerlichen Freiheiten wenig Bedeutung beigemessen werden. Und sogar die Einführung der barbarischen Hadd-Strafen, in diesem Fall die Amputation von Gliedmaßen bei Diebstahl, wird aus höchsten Justizkreisen gefordert (WoZ online, 5.12.2002).

In der Präambel des Petersberger Abkommens heißt es, Afghanistan werde "seine politische Zukunft im Einklang mit den Grundsätzen des Islam, der Demokratie, des Pluralismus und der sozialen Gerechtigkeit in Freiheit" bestimmen können. Die Unvereinbarkeit zwischen Islam, zumal in einer fundamentalistischen Auslegung, und Pluralismus tritt immer deutlicher zu Tage. Und politische Gruppierungen, die sich für Demokratie einsetzen, gibt es nicht viele. Wer dies tut, lebt zudem gefährlich. Als am 11. November 2002 Studenten in Kabul gegen Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Strom

demonstrierten, erschoss die Polizei drei Menschen. Unter solchen Umständen ist es auch nicht schwer vorherzusagen, wer bei den für 2004 vorgesehenen Wahlen die Mehrheit der Stimmen davontragen wird.

EU-weite Abschiebungen geplant

Afghanistan ist 2003 ein vom Krieg zerstörtes Land, in dem nach wie vor gekämpft wird . Schätzungen zufolge sind bei den Kämpfen und Bombardements seit Oktober 2001 mindestens 4.000 ZivilistInnen umgekommen. Noch immer jagen die US-Spezialeinheiten Osama Bin Laden, dabei erschießen sie oft genug bärtige Bauern (WoZ online, 5.9.2002). Die Bevölkerung leidet unter einer desolaten Versorgungssituation und dem Terror der lokalen Kriegsherren. Islamistische Gruppierungen verhindern jegliche Demokratisierung. Als zum "Krieg gegen Terror" aufgerufen wurde, hatten sich die Zukunftsprognosen ganz anders angehört. Mit launigen Sprüchen wie "Sherry statt Scharia" applaudierte sogar ein Teil der Linken dem Krieg. Aber der Sturz eines diktatorischen Regimes verbessert nicht automatisch die Lebenssituation der Bevölkerung. Heute beträgt in Afghanistan die Lebenserwartung 44 Jahre, die Kindersterblichkeit liegt bei 25%. Die Zeit ohne die Taliban hat den Menschen kaum Verbesserungen gebracht und keine Perspektiven eröffnet.

Nur die EU-Innenminister sehen das offenbar anders. Auf ihrem Treffen Ende November in Brüssel stellten sie 17 Mio. Euro bereit, um die etwa 100.000 in Europa lebenden afghanischen Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen (wsws.org). Mit 170 Euro pro RückkehrerIn soll die Regierung in Kabul in die Lage versetzt werden, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Besonders von "Rückführung" bedroht sind in Deutschland "geduldete" AsylbewerberInnen, die keine Anerkennung erhalten hatten, weil es im Taliban-Afghanistan keine staatliche Verfolgung gegeben habe (nur Pakistan und Saudi-Arabien hatten die Taliban offiziell anerkannt). Aber auch Asylberechtigte könnten, so fürchtet Pro Asyl, sich mit einem Widerspruchsverfahren konfrontiert sehen, wenn das Bundesamt die Asylgründe als hinfällig ansieht. Auch sie könnten letztlich in ein Land abgeschoben werden, das von den Krieg führenden Staaten als befriedet angesehen wird.

Gunnar Schedel

# 12. Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge? Dokumentation

Autor: Alain Gresh · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:04

Alain Greshs hier dokumentierte Überlegungen zum Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge sind Teil eines längeren Artikels mit dem Titel "Palästina und die Bewegung gegen die Globalisierung. Ein Versuch die Grundlagen der Solidarität zu definieren." (1)

Das ist die komplexeste und sensibelste Frage. Es geht um das Schicksal von fast 4 Millionen Menschen - und nicht um ein reines politisches Problem -, wobei die Entscheidung über deren Zukunft die Entwicklung in Libanon, Syrien und Jordanien beeinflussen wird. Bei den Taba-Verhandlungen wurden wirkliche Fortschritte erzielt. Das israelische Dokument, das der Justizminister Jossi Beilin verfasst hatte, erkennt an, "dass das Problem der palästinensischen Flüchtlinge von zentraler Bedeutung in den israelisch-palästinensischen Beziehungen ist. Eine umfassende und gerechte Lösung dieser Frage wird entscheidend sein für die Schaffung eines dauerhaften und moralisch vertretbaren Friedens. Der Staat Israel erklärt feierlich sein Bedauern über die Tragödie der palästinensischen Flüchtlinge, ihr Leiden und ihre Verluste; er wird sich bei dem Bemühen, dieses vor 53 Jahren begonnene schreckliche Kapitel der Geschichte zu schließen, als aktiver Partner erweisen." Zum ersten Mal akzeptierte Israel seine Mitverantwortung an der Entstehung des Flüchtlingsproblems: "Obwohl der im Entstehen begriffene Staat Israel die Resolution 181 der UN-Vollversammlung vom November 1947 (die die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat empfiehl) akzeptiert hatte, wurde er in den Krieg und das Blutvergießen von 1948/49 verwickelt. Für beide Seiten brachte es Opfer und Leiden, darunter die Vertreibung und die Enteignung der zu Flüchtlingen gewordenen palästinensischen Zivilbevölkerung."

"Konsequenz einer gerechten Regelung des Flüchtlingsproblems, in Übereinstimmung mit der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats, muss die Umsetzung der Resolution 194 der UN-Generalversammlung sein." Es sei daran erinnert, dass diese von der UN-Generalversammlung am 11. Dezember 1948 verabschiedete Resolution vorschreibt, "dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum Entschädigung gezahlt werden soll".

Die israelische Delegation in Taba hat also zwei wesentliche Prinzipien der PalästinenserInnen akzeptiert, die Barak beim Gipfel auf Camp David im Juli 2000 abgelehnt hatte: Das Eingeständnis der Ungerechtigkeit gegenüber den PalästinenserInnen in den Jahren 1948-1950 und die Anerkennung der Resolution 194 als Lösungsgrundlage.

Von diesen Prinzipien ausgehend wurden konkrete Lösungen entwickelt. Den Flüchtlingen wurden fünf Möglichkeiten angeboten: a) Rückkehr nach Israel, b) Rückkehr in von Israel im Austausch abgetretene Gebiete, c) Rückkehr in den Staat Palästina, d) Integration in die derzeitigen Gastländer (Jordanien, Syrien u.a.), e) Umsiedlung in Drittländer (mehrere Staaten, u.a. Kanada, hatten sich bereit erklärt, größere palästinensische Flüchtlingskontingente aufzunehmen).

Die palästinensischen Vertreter haben das Recht der Flüchtlinge auf eine freie Entscheidung unterstrichen, zugleich aber wiederholt betont, dass sie den jüdischen Charakter des Staates Israel, den der Nationalrat schon 1988 bei der Unabhängigkeitserklärung des Palästinastaates anerkannt hatte, nicht in Frage stellen wollten. So gestattete es die palästinensische Seite in Taba, dass die letzte Entscheidung zur Rückkehr jeglichen Flüchtlings nach Israel in Israels Händen liegt. Israel stimmte der Rückkehr von 40.000 Flüchtlingen in einem Zeitraum von fünf Jahren zu, wobei die Palästinenser die Meinung vertreten, dass ein Angebot unter 100.000 es nicht erlauben würde, voranzukommen. Viele PalästinenserInnen verwerfen dieses Angebot von fünf Möglichkeiten und fordern das bedingungslose Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr nach Israel. Man kann lange über die Rechtmäßigkeit einer solchen Position und über die Interpretation der Resolution 194 diskutieren, aber offensichtlich sind weder die israelische Meinung noch die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung einer solchen Lösung bereit. Einige setzen auf Veränderungen in den kommenden 50 Jahren

oder mehr. Man kann sich jedoch gut vorstellen, dass bis dahin nichts mehr von Palästina übrig bleibt. Die in Taba entworfene umfassende Lösung ist ein Kompromiss zwischen dem internationalen Recht und der Realität der Machtverhältnisse - vor allem der Macht der israelisch- amerikanischen Allianz. Außerhalb dieser Wirklichkeit Überlegungen anzustellen - das tun einige nationalistische arabische bzw. islamische Gruppen, die sich für die Zerstörung des Staates Israels aussprechen, selbst wenn sie damit nicht meinen, dass die Juden "nach Hause" geschickt werden - zeugt von einer messianischen Vorstellung der Geschichte. Es sollte auch unterstrichen werden, dass das Unrecht gegenüber den PalästinenserInnen nicht durch ein anderes Unrecht gegenüber den Israelis wieder gutgemacht werden kann.

Einige Intellektuelle schlagen die Schaffung eines einheitlichen Staates, eines Bürgerstaats oder eines Staates zweier Nationen vor. Mit solchen Vorstellungen möchten sie die nationalistische und identifikatorische Kluft überwinden. Damit werden anregende und notwendige Debatten entfacht, bei denen alle, die an der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung teilnehmen, sich einbringen können und sollen. Solche Vorstellungen sind jedoch sicher kein politisches Aktionsprogramm. Darüber hinaus erscheint die Perspektive eines Zusammenlebens von Juden und Arabern in einem einzigen Staat kurz- und mittelfristig vollkommen illusorisch angesichts des Grabens, der sich in den letzten Monaten zwischen beiden Völkern weiter aufgetan hat.

Alain Gresh

Anmerkung:

1) Aus: Courriel Nr. 367, 1.10.2002; deutsch in: Sozialistische Hefte 3, Februar 2003. Übersetzung: attac-Deutschland. Laut redaktioneller Anmerkung in den Sozialistischen Heften wurde Greshs Artikel von attac-Frankreich "zum offiziellen attac-Positionstext zum Nahost-Konflikt gemacht".

# 13. Neutralität ist Illusion. Alain Gresh vermittelt Basiswissen über den Nahost-Konflikt

Autor: Js. · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:03

Wer derzeit ein Buch über den Nahost-Konflikt schreibt, tut gut daran, seinen persönlichen Hintergrund wenigstens in Stichworten deutlich zu machen. Der Klappentext von Alain Greshs Buch "Israel-Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts" enthält folgende Informationen über den Autor: "Alain Gresh, geboren 1948 als Sohn einer russischen Jüdin und eines ägyptischen Kopten in Kairo, ist Chefredakteur der in Paris erscheinenden Monatszeitung für internationale Politik Le Monde diplomatique. Er lebt in Paris."

Zwei Religionen, zwei Erdteile und publizistisches Engagement für Frieden, sozialen Fortschritt und Menschenrechte bieten natürlich ebenso wenig eine Gewähr für internationalistische Unvoreingenommenheit wie Greshs Bekenntnis zu einem ominösen "Kompass der menschlichen Vernunft", von dem er sich leiten lasse.

Dass Gresh mehr der palästinensischen Seite zuneigt, wird schon durch das Titelfoto verdeutlicht: Eine palästinensische Familie sucht Zuflucht in ihrem Haus, an dem ein israelischer Panzer vorbeifährt. Das ist tägliche Realität in den "Gebieten", bezogen auf den Gesamtkonflikt aber nur eine Teilrealität - wie die israelischen Opfer palästinensischer Selbstmordattentäter, die nach jedem Anschlag in den westlichen Medien abgebildet werden. Was den Wert des Buches ausmacht, ist aber nicht die Parteinahme für die "strukturell Unterdrückten", die auch auf einem Flugblatt Platz hätte, sondern die in ihm enthaltene Sammlung wesentlicher Fakten, die einfach kennen muss, wer über das Thema Israel/Palästina mitreden will.

Internationales Recht als Maßstab

In der Vorrede wendet Gresh sich direkt an seine gerade erwachsen gewordene Tochter. Ihrer Generation will er die in Jahrzehnten erworbene "internationalistische Erfahrung" übermitteln: Lehren aus der Entkolonisierungsbewegung der 1960er-Jahre, dem vietnamesischen Befreiungskrieg, dem algerischen Kampf um Unabhängigkeit, auf den er mehrfach zurückkommt: "Uns faszinierten jene Franzosen, die man als Vaterlandsverräter verschrie, weil sie sich auf Seiten der Nationalen Befreiungsfront Algeriens engagierten." Doch so einfach liegen die Dinge in Israel/Palästina nicht. Zwar hält Gresh Neutralität für eine Illusion, genauso aber lehnt er "abstrakte Solidarität mit einem der beiden Lager" ab. Wo es "gegensätzliche Gebietsansprüche" gebe, könne nur das "internationale Recht" Orientierung geben. Die einschlägigen UN-Resolutionen erkennen an, "dass im historischen Palästina fortan zwei Völker leben, das jüdische israelische Volk und das palästinensische Volk, und dass jedes dieser Völker Anspruch auf einen unabhängigen Staat hat."

Alain Gresh umreißt in groben Zügen, was der Verwirklichung dieses Anspruchs bis heute im Wege gestanden hat. Er schildert die Ursprünge des Zionismus, die jüdische Einwanderung nach Palästina, die Politik der britischen Mandatsmacht, den Teilungsplan der UNO von 1947, die folgenden Kriege, die erste und die zweite Intifada. Schon in der Vorrede betont er die "moralische Dimension" des Konflikts, auf die er im fünften Kapitel ("Vom Völkermord zur Vertreibung: das Leiden des Anderen") zurückkommt: "Es ist von allergrößter Wichtigkeit, dass die internationale Gemeinschaft ebenso wie Israel das Unrecht anerkennen, das den Palästinensern zugefügt wurde. (...) Die arabische Welt steht in der Pflicht, Israel in den Grenzen von 1967 anzuerkennen, und die Palästinenser sollten die Realität des jüdischen Leids anerkennen."

Zwar macht Gresh auch Anmerkungen zu den ungelösten Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts wie den Gebietsforderungen, den Siedlungen, einem Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge oder dem Status Jerusalems. Zu Recht sieht er aber seine Aufgabe nicht darin, einen "Friedensplan" zu entwerfen. Statt dessen widerlegt er Legenden, die einer Lösung entgegenstehen - z.B. die auch in Teilen der Linken gern geglaubte Darstellung, der israelische Premierminister Ehud Barak habe im Juli 2000 in Camp David Arafat ein "großzügiges Angebot" gemacht, das Arafat in verantwortungsloser Weise ausgeschlagen habe. In Camp David habe "praktisch ein viergeteilter palästinensischer Staat zur Diskussion gestanden", schreibt Gresh, "auf der anderen Seite wollte Israel in keiner Verhandlungsphase auf die Kontrolle über einen Teil des Jordan und die Außengrenzen sowie den Luftraum des palästinensischen Staats verzichten." Unwahr sei die Behauptung, die palästinensische Seite habe auf der Rückkehr von drei Millionen Flüchtlingen nach Israel bestanden. Im

übrigen beweise der im Januar 2001 in Taba ausgehandelte Kompromiss, "dass das ‚großzügige Angebot` von Camp David so großzügig nicht war."

Ob das Abkommen von Taba die Basis für eine langfristige friedliche Koexistenz hätte abgeben können, wie Gresh glaubt, konnte in der Praxis dann nicht mehr erprobt werden. Auf Barak folgte Sharon, der schon das Oslo-Abkommen von 1993 als die "größte Katastrophe" bezeichnet hatte, die Israel je erlebt hätte. Mittel und Ergebnisse von Sharons Politik sind allgemein bekannt.

So steht am Ende von Greshs lesenswertem Buch eine apokalyptische Vision vom gemeinsamen Untergang der Sieger wie der Besiegten, wie sie in der Bibel über Simson erzählt wird. Von der Besatzungsmacht der Philister gefangen genommen und geblendet, bringt er das Haus zum Einsturz und tötet dadurch sich und seine Feinde: "Und es waren der Toten, die er in seinem Tode tötete, mehr als derer, die er in seinem Leben getötet hatte."

Js.

Alain Gresh: Israel - Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts.

Rotpunktverlag, Zürich, 2002, 192 Seiten, mehrere farbige Karten, 21 EUR

# 14. Der Mythos von der "chinesischen Gefahr". Beobachtungen auf einer Forschungsreise in den Fernen Osten

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; China; Mongolei · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:20

Gibt es eine "stille Invasion" über Chinas Westgrenzen in den sibirischen Raum und in die Mongolei? In der Öffentlichkeit, besonders in Moskau, sind solche Warnungen heute zu hören; von drei, vier, fünf und mehr Millionen ChinesInnen ist die Rede, die sich bereits auf russischem Territorium aufhalten würden und dort eigene kommunale Strukturen entwickelt hätten. Auch die Mongolei würde angeblich von chinesischen MigrantInnen "überschwemmt".

Wer diese Behauptungen vor Ort überprüft, wie ich es während einer Forschungsreise in die Mongolei, nach Nord-China und entlang der russisch-chinesischen Grenze getan habe, stellt fest: Warnungen vor einer unkontrollierbaren, millionenfachen "Expansion" Chinas gehören in den Bereich der politischen Spekulation. Weder in Ulaanbaatar noch in anderen Teilen der Mongolei oder in den Grenzstädten Sibiriens gibt es eine "stille Invasion". Es stellt sich die Frage, wem Spekulationen darüber nützen.

Tatsache ist, dass China wirtschaftlich expandiert: Eine boomende Wirtschaft, ein wachsendes internationales Handelsvolumen, der Beitritt zur WTO sowie der sichtlich steigende private Wohlstand einer wachsenden Mittelschicht Chinas legen davon Zeugnis ab. China steht heute mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 8 bis 10 Prozent an der Spitze der zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften vor den USA, die den zweiten Platz belegen, Japan, Indien, Indonesien und Süd-Korea.

Kurz: Unter Führung Chinas ist Asien heute der am schnellsten wachsende Entwicklungsraum. Chinesisches Kapital sucht Anlagemöglichkeiten. Zugleich wächst in China die Massenarbeitslosigkeit, die zur Migration chinesischer "GastarbeiterInnen" in die Nachbarländer führt. Mindestens 120 Millionen WanderarbeiterInnen ziehen heute durch China, neun Millionen neue Arbeitsplätze werden zudem jedes Jahr für die immer noch wachsende Bevölkerung benötigt. 1,25 Milliarden EinwohnerInnen Chinas stehen 21 Millionen im gesamten sibirischen und fernöstlichen russischen und 2,6 Millionen in der Mongolei gegenüber. Bei Fortsetzung der Politik der Ein-Kind-Ehe wird sich der Bevölkerungszuwachs der jetzt 1,25 Milliarden Menschen Chinas mit 1,5 Milliarden nicht vor 2050 stabilisiert haben.

Wem nützt die These von der "stillen Invasion"?

Diese Zahlen mobilisieren Ängste bei Chinas Nachbarn. Die Analyse örtlicher Spezialisten, die zu den Migrationsbewegungen an den chinesischen Grenzen arbeiten, zeigt jedoch, dass von einer Invasion nicht die Rede sein kann. Die Zahl der sich in den Gebieten des fernen Ostens Sibiriens offiziell aufhaltenden ChinesInnen hat sich nach vorübergehendem Anschwellen auf ca. 750.000 im Jahre 1993 inzwischen auf den Stand von ca. 250.000 eingependelt. (Das ist gemessen an einer Bevölkerung Sibiriens und des fernen Ostens von 21 Millionen ca. ein Prozent.) In den Zahlen sind chinesische TouristInnen (ca. die Hälfte) mit enthalten; die große Mehrheit der übrigen Zugereisten rotiert zudem noch aus ökonomischen wie kulturellen Gründen, das heißt, die meisten chinesischen ArbeiterInnen halten sich nur übergangsweise in den Gastländern auf und kehren regelmäßig zu ihren Familien in China zurück. Chinas wirtschaftliche Expansion hat bisher nicht zu einem massenhaften Grenzübertritt nach Sibirien und in den Fernen Osten geführt; das gilt sowohl für chinesisches Kapital als auch für chinesische Arbeitskräfte. Im Gegenteil, nach Wiedereinführung des Visumzwanges Mitte der 1990er-Jahre ist die Zahl der ChinesInnen, die sich auf russischem Gebiet aufhalten, zurückgegangen.

Die Angaben von drei, vier oder mehr Millionen chinesischen Einwanderern in die westlichen Nachbarländer Chinas sind offenbar von Panik diktierte Hochrechnungen aus der Zeit direkt nach der Öffnung der Grenzen. Mehr noch, wird die Anwesenheit und die Aktivität der ChinesInnen auf russischem Boden von den örtlichen russischen Spezialisten zudem nicht als Gefahr, sondern als nützliche und sogar notwendige Bereicherung ihres Landes gesehen: Die chinesischen Billigwaren ermöglichten der Bevölkerung zu Zeiten der Perestroika das Überleben; heute hat sich der Markt differenziert: "Nowi Russki" decken sich mit Westwaren ein, Mitglieder

der Mittelschichten kaufen auf dem russischen Markt (häufig übrigens chinesische Ware); aber die Mehrheit der Bevölkerung deckt die Grundbedürfnisse ihres täglichen Konsums immer noch über den chinesischen Markt. Darüber hinaus füllen chinesische ArbeiterInnen die Lücken auf dem sibirischen, fernöstlichen und mongolischen Arbeitsmarkt - wesentlich in der Bauwirtschaft und im Agrarbereich; chinesische Investitionen halten sich im Rahmen langfristig geplanter staatlicher Kooperationsverträge bilateraler Art oder auch im Rahmen der Shanghai-Verträge. Mongolische Experten machen vergleichbare Angaben für die Mongolei.

Wenn es denn ein "chinesisches Problem" gibt, dann besteht es zur Zeit in der Überführung des illegalen Grenzverkehrs mafiosen und räuberischen Charakters in legale wirtschaftliche Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen. Die gegenwärtige Situation nützt den Kräften, die Ressourcen des eigenen Landes - russische Wälder, mongolische Wolle, Felle, dazu Edelmetalle, Gas, Öl - in großem Maßstab aus beiden Ländern illegal nach China verschieben; sie nützt denen, die an den Grenzkontrollen gewaltige Schmiergelder einstreichen, und sie nützt den örtlichen Unternehmern, die ihre minderwertige Produktion, in die sie selbst nicht investieren, gegen die chinesische Konkurrenz abschotten wollen. Statt den notwendigen Austausch in der Region künstlich einzuschränken und in die Illegalität zu drängen, muss eine Politik, die an der Entwicklung des eigenen Landes interessiert ist, daher nicht auf Einschränkung der Verbindungen zu China zielen, sondern eher auf den Bau von Brücken über den Amur, von Bahnlinien, von Fern-Trassen, von Pipelines, kurz: auf den Ausbau einer kontrollierbaren ökonomischen und auch kulturellen Infrastruktur des Raumes, wie es die Verträge von Shanghai vorsehen. Wie sich die Beziehungen zwischen China und seinen westlichen Nachbarn in Zukunft entwickeln, hängt davon ab, ob es der Politik gelingt, die zur Zeit durch mangelnde Rechtssicherheit illegalisierten Beziehungen in eine legale und offene Wirtschaftsentwicklung des Raumes zu überführen.

In diesem Rahmen spielt die Mongolei zwischen den Giganten China und Russland eine besondere Rolle als politisch stabilisierender und neutralisierender Faktor. Das Hinzutreten der Mongolei als neutraler Transitraum zwischen Russland und China, aber auch Japan und Europa/Amerika, ist ein Impuls zur Entwicklung einer multipolaren Neuordnung des sibirisch-zentralasiatischen Raumes, das heißt auch zu einer echten Alternative gegenüber einer unipolaren Neuordnung internationaler Beziehungen und zu der bloß militärischen Lösung von Konflikten. In diesem Sinne ist die Mongolei auch eine Alternative zu Afghanistan.

Aus all diesen Gründen ist es unsinnig, von einer "chinesischen Gefahr" zu sprechen; zu sprechen ist vielmehr von einer Chance zur multipolaren Entwicklung des zentralasiatisch-sibirischen Raums, in dem China eine wichtige Rolle spielen kann. Die russische Politik hat dies klar erkannt. Nicht anders sind die programmatischen Worte Wladimir Putins kurz nach seiner Amtsübernahme zu verstehen: Russland müsse seine Interessen als euro-asiatisches Land wahrnehmen, indem es Beziehungen nach Westen wie nach Asien und in den Orient gleichermaßen entwickle. Diese Position hat er seitdem - aller scheinbaren West-Orientierung des "Deutschen im Kreml" zum Trotz - wiederholt und durch Besuche in Sibirien, dem Fernen Osten und China unterstrichen. Die multipolare Orientierung Russlands ist auch unter den Bedingungen der neuen Freundschaft mit den USA keineswegs aufgegeben, sondern wird weiter aktiv verfolgt.

Die Mongolei als neutraler Transitraum

Es stellt sich die Frage, wem der Mythos von einer "chinesischen Gefahr" nützt. Die Frage ist einfach zu beantworten: Er nützt all den Kräften, die Interesse daran haben, die Entstehung einer wirtschaftlichen und politischen Alternative im sibirisch-asiatischen Raum, die den Keim einer multipolaren Ordnung in sich trägt, zu stören oder gar zu verhindern. Es ist die Ideologie einer möglichen Konfrontation. Ihr entgegenzutreten liegt im Interesse aller, die an einer friedlichen Entwicklung in Zentralasien und darüber hinaus interessiert sind.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

# 15. Guatemala: Während sich die Linke in Bedeutungslosigkeit übt, lässt der Frieden auf sich warten

Autor: Miguel Sandoval · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:13

Mehr als 200.000 Menschen "verschwanden" zwischen 1962 und 1996 in Guatemala; 669 Massaker zählt man im selben Zeitraum: "Vergangenheitsbewältigung" steht in Guatemala, wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch, auf der Tagesordnung (vgl. ak 463). Keine leichte Aufgabe, wie unser Gesprächspartner Miguel Sandoval weiß - besonders, seitdem die rechte Republikanische Front FRG im Jahr 1999 die Wahlen gewonnen hatte (vgl. ak 468). Sandoval arbeitet als Berater des CALDH (Zentrum für Juristisches Vorgehen in Menschenrechtsfragen), das u.a. die Klagen gegen die für Menschenrechtsverbrechen verantwortlichen guatemaltekischen Politiker und Militärs führt. Viele der Beklagten sind nach wie vor in der guatemaltekischen Politik aktiv, z.B. der berüchtigte Ex-Diktator Ríos Montt, Gründer der regierenden FRG. Als langjähriges Mitglied der Guerilla URNG war Sandoval außerdem am Abschluss des Friedensabkommens von 1996 beteiligt. 1997 trat er aus der in eine Partei umgewandelten URNG aus: Sandoval hatte zu jenem Minderheitenflügel gehört, der auf die Stärkung der sozialen Bewegungen setzte, um auf diese Weise den Druck zur Durchsetzung der ausgehandelten Abkommen zu erhöhen. Diese Position hatte sich gegenüber der Parteimehrheit nicht durchsetzen können, die vor allem auf einen "sozialen Frieden" setzte. Über die gegenwärtige Situation in Guatemala und die Perspektiven linker Gegenstrategien, ein Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen, sprach er mit Dario Azzellini Mitte Dezember in Guatemala Stadt.

ak: Wie lässt sich die Politik der rechten FRG-Regierung beschreiben?

Miguel Sandoval: Die Regierung wurde während der vergangenen zwei Jahre nahezu täglich durch Korruptionsskandale erschüttert. Grund: Der Präsident und die Regierung umgeben sich gerne mit Personen, die zum organisierten Verbrechen gehören. Das hat sogar dazu geführt, dass die US-Regierung etwa 30 guatemaltekischen Regierungsvertretern das US-Visum entzogen hat. Alle Kontrollinstanzen des Staates hat die FRG mit eigenen Leuten besetzt. Nicht umsonst sprechen viele von einer Parteidiktatur. Das Ergebnis ist die vollständige Aufkündigung aller in den Friedensvereinbarungen beschlossenen Maßnahmen, von einigen kleinen Programmen abgesehen, die die internationale Gemeinschaft beruhigen sollen. Das führt zu der paradoxen Situation, dass fast sieben Jahre nach Ende des bewaffneten Konfliktes in Guatemala immer noch nicht die Rede von einem Friedensprozess sein kann.

Wie sind die Beziehungen der Armee zur regierenden FRG und zu Präsident Alfonso Portillo Cabrera?

Die Armee ist eng mit der FRG verknüpft. So sehr, dass der Sohn von Ríos Montt nun zum Verteidigungsminister ernannt werden soll. Dass er allerdings nicht über die entsprechenden Erfahrungen verfügt, hat ernsthafte Konflikte innerhalb der Armee verursacht. Dies wird zwar nicht nach außen getragen. Man kann es aber daran ablesen, wie Posten wechseln und rotieren. Die internen Konflikte in der Armee werden durch die enge Anbindung eines großen Teils der hohen Dienstgrade an die Regierungspartei verschärft.

Und die Armee bekommt heute mehr Geld, als noch während des Krieges ...

Das ist eine der beunruhigendsten Entwicklungen. Die Armee sollte nach Ende des Krieges um ein Drittel reduziert werden, ebenso wie ihre Finanzen. Doch aufgrund von Sonderzuweisungen des Präsidenten verfügt sie über einen ähnlich großen Haushalt wie während des Krieges. Es besteht außerdem der Verdacht, dass diese Finanztransfers Aktionen zur Geldwäsche sind.

Kommen wir auf das Friedensabkommen zu sprechen. Wie sieht es aus bezüglich der Landfrage?

Die Friedensvereinbaryen wurden in formaler Hinsicht erfüllt, d.h. es wurden die entsprechenden Kommissionen gebildet und einige Gesetze verabschiedet. Bloß werden die nicht befolgt. Über sechs Jahre nach Unterzeichnung bleiben die Vereinbarungen bezüglich der Landfrage unerfüllt, wie z.B. überhaupt versäumt wurde, das Landeigentum zu überprüfen und zu vermessen. Der Agrarfonds, der eigentlich dazu dienen sollte, Ländereien für arme Campesinos zu kaufen, ist ein Hort der Korruption. Es wurden Ländereien

zu völlig überhöhten Preisen gekauft, und die Vermittler haben dafür noch Bestechungsgelder kassiert. Außerdem besagten die Abkommen, dass in den Agrarfonds auch staatliche Ländereien, ungenutztes Land, brachliegendes Nutzland, Sonderzahlungen der Banken, Ländereien, die sich Militärs vor allem im Norden im Krieg angeeignet haben sowie illegal von Großgrundbesitzern bewirtschaftetes Land eingehen sollte. Aber das ist nicht geschehen.

Das hat dazu geführt, dass die Unzufriedenheit auf dem Land stetig wächst, wie die Landbesetzungen und Proteste der Campesinos zeigen. Es ist nicht mehr möglich, die Leute mit schönen Worten zu überzeugen, wenn die Ergebnisse ausbleiben.

Von den derzeit etwa 60 besetzten Fincas sind 80 Prozent Staatseigentum, die schon vor vielen Jahren hätten verteilt werden müssen. Die Besetzung dieser Fincas ist also faktisch nur die Erfüllung der Friedensabkommen auf direktem Wege.

Zusätzlich reorganisieren sich die Paramilitärischen Gruppen der PAC. Es hat in den vergangenen zwei Jahren verstärkt selektive Morde gegeben gegen Campesino/a- und Menschenrechtsaktivisten, vor allem auf dem Land. Die Situation hat sich in dieser Hinsicht also noch verschlimmert ...

Auf dem Land gibt es eine Reaktivierung der Paramilitärs, der sogenannten "Patrullas de Autodefensa Civil" (PAC). Das steht im allgemeinen Kontext der Remilitarisierung. Doch auch wenn die PAC die Unterstützung von Ex-Militärs haben und auf Verbündete unter hochrangigen aktiven Militärs zählen kann, hat dies nicht ausgereicht, um die bäuerlichen Forderungen auszubremsen. Am gefährlichsten scheint mir die Möglichkeit einer Nutzung der PAC-Strukturen seitens der aktuellen Regierung für den diesjährigen Wahlkampf zu sein. Das Versprechen einer finanziellen Vergütung könnte der FRG zahlreiche Stimmen bringen.

Die Campesinobewegung scheint - neben der Indígena-Bewegung - die einzig bedeutende und mobilisierungsfähige soziale Kraft in Guatemala zu sein ...

Die Landfrage hat sich in letzter Zeit aus zwei Gründen zugespitzt: einerseits die Nicht-Erfüllung der Friedensabkommen. Und andererseits kam es während der vergangenen zwei Jahre zu einer massiven Krise im Kaffeesektor, die 350.000 Leute ihre Arbeit gekostet hat. Viele Fincas sind verlassen worden. Damit verlieren viele der Campesinos nicht nur ihre Arbeit, sondern auch das Land, auf dem sie Subsistenzwirtschaft betreiben. So sind auf der anderen Seite mehr als 60 Fincas besetzt worden. Das zeigt deutlich, wie zugespitzt die Situation ist. Die Campesinodemonstrationen - vor einigen Wochen kamen erst wieder Zehntausende in die Hauptstadt - zeigen das Niveau der Verzweiflung.

Was wurde im Friedensabkommen bezüglich der indigenen Rechte beschlossen - und was davon umgesetzt?

Guatemala ist international als Wiege der Maya-Kultur bekannt. Etwa 60-70 Prozent der Bevölkerung sind Mayas. Daher sind die Friedensabkommen über "Identität und indigene Rechte" von grundlegender Bedeutung. Dennoch wurde seit der Unterzeichnung faktisch nichts davon umgesetzt, außer der Gründung paritätischer Kommissionen zur Diskussion verschiedener Themen der Abkommen im ersten Jahr: Spiritualität, Land, indigenes Recht, Partizipation auf allen Ebenen, Rechte der indíigenen Frauen und einige mehr. Alle diese Kommissionen haben Vorschläge erarbeitet, aber nicht ein einziger wurde umgesetzt. Das hängt mit der historischen Marginalisierung und dem grundlegend rassistischen Charakter der Institutionen und Herrschaftseliten des Landes zusammen. Die indigene Bewegung ihrerseits hat sich schrittweise entwickelt: von indigenen Priestern und Vereinigungen über die Pflege und Verbreitung der indigenen Sprachen, Zusammenschlüsse verschiedenster Art bis zu politischen Organisationen. Es ist eine sehr vielfältige Bewegung. Die indigene Bewegung ist eine vergleichsweise neue Akteurin, die sich gleichzeitig mit der Campesinobewegung überschneidet. Diese beiden Bewegungen werden in den nächsten Jahren mit ihren Kämpfen oben auf der Tagesordnung stehen.

Die Nichterfüllung der Friedensabkommen bezüglich der indigenen Rechte bringt Guatemala in eine prekäre Lage, denn die Indígenas von heute sind nicht mehr die von früher: Sie sind sich ihrer Rechte bewusst, sie mobilisieren und organisieren sich. Und die Frage nach den indigenen Rechten ist nicht nur in Guatemala, sondern auch in Mexiko, Bolivien und Ecuador von zentraler Bedeutung. Die indigenen Gemeinschaften können nicht mehr als etwas Übriggebliebenes, Aussterbendes konstruiert werden, ohne eigene Identität oder spezifische Rechte, für die sie selbst kämpfen. Das ist das Bedeutende.

Dennoch hat bei vergangenen Wahlen die extreme Rechte zugelegt, während die Linke nicht die erhofften Resultate erzielen konnte, und die URNG lag bei etwa 10 Prozent. Wie kann es sein, dass die extreme Rechte, die FRG um Ríos Montt, nach den Erfahrungen der vorherigen Jahrzehnte, weiterhin Stimmengewinne in ländlichen Regionen verzeichnet?

Das ist wirklich schwer zu begreifen. Die guatemaltekische Gesellschaft ist zutiefst konservativ, auch wenn es schwer fällt das anzuerkennen und zu akzeptieren. Und die ärmliche demokratische Tradition Guatemalas führt dazu, dass klientelistisch auf "Caudillos" (lokale Führer) ausgerichtete politische Organisationen nach wie vor viel Gewicht haben. Hinzu kommt die spärliche Verankerung der Linken als Partei. Zwar sind alle sozialen Bewegungen im Land von Linken initiiert und getragen, aber eben nicht von Parteilinken. Während die Verankerung der Parteilinken sehr schwach ist, ist die der sozialen Linken sehr stark. Es existiert eine Spaltung zwischen beiden, und das ist ja auch ein Thema, was seit einigen Jahren auf dem ganzen Kontinent diskutiert wird. Erst, wenn es gelingt, diesen Dualismus zu überwinden, werden wir einen bedeutenden Erfolg bei den Wahlergebnissen sehen können. So lange dies nicht der Fall ist, bleibt die Handlungsfähigkeit der Parteilinken marginal.

Viele der wesentlichen AktivistInnen sozialer Bewegungen sind Mitglieder oder ehemalige "Kader" der URNG. Warum schafft es die URNG nicht, das politisch zu nutzen? Wie wird das innerhalb der Partei diskutiert?

Es gibt keine wirkliche Debatte innerhalb der URNG, und das ist genau das Hauptproblem. Der Ursprung dafür liegt meiner Ansicht nach in einer Fehldeutung der eigenen Rolle nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen. Das Grundproblem ist, dass die Ex-Guerilla-Linke nicht in der Lage gewesen ist, sich von vertikalen, in vielen Fällen autoritären, politisch-militärischen Organisationen in breite, demokratische politische Organisationen umzuwandeln. Darüber wurde zwar wenig diskutiert, aber es spielt eine große Rolle.

Die URNG hat nach Unterzeichnung des Friedensabkommens eine falsche Entscheidung getroffen. Denn auch wenn sie Partnerin der Regierungspartei beim Friedensprozess und Unterzeichnung der Friedensabkommen war, hätte sie danach eine andere Dynamik auslösen und die Erfüllung der Friedensabkommen einfordern müssen. Sie hätten soziale Kräfte mobilisieren müssen, um Druck auszuüben - und das ist nicht geschehen. Das ging so weit, dass in einigen Sektoren im ersten Halbjahr 1997, also nach Unterzeichnung der Abkommen, der Eindruck entstand, die URNG habe mit der amtierenden Regierung einen Pakt abgeschlossen, der ihr die Hände gebunden hatte. Die Folge war, dass die amtierende Regierung einer neoliberalen Umgestaltung den Vorzug gab, anstatt sich zuerst an die Umsetzung der Abkommen zu machen. Die URNG hat darauf nicht energisch reagiert, sondern alles zugelassen und so ihr Profil als Oppositionspartei verloren. Heutzutage ist die URNG - neben der Tatsache, dass es sich um die historische Linke handelt, die das Friedensabkommen unterschrieben hat - nicht als Oppositionspartei in der Gesellschaft wahrzunehmen.

Im November sind Wahlen. Welche Perspektiven hat die URNG auch angesichts der dauernden internen Flügelkämpfe - wird es im schlimmsten Fall vier verschiedene Ex-URNG-Parteien geben?

Viele Leute hegen die Hoffnung einer Wiedervereinigung der parteipolitischen Linken, einer größeren Flexibilität, um Brücken zu anderen Sektoren zu bauen, aber das wird nicht passieren. Wenn es einen Einheitsprozess gäbe und Verbindungen zu den sozialen Bewegungen aufgebaut würden, könnte dies der Linken eine Perspektive geben. Sie würde die Wahlen nicht gewinnen können, aber doch wichtige Stimmenanteile bekommen. Dafür sehe ich allerdings wenig Chancen. Ich denke, wir werden eine gespaltene Linke bei den Wahlen sehen, die mit ihren kleinen Streitigkeiten beschäftigt sein wird - zur Freude und zum Vorteil der Rechten. Damit wird die Linke fünf bis sechs Prozent der Stimmen bekommen, mehr nicht. Die guatemaltekischen Parteilinken glauben, die Gralshüter des linken Denkens zu sein und verstehen nicht, dass die Linke ein politisches, soziales und kulturelles Phänomen ist. Alles, was nicht parteipolitisch ist, wird nicht gesehen, nicht anerkannt und ausgeschlossen, während das Parteipolitische real ohne den Rest kein großes Gewicht hat. Die Linke als soziale Erscheinung im breiteren Sinne wird in Guatemala als exklusives Parteieigentum gesehen. Ich nenne das "die kleinen Kirchen der Linken", die keine gesellschaftliche Projektfähigkeit haben und daher auch keine Entwicklung durchmachen. Nehmen wir als Beispiel das Treffen der lateinamerikanischen Linken, das Foro de Sa Paolo, das hier in Guatemala im Dezember 2002 statt fand. Eine Versammlung diesen Kalibers hat auch hier großes Interesse geweckt. Zugleich war die Unfähigkeit der organisierten Linken, dem ganzen eine gewisse Ausstrahlung zu verleihen und es zu nutzen, wirklich bemerkenswert. Abgesehen davon, dass die Presse ohne Zweifel konservativ ist und die Linke nicht mag, gibt

es eine erhebliche Eigenverantwortlichkeit dafür, dass das Ereignis nicht das entsprechende Echo gehabt hat. Ich habe schon an verschiedenen Foren teilgenommen und in keinem war die Ausstrahlung so gering wie hier in Guatemala. In allen Ländern des Kontinents wird sich auf das Treffen in Antigua bezogen, nur in Guatemala nicht.

Und das, obwohl das Foro de Sa Paolo im Vergleich zu den 90er Jahren heute deutlicher linke Positionen bezieht, weniger sozialdemokratische und dafür mehr Beteiligung von linken Bewegungen zeigte ...

Ja, Anfang der 90er war der Fall der Berliner Mauer noch sehr frisch, der Neoliberalismus befand sich im Vormarsch und die Linke vermeintlich in der Defensive. Heute ist die Niederlage des Neoliberalismus deutlich zu sehen, und folglich werden wieder viel mehr Erwartungen an linke Optionen gestellt. Dennoch gibt es Länder, wie eben Guatemala, wo es nicht gelungen ist, diese Entwicklung zu sehen, d.h. zu begreifen, dass der Neoliberalismus keine Option mehr darstellt und dass die Ansätze der Linken - befreit von einem Haufen alter Dogmen - eine Option für die Zukunft sind. Wir befinden uns heute in einer Situation, in der die Linke weltweit Räume erobert. Eine Linke, die weniger mit den alten Schemata verknüpft ist, es wird offensichtlich nicht mehr der Sozialismus mit der gleichen Vehemenz wie früher vertreten, aber eben eine Transformation, mehr Gleichheit, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, also die Wurzeln der sozialistischen Idee. So ist die Linke nicht nur nicht verschwunden, sondern die einzige Option, die wir haben. Nicht nur in Lateinamerika. Das Pendel schlägt heute wieder in die Gegenrichtung. Auch wenn das in Guatemala noch nicht sichtbar ist, aber hier kommt immer alles zehn Jahre später.

Wie ist die Situation in den 13 Gemeinden, die von der URNG kontrolliert werden? Ist dort eine andere Politik spürbar?

Die URNG hat dort die Bürgermeisterwahlen gewonnen, mehr nicht. Sie hatte bestimmt ein Interesse, dort ein alternatives Modell zu schaffen, doch das ist nicht geschehen. Die ständige Klage der Bürgermeister betrifft die mangelnde Unterstützung seitens der Parteistrukturen. Daher wird der Sieg bei den nächsten Wahlen dort nicht mehr so leicht wie beim ersten Mal sein. In Guatemala gibt es kein Merkmal, das die Kommunalpolitik der Linken charakterisiert, wo sie die Bürgermeisterämter besetzt.

Gegen Ríos Montt, grausamer Ex-Diktator Guatemalas und zentrale Figur in der regierenden FRG, läuft seit geraumer Zeit ein Verfahren wegen Völkermord. Kürzlich wurde sogar ein Zeuge ermordet. Wie ist der aktuelle Stand?

Das Verfahren gegen Ríos Montt wegen Völkermord befindet sich noch in der Phase der Ermittlung, aber die Darlegung der Beweise wurde schon eröffnet. Das Verfahren kommt jedoch nicht voran, weil keine Regierungsinstitution existiert, die bereit wäre, mit der Kloake der Straflosigkeit aufzuräumen. Dennoch verlässt Ríos Montt das Land nicht, weil er weiß, dass es ihm genau so ergehen kann wie Pinochet, denn es liegen in verschiedenen Ländern Anzeigen gegen ihn vor.

Und welche Verfahren sind gegen den amtierenden Präsidenten Portillo Cabrera angestrengt worden?

Im wesentlichen Korruptionsverfahren, aber das geht auch nicht voran.

Werden Portillo, Montt und andere, die wie Montt schwerwiegender Verbrechen angeklagt sind, letztlich ungestraft davon kommen?

Ich denke, in Zukunft werden erfolgreiche Verfahren möglich sein. Angesichts der Verantwortlichkeit von Ríos Montt bezüglich des Völkermords an zehntausenden von Indígenas und angesichts der Beweise, glaube ich nicht, dass er mit Freispruch aus einem Prozess hervorgehen kann. Zumindest nicht in einem Land, in dem die Justiz funktioniert.

Funktioniert sie denn in Guatemala?

Nein, deshalb kann ich mir vorstellen, dass diese Prozesse über lange Zeit blockiert bleiben.

In Guatemala ist eine gravierende Zunahme von Fällen "sozialer Säuberungen", also Morden an Straßenkindern, Sexarbeiterinnen usw., zu verzeichnen. Was steckt dahinter?

In Guatemala gibt es augenblicklich etwa sechs Morde täglich, mehr als während des Krieges. Und die Zahlen steigen ständig, sie haben sich in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Die "sozialen

Säuberungen" sind in Guatemala zu einer Strategie geworden, um die Kriminalität zu bekämpfen, was seinerseits hochgradig kriminell ist und ohnehin nicht funktioniert. Es gibt schwerwiegende Anklagen gegen die Nationalpolizei, Verantwortliche dieser Morde zu sein. Ebenso existieren Anschuldigungen gegen Banden des organisierten Verbrechens, die ungestraft in Guatemala agieren. Diese Situation ist in gewisser Weise paradigmatisch für die Gesamtsituation im Land: Wir leben inmitten völliger Unsicherheit und Straflosigkeit seitens des Staates.

Vielen Dank für das Gespräch.

# 16. Sondereinheiten nach Kolumbien

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: USA; Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:14

150 Angehörige von Eliteeinheiten der US-Army befinden sich auf Anordnung von Präsident Bush in Kolumbien. Sie sollen die kolumbianische Armee bei der Suche nach drei von der FARC entführten US-Bürgern unterstützen.

Einheiten von der FARC, Kolumbiens größtem Guerilla-Verband, hatten am 13. Februar in der Region Caquetá ein US-amerikanisches Kleinflugzeug vom Typ Cessna beschossen und zur Notlandung gezwungen. Das einmotorige Flugzeug war in der Guerillazone Streife geflogen - zur Unterstützung der Antiguerillakriegsführung der kolumbianischen Armee. In dem Flugzeug befanden sich ein Angehöriger des kolumbianischen Geheimdienstes sowie vier US-Amerikaner, offenbar Angestellte eines vom CIA angeheuerten Privatunternehmens. Der Kolumbianer sowie einer der US-Amerikaner wurden tot aufgefunden, während sich die restlichen drei US-Amerikaner in den Händen der FARC befinden.

Genaue Informationen über die Aufgaben des abgeschossenen Kleinflugzeugs wurden bisher offiziell ebenso wenig bekannt gegeben wie die Identität und der Status der drei entführten US-Bürger. Allerdings ließ sich die Identität des toten US-Amerikaners nicht verbergen. So wurde bekannt, dass es sich bei allen vier US-Passagieren um Mitarbeiter des US-Kriegsunternehmens California Microwave Inc. handelt; ein Unternehmen, dessen Engagement im kolumbianischen Krieg bisher weitgehend unbekannt geblieben war. Es führt hochsensible Militär- und Spionageaufgaben im Bereich Telekommunikation und Luftüberwachung durch. Angeheuert vom CIA, soll es Bewegungen und Aufenthaltsorte der 15. Front der FARC und vor allem ihrer militärischen Führer ausmachen.

Die FARC übernahm in einem Kommuniqué die Verantwortung für den Abschuss des Kleinflugzeugs und erklärte, die drei US-Militärspezialisten befänden sich in ihren Händen. Um für ihre Sicherheit garantieren zu können, forderte die Guerilla die Aufhebung aller Militärmaßnahmen in dem entsprechenden Gebiet.

Während sich die US-Regierung in der ersten Woche nach dem Absturz der Maschine äußerst bedeckt hielt, holte sie nach der FARC-Erklärung umso stärker aus: "Die FARC sind erbarmungslose Mörder", erklärte George W. Bush. Während die Gefangennahme durch die FARC in der US-Presse hohe Wellen schlägt und damit das fast vergessene Engagement der USA im Kolumbienkrieg wieder ins Gedächtnis ruft, zeigt sich die US-Regierung entrüstet und fordert von der FARC die "unmittelbare Freilassung" der drei US-Bürger. Die Tatsache, dass auch US-amerikanische Kriegsbeteiligte fallen oder in Gefangenschaft geraten können, scheint außerhalb der offiziellen US-amerikanischen Vorstellungskraft zu liegen.

Die 150 jetzt entsandten Elitesoldaten sollen für die kolumbianische Armee geheimdienstlich-logistische Unterstützung leisten, um die Suche nach den "Entführten und ihren Entführern" zum Erfolg zu führen. Auf Nachfrage der Washington Post, ob sich die US-Einheiten auch an Befreiungsaktionen beteiligen würden, antwortet ein Repräsentant der US-Außenministeriums in widersprüchlicher Weise mit: "Wir hätten die Kapazität, es zu tun." Damit würde allerdings die Auflage des Kongresses missachtet werden, die vorschreibt, dass US-Truppen in Kolumbien nicht an Militäroperationen teilnehmen dürfen. Allerdings ist diese Missachtung schon längst Fakt, da US-Soldaten und US-Kriegsunternehmen schon lange logistische Unterstützung für die Operationen der kolumbianischen Armee leisten. Mit der Entsendung der Elitesoldaten wird laut Washington Post noch eine weitere Auflage des Kongresses missachtet, die besagt, dass nicht mehr als 400 US-Soldaten gleichzeitig in Kolumbien anwesend sein sollen; es hielten sich jetzt bereits 411 in Kolumbien auf.

Wie das weitere US-amerikanische Engagement im Verlauf der Suchaktion und vor allem nach der Lösung des aktuellen Zwischenfalls aussehen wird, ist unklar. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass nicht nur die Unterstützung der kolumbianischen Armee, sondern auch die direkte Truppenpräsenz der USA vor Ort zunehmen wird.

Dario Azzellini

# 17. Thomas Sankara - der Che von Burkina Faso. Ein etwas anderer Reisebericht

Autor: Tommy Schroedter · Rubrik: Burkina Faso · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:30

Wie oft hatten mich afrikanische Freunde schon gefragt, wann kommst du uns mal in unseren Familien besuchen? Ende Dezember 2002 war es dann so weit, zusammen mit Brigitte Gläser, Studentenpfarrerin in Paderborn und an der Uni "die" Ansprechpartnerin für Studentinnen und Studenten aus Afrika besuchten wir einige Familien von "Paderborner Afrikanern". Die meiste Zeit verbrachten wir in Burkina Faso und lernten dort vieles jenseits von Tourismus- und Entwicklungshelferperspektive kennen.

So komfortabel waren wir in Westafrika bisher noch nicht gereist. Der Bus, in den wir in Natitingou im Norden Benins steigen, hätte im Normalfall drei bis vier mal so viele Passagiere transportiert. Mit uns waren noch zehn andere Fahrgäste unterwegs. Wir waren dem vierköpfigen Fahrerteam, das sich als erstaunlich gut organisiert erweist, dankbar für so viel Platz. Vor der Grenze werden noch ein paar Kühlschränke aufs Dach geladen, die den Eindruck machen, als ob sie den Weg vom europäischen Flohmarkt hierher nur bedingt funktionstüchtig überstanden hätten. Die Zusammensetzung der Mitreisenden macht mir noch einmal deutlich, was Prof. Roger Gbégnonvi eine Woche zuvor meinte, als er uns gegenüber äußerte: "Die politisch Herrschenden reden davon, dass sie den Panafrikanismus unterstützen, um ihn zu verhindern, die Menschen hier leben ihn."

Der Hydrologe aus Nigeria, unterwegs nach Mali ist froh, dass er jemanden trifft, der Englisch spricht. Eine Mitreisende kommt aus dem Kongo, ist dort wegen des Krieges geflohen und will versuchen, sich nach Europa durchzuschlagen. Ihre Sitznachbarin kommt aus Cotonou und ihre Eltern haben sie nach Ouagadougou zur Schule geschickt, da dort das Nachtleben nicht so viel Abwechslung bietet, wie das der Hafenstadt und ökonomischen Hauptstadt des Benin. Die Tuareg-Frau spricht genauso viel Französisch wie der Nigerianer und wir. Sie ist unterwegs zu ihrer Familie irgendwo im Norden Nigers. Die Grenzen zwischen Umzug, Flucht und Urlaub verschwinden in diesem Bus. Die Gespräche drehen sich immer wieder um die Verantwortlichkeit der Europäer und US-Amerikaner für Bürgerkriege, Armut und ökologische Verbrechen. Mit Europa sind Frankreich und Großbritannien gemeint.

Die Grenzstation zu Burkina Faso besteht aus einem Schlagbaum auf der Piste und ein paar Lehmhütten, von denen eine den Grenzbeamten beherbergt und die anderen Lagerräume sind, vor allem für die VerkäuferInnen, die jeden Stopp von motorisierten Fahrzeugen ausnutzen, um etwas loszuschlagen. Einer aus der Bus-Crew sammelt die Pässe ein und verschwindet im Grenzhäuschen. Der Fahrpreis umfasst den Service der Erledigung von Grenzformalitäten. Der Grenzbeamte tritt aus seinem Häuschen, wir Fahrgäste holen uns unsere Papiere zurück. Dann geht es weiter. Etwa einen Kilometer später haben wir es geschafft, dem Busfahrer begreiflich zu machen, dass eine Person fehlt. Der Bus fährt rechts ran und wir warten: Zeit ist etwas, das man hat! Nach einer Weile kommt der Vermisste auf einem Mofa-Taxi angerauscht und wir sind wieder unterwegs. Die Gespräche drehen sich vor allem um die Elfenbeinküste. Der derzeitige Chef dort, Laurent Gbagbo, wird in die Reihe der machthungrigen Diktatoren von französischen Gnaden eingereiht, die alle Tricks nutzen, um an der Macht zu bleiben. Die Verwunderung, dass die nationalistische Karte hier wieder einmal funktioniert und Menschen, die zur Arbeit aus Burkina in die Elfenbeinküste eingereist sind, vom "demokratischen" Leben ausgeschlossen und nun auch noch zur Flucht gezwungen werden, ist allgegenwärtig.

Die Hauptstadt Ouagadougou

In Ouagadougou angekommen gibt es eine Polizeikontrolle. Eine Frau aus der Elfenbeinküste hat keine Papiere. Sie regelt die Sache mit umgerechnet drei bis vier Euro. Für die Frau bestimmt eine Menge Geld, aber die Korruption, auf die jeder hier immer wieder stößt, hat eben auch ihre praktischen Seiten. Ich weiß nicht, wie oft ich gefragt wurde, ob denn ein Reisepass wirklich obligatorisch wäre, wenn man mich in Deutschland besuchen wolle. Und wirklich geglaubt haben es mir die meisten nicht, wenn ich diese Frage vehement bejahte.

Ouaga ist mehr eine Ansammlung von Dörfern um einen Kern, der aus dem Markt, ein paar Hotels, Regierungsgebäuden und Banken besteht. Die Bevölkerung wird auf eine Millionen Menschen geschätzt und wie in all diesen Städten im Süden werden es täglich mehr. Alfons, einer der Freunde, die wir auf dieser Reise

gewinnen, wohnt mit seiner Frau und seiner Tochter im Stadtteil "1200". Er ist den Weg vieler engagierter Menschen hier vom Dorf über ein christliches Internat und Auslandsstudium nach Ouaga gegangen. "1200" steht für 1.200 Wohnungen die von der Regierung Thomas Sankara konzipiert worden waren. Das Konzept sah vor, dass die Menschen, die dorthin ziehen, einen staatlichen Kredit zu niedrigen Zinsen bekommen sollten und einen Teil der Bauarbeiten selbst erbringen mussten. Thomas Sankara ist hier für die meisten, vor allem jungen Menschen, der Che von Burkina. Von 1983 bis 1987 versuchte der Fallschirmspringer aus armen Verhältnissen als Präsident von Burkina Faso mit der breiten Unterstützung (vor allem) der Landbevölkerung einen von Frankreich unabhängigen eigenen Weg des Landes vorzubereiten. Dabei stand die Versorgung der Bevölkerung durch einheimische Produkte, die Alphabetisierung und die Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Wohnungslage im Vordergrund. Mit verschiedenen Kampagnen motivierte er die Bevölkerung, in jedem Dorf eine kleine Krankenstation zu bauen. In mehr als 300 Gemeinden wurden durch freiwillige Arbeit Schulen errichtet. Landesweit wurden die Kinder gegen Meningitis und Gelbfieber geimpft. Seine Popularität ist nach wie vor so groß, dass selbst Präsident Campaoré, der für seine Ermordung verantwortlich ist und seit 1987 das Land zum privaten Vorteil aussaugt, am Todestag Sankaras nicht gegen "sankaristische" Veranstaltungen vorgeht. Die Parallele zur Ermordung Lumumbas durch Mobutu im Kongo 1961 ist frappierend. Wie diese waren auch Sankara und Campaoré Freunde. Der Unterschied ist: Die Rolle der Macht im Hintergrund, die Belgien im Kongo spielte, übernahm Frankreich in Burkina Faso. Geblieben ist die Erinnerung an Thomas Sankara, nicht nur der Stadtteil "1200", auch der Stopp der Desertifikation (Verwüstung; Anm. ak) geht auf seine Politik zurück. Die Erträge der Bauern im Norden Burkina Fasos sind in Folge des Wüstenschwundes um etwa 70% gestiegen. Ein Erfolg, den sich natürlich heute Campaoré an die Brust heftet.

Freundlichkeit und Armut

Wir sind in einem Theater in der Nähe der Stadtmitte untergekommen, das Räumlichkeiten für Gastgruppen besitzt und teilen den Raum mit der U16 Nationalmannschaft von Burkina.

Die Straßenküchen in der Nähe bemühen sich zwei Tage lang redlich uns als Kunden zu gewinnen; als klar ist, für welche wir uns entschieden haben, sind wir dort nach drei Tagen "integriert". Das heißt, ich bezahle "Einheimischenpreise", werde von allen gegrüßt, auf die abendliche Kneipentour mitgenommen und der Verwandtschaft vorgestellt. Dennoch gibt es nichts zu romantisieren. An jeder Ecke ist zu spüren, dass Burkina Faso zu den zehn ärmsten Ländern der Erde gehört ist. Die Kinder betteln, statt zur Schule zu gehen, Medizin wird an Straßenständen neben den Kurzwaren verkauft, obwohl die Plakate an der Straße warnen: "Medizin von der Straße tötet".

Da ist dann auch ein Thema, das weitgehend Tabu ist: Aids! Tabuthema bedeutet auch auf der einen Seite durch internationale Organisationen gut bezahlte Posten und auf der anderen Seite unterbezahlte aber hoch qualifizierte Menschen, die sich in ihrer Arbeit aufopfern. Immer wieder erzählen mir Leute, dass in Burkina Soldaten das dreifache Gehalt eines Arztes verdienen. Offiziellen Angaben zu Folge sind 7% der Bevölkerung des Landes HIV-positiv. Marlome Onaga, Ärztin im Aidszentrum von Ouaga schätzt die tatsächliche Zahl mindestens doppelt so hoch. In ihrem Zentrum melden sich nur Patienten, bei denen die Krankheit bereits ausgebrochen ist. Mittlerweile führen die Kampagnen dazu, dass das Bewusstsein in Sachen Aids bei vielen Menschen in den Städten steigt. Allerdings ist es wirklich ekelig, wenn sich der Präsident auf einem Plakat gegen die gesellschaftliche Isolierung von HIV-Positiven, auf ein Foto neben eine Frau drapiert, die HIV-positiv ist und gleichzeitig als Model gehen könnte und jedem Laien sofort auffällt, dass es sich um eine Montage handelt. Ganze drei Ärzte sind im Aidszentrum von Ouaga zuständig für 3.000 Menschen, bei denen Aids ausgebrochen ist. Das Zentrum besteht seit kaum drei Jahren und hat durch seine Existenz die Tabuisierung von Aids zurückgedrängt. Die Situation ist geprägt durch eben diese Tabuisierung und durch die lange "positive" Zeit, in der die Betroffenen keine Vorsorge treffen. Mittlerweile, so versicherte uns Dr. Onaga, gibt es keine Familie in Ouagadougou mehr, die nicht mindestens einen Aidstoten in ihrer Verwandtschaft zu beklagen haben.

Politik und Kultur

Diese Seite von Ouaga kennt wahrscheinlich keiner der wenigen Backpacker, die scheinbar die einzigen Touristen sind, die sich nach Burkina verirren. Auch in den offiziellen Broschüren taucht "Ouaga 2000" nicht auf, gerade deshalb fährt uns Alfons in seinem R5 - auch das hat Symbolkraft, verzichtete doch Thomas

Sankara auf fette Karossen und fuhr einen R5 - entlang von plattgemachten Dörfern über die im Bau befindliche Straße zum neuen Präsidentenpalast von Campaoré Palast. Der Palast ist noch im Rohbau, die Diplomatenvillen in seiner unmittelbaren Umgebung stehen schon und während die meisten in Burkina Faso ohne fließend Wasser oder Strom mit Holz kochen, wird in "Ouaga 2000" nicht gespart. Wenn man von "Ouaga 2000" zurück nach "1200" fährt, kommt man kurz vor der Universität an einem weiteren kleinen Palast vorbei, der ummauert und bestens bewacht ist und der dem Bruder Campaorés gehört. Die Bewachung sei sonst nicht so "personalkräftig" erfahren wir, der Grund ist der Streik der Studierenden. Die Studierenden streiken um drei Kommilitonen frei zu bekommen, die an den Gedenkprotesten zum Tod des am 13.12.1998 von der Präsidentengarde ermordeten kritischen Journalisten Norbert Zongo verhaftet wurden. Die Proteste Mitte Dezember sind mittlerweile zu einer jährlich wiederkehrenden Veranstaltung geworden. Mit den Studierenden Kontakt aufzunehmen gelingt kaum. Von der Weltöffentlichkeit ignoriert wehren sich hier die Leute auf einem der verlorensten Posten, den man sich vorstellen kann. Ein individueller Ausweg steht nur den allerwenigsten offen. Dennoch versuchen die meisten ihn zu gehen: Wirtschaft zu studieren und in einer Bank Karriere zu machen ist der Renner, nur wenige wollen noch Arzt oder Rechtsanwältin werden. Zwei Berufe, die zu einer Zeit, in der es noch mehr politische Bewegung gegeben hat, die Renner unter den Berufswünschen der Studierenden waren.

Campaoré hat sich mittlerweile ein System geschaffen, dass ihn quasi unstürzbar macht. Wie die meisten Diktatoren hat er einen kaum schätzbaren Reichtum angehäuft, zuletzt durch den Bürgerkrieg in Liberia, in dem er der größte Waffenhändler gewesen ist. Da der Staat ebenfalls wie die meisten Westafrikanischen Staaten pleite ist, stände die Auszahlung der Gehälter für die Beamten auch in Burkina oft auf der Kippe. Anders als zum Beispiel im Togo, wo die Beamten in der Gehaltsauszahlung drei Monate zurückliegen, bekommen ihre Kollegen in Burkina rechtzeitig ihre Gehälter. Wenn die Staatskasse völlig leer ist, springt der Präsident mit der Privatschatulle in die Bresche. So sichert er sich die Loyalität seiner Staatsdiener, die einzige Gruppe, die ihm seit der Ermordung Sankaras die Treue hält. Dieser hatte im Staatshaushalt besonders zu Lasten des Militärs und anderer Beamter außerhalb des Bildungs- und Gesundheitssektors Umverteilungen vorgenommen. Jede Bewegung, die Campaorés Sturz zum Ziel hat, müsste den Sturz gegen diese loyale Beamtenschaft durchzusetzen.

Alpha Blondy, der hier aus jedem Ghettoblaster tönt, ist für einen Auftritt im Fußballstadion angesagt. Er fordert immer wieder die Demokratisierung ein und hat aktuell die Rebellen in seinem Heimatland Elfenbeinküste aufgerufen, die Waffen nieder zu legen, da die Rebellion gescheitert sei und eine Verlängerung des Aufstandes nur unnötiges Blutvergießen bedeute. Dies hat das Fass im Präsidentenpalast von Burkina wohl zum überlaufen gebracht. Nachdem Blondy schon die Ermordung von Norbert Zongo brandmarkte, ist er jetzt den von Burkina Faso (zumindest verbal) unterstützten Rebellen "in den Rücken gefallen". Das Konzert wird einen Tag bevor es stattfinden soll aus Sicherheitsgründen verboten. Die Wut von Tausenden von Jugendlichen kocht hoch, doch kommt es zu keinen Riots. Die Rechnung der Militärs geht auf.

Alternativer Sextourismus

Angélique, die Köchin aus "unserer" Strassenküche lädt mich zu ihrer Familie nach Hause ein. Einer der beklemmenden Momente dieser Reise: Das Zuhause besteht aus vier Lehmräumen und zwei Unterständen. Plastikvorhänge ersetzen Fenster und Türen. Etwa 12 Menschen leben hier und dies ist kein ärmliches Haus in Burkina. Unter anderem wird mir die Schwägerin vorgestellt, die den Tod ihres Mannes nicht verkraftet hat und seitdem "verwirrt" ist, wie Angélique sagt. Ein Kind liegt mit Fieber im Schatten unter einem Tisch. Familie ist hier gleichzeitig Psychiatrie und Kinderkrankenhaus genauso wie sie die Altersversorgung und Behindertenpflege besorgt. Der Reichtum, beziehungsweise die Armut übernimmt das Niveau dieses Services. Die Familie ist das Kollektiv, das das Überleben für viele garantiert. Sie ist gleichzeitig Grund dafür, dass zum Beispiel Angélique kaum eine Chance hat aus dem Viertel herauszukommen, da sie und ein Vetter all dies durch ihre Arbeit, finanziell und organisatorisch abzusichern hat. Ihr stinkt dies gewaltig. Doch zum Glück sei sie früher ziemlich viel gereist.

Am Abend trinken wir noch ein Bier zusammen und sie erzählt mir, um welche Art Reisen es sich gehandelt hat: Nicht nur in West Afrika gibt es eine Form der Prostitution, die von den Kunden selten als solche gesehen wird. Rucksacktouristen, so ganz lockere Typen, die das Land mal "richtig" kennen lernen wollen, suchen sich junge Frauen, die sie als Guide anheuern. Die Frauen begleiten sie dann; manchmal bis zu drei Monate, oft durch verschiedene Länder. Sie übernehmen alle möglichen Dienstleistungen, sexuelle eingeschlossen und

sorgen dafür, dass ihre Kunden Orte sehen, an die kein "normaler" Tourist kommen würde. "Urlaubsbekanntschaft" nannte das mal ein Kommilitone, als er Fotos aus seinem Bali Urlaub in einer Vorlesung kreisen ließ.

Angélique konnte von dem Geld, dass sie für diesen "Service" bekommen hat, ihre Familie unterstützen und manchmal noch ein viertel Jahr ihren Lebensunterhalt bezahlen. Diese Zeit war auch nötig, um sich von den Strapazen einer solchen Reise zu erholen. Tagelang hätte sie sich nach solchen "Führungen" so viel gewaschen wie sonst in einer Woche. Mit 35, meint sie zum Schluss, würde sie keiner mehr mitnehmen und sie hätte auch keine Lust mehr auf solche Reisen.

Ich muss wohl ziemlich bescheuert ausgesehen haben, nach dieser Geschichte. Jedenfalls bemerkte sie noch grinsend, während sie mir wie ein alter Freund auf die Schulter klopfte: Für mich würde sie noch eine Ausnahme machen, wenn ich das nächste Mal nach Burkina käme. Damit war das Thema abgeschlossen und selbst wenn ich noch Fragen gehabt hätte, sie wollte keine mehr hören. Es ist leicht zu schreiben: "Diese besonders erniedrigende Variante des Tourismus, der vor allem den betroffenen Frauen jeglichen Respekt verwehrt, ist eine Seite der Globalisierung, die auch bei Kritikern der neoliberalen Globalisierung oft unter den Tisch gewischt wird." Aber es ist einfach beklemmend, einer Frau ein Bier auszugeben, die dabei erzählt, wie diese "Variante des Tourismus" sie jahrelang erniedrigte und die trotzdem dabei eine stolze Freundlichkeit behalten hat.

Schulbesuch im Lycée "Nelson Mandela"

Alfons ist Deutschlehrer am Lycée "Nelson Mandela" und zu gerne kommen wir zum Schluss unserer Reise seiner Einladung nach, uns in der Abiturklasse einmal vorzustellen. Er erzählt uns, dass 2001 nur 40 bis 43% der Kinder die Grundschule besucht haben. Davon sind 2/3 Jungen und nur 1/3 Mädchen. Die Regierung versucht diese Zahlen über spezielle Mädchenstipendien zu verändern. In den Grundschulklassen sind 50 Kinder für einen Lehrer Normalität. Der Unterricht beschränkt sich daher auf stures Auswendiglernen. Und wenn das nicht ordentlich klappt, kommen die Kinder nicht selten mit Kopfplatzwunden von den Stockschlägen nach Hause. Viele Eltern versuchen daher irgendwie das Geld aufzutreiben, um ihre Kinder auf die besseren halbstaatlichen oder privaten Schulen zu geben.

In der Klasse von Alfons drehen sich die Fragen um Rassismus und Wetter in Deutschland. Minusgrade sind ebenso unglaublich, wie dass jemand wegen seiner Hautfarbe geschlagen wird. Inwiefern unterscheidet sich Deutschland von Burkina Faso, wollen sie wissen. Mir fallen dazu zwei Dinge ein: Auf einer Mofa dürfen in Deutschland nur zwei Leute fahren und die müssen auch noch einen Helm tragen. Gelächter bei den Schülerinnen und Schülern. Und: In Deutschland würdet ihr genauso wie ich hier gefragt: Woher kommt ihr? Aber hier in Burkina werde ich auch gefragt: Wann kommst du wieder? Diese Frage würdet ihr in Deutschland nicht hören. "So still war die Klasse lange nicht mehr", sagt mir Alfons nachdem wir aus der Öffnung im Lehmbau auf den Schulhof gehen, wo in Deutschland eine exakt schließende Türe wäre.

Tommy Schroedter

(gekürzt und redaktionell bearbeitet von ak)

# 18. Ganoven in Unternehmergestalt. In Frankreich hat eine Welle von Massenentlassungen begonnen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:27

"Der Direktor der Deutschen Bank meint: Das beste Mittel, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, ist ein Krieg. Ich denke wie er." Dieses Bekenntnis legte Frankreichs Wirtschaftsminister, Francis Mer, während der Kabinettssitzung am 13. November 2002 ab. Die Tageszeitung Le Figaro machte diese bemerkenswerte Aussage zwei Tage später publik; dementiert wurde sie nicht. Auch Frankreichs Kritik an den Kriegsplänen der US-Administration steht dazu nicht im Widerspruch. Vorkriegs- und Kriegszeiten bleiben Perioden, in denen soziale Grausamkeiten durchgezogen werden können, da die Aufmerksamkeit abgelenkt und innenpolitischer "Burgfrieden" angesagt ist. Darauf setzt auch Staatspräsident Jacques Chirac, der noch zusätzlich den politischen Mehrwert - den Legitimitätsgewinn durch sein internationales Agieren - einstreichen möchte.

Die Offensive von Regierung und Kapital stößt allerdings auf wachsenden Widerstand. So stimmten am 9. Januar die 138.000 MitarbeiterInnen der beiden bisher noch öffentlichen Energieversorgungsbetriebe EDF (Elektrizität, 113.000 Mitarbeiter) und GDF (Gas, 25.000 Beschäftigte) über die Zukunft ihres betrieblichen Rentensystems ab. Der Regierung ging es vor allem darum, die Privatisierung der beiden Versorgungsbetriebe einzuleiten. Der Staatsanteil an den Unternehmen soll unter die 50-Prozent-Marke gedrückt werden. Damit die Betriebe für Investoren attraktiv erscheinen, sollen die Renten aus dem betrieblichen Rechnungssystem von EDF ausgeklammert und in die allgemeine Rentenkasse eingegliedert werden. Bisher genossen die EDF- und GDF-Beschäftigten ein spezifisches Rentensystem, das integraler Bestandteil der Unternehmensfinanzen war und für die Beschäftigten relativ günstige Bedingungen vorsah; so ist der Renteneintritt bisher im Prinzip ab dem Alter von 55 Jahren möglich.

Die EDF-Leitung - die sich bereits in den letzten Jahren wie ein privater Konzern verhalten hatte, u.a. durch eine extensive Politik des Aufkaufs von Unternehmen in anderen Ländern von Italien bis Argentinien - und die Regierung wollten nunmehr dieses "Gewicht" aus den Rechnungsbüchern des Privatisierungskandidaten entfernen. Im Gegenzug garantierten sie den bisher (also vor der "Reform") bei EDF beschäftigten Lohnabhängigen die Beibehaltung ihrer Rentenhöhe und -konditionen. Für die künftig eingestellten Beschäftigten allerdings könnten sich die Konditionen dann ändern.

Ein entsprechendes Abkommen mit den Gewerkschaften wurde am 9. Dezember von vier Organisationen unterzeichnet - der ehemals KP-nahen (und bei EDF bisher dominierenden) CGT, der sozialdemokratischen CFDT, der christlichen CFTC und der Gewerkschaft der höheren Angestellten CGG. Hingegen lehnte der populistische Gewerkschaftsbund FO das Abkommen rundheraus ab. Im Gegenzug zur Beibehaltung der Konditionen ihrer Rente für die bisherigen Beschäftigten stimmten die Gewerkschaften einer Erhöhung der Rentenbeiträge der abhängig Beschäftigten von 7,85% auf 11% zu.

Raffarin sucht die Nähe der Unternehmer

Doch innerhalb der Gewerkschaften kam es zu heftigen Konflikten. Die CFDT-Branchengewerkschaft unterzeichnete das Abkommen, aber dem Vernehmen nach waren 80 Prozent ihrer Einzelgewerkschaften dagegen. Die CGT-Energie, die bisher bei EDF die - sehr korporatistisch geprägte, und stark mit dem Nuklearfilz verflochtene - Mehrheitsgewerkschaft bildete, war zwar an ihrer Spitze für das Abkommen. Aber in ihrem Inneren blieb die CGT dermaßen gespalten, dass sie eine Urabstimmung der Beschäftigten zur Bedingung für ihre Zustimmung machen musste. Dies war zu Zwecken der besseren Legitimation gedacht; zu dem Zeitpunkt dachte niemand ernsthaft an eine mehrheitliche Ablehnung durch die Beschäftigten. Doch dann kam die Überraschung: 53,42 Prozent der Abstimmenden votierten mit "Nein". Für die Regierung bedeutete dies einen deutlichen Rückschlag, auch wenn sie sich nicht an das Votum gebunden wissen will. Premierminister Jean-Pierre Raffarin lobte die "Reform" bei EDF ausdrücklich als positives Beispiel für eine vernünftige Regelung, "welche die Regierung unterstützt".

Am 14. Januar 2003 dann nahm Raffarin an der jährlichen Generalversammlung des Arbeitgeberverbands MEDEF ("Bewegung der Unternehmen Frankreichs") teil, wo er sich im Applaus sonnte. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ließ ein amtierender Regierungschef sich auf solch demonstrative Nähe mit dem Unternehmerverband ein. Auf die Vorhaltungen von MEDEF-Boss Ernest-Antoine (Baron) de Seillière, das

"Reform"tempo der Regierung sei nicht schnell und entschieden genug, entgegnete Raffarin: "Ich gehe nicht moderato vor, sondern allegro." Mit anderen Worten: Ich betreibe keine "gemäßigte" Politik, aber ich bin gewillt, sie "gemächlich" umzusetzen - ein Hinweis auf die methodischen Zwänge, denen sich das Regierungshandeln auf Grund möglicher sozialer Widerstände ausgesetzt sieht. Dieser demonstrative Nähebeweis zum MEDEF könnte ein politischer Fehler gewesen sein, wie sich vielleicht später noch herausstellen wird.

"Die Zeit der Ganoven in Unternehmergestalt", mit dieser Schlagzeile machte Libération am 21. Januar auf. Nicht weil die linksliberale Pariser Tageszeitung einen klassenkämpferischen Linienwechsel vollzogen hätte. Denn auch die konservativ-liberale Umweltministerin Roselyne Bachelot sprach wenige Tage später von "industriellen Ganoven" und fügte hinzu: "Man findet dieselben Namen, wenn es um Menschenhandel geht, um Drogengeschäfte, um die Meeresverschmutzung" - eine Anspielung auf die Ölpest, die vor einigen Wochen durch das Tankerunglück der Prestige ausgelöst wurde - oder eben "um die Industrie-Ganoven". Die Rede war von dem Schweizer Metallhandelsunternehmen Glencore, das seit seiner Gründung 1994 im Kanton Zug ansässig ist - weil dieser eine "Steueroase" ist.

In Frankreich ist Glencore der wichtigste Aktionär der seit den 1890er Jahren im Betrieb befindlichen Firma Metaleurop in Noyelles-Godault, in der alten Kohle- und Stahlregion Pas de Calais unweit der belgischen Grenze. Der Betrieb verarbeitet vor allem Blei und Zink für Batterien, in jüngerer Zeit wird auch Recycling betrieben. Er gehört einem europäischen Konzern (dem Groupe européen des métaux), der 1988 aus der Fusion spanischer und bundesdeutscher Metallfirmen hervorging. Obwohl seine Schwermetall-Emissionen in die Luft seit den 1970er Jahren zurückgingen - von damals zwei Tonnen pro Tag, auf jetzt 50 bis 80 Kilogramm täglich - bleibt der Betrieb der größte Blei- und Kadmium-Verbreiter in ganz Frankreich. Über 10 Prozent der Kinder in der Umgebung leiden an Bleivergiftung. Seit 1996 hat die Firma deswegen 4 Millionen Euro von der EU-Kommission in Brüssel kassiert, die der Sanierung des Produktionsstandorts dienen sollten.

Aber der Aktionär "kassierte, verschmutzte und ging", wie Libération kurz und treffend zusammenfasste. Glencore beauftragte zwar im letzten Jahr ein Büro von Fachanwälten für Umweltrecht mit Verhandlungen über die Entseuchung. Doch diese bildeten nur eine Fassade. Denn seit mindestens einem Jahr, so schätzen nunmehr Regierungsbeamte, bereitete der Investor die Zerlegung des Konzerns vor. Ziel: Die finanzielle Austrocknung der Filiale im Norden Frankreichs, u.a. durch weit überteuerten konzern-internen Verkauf von Rohstoffen - um die umweltrechtlichen ebenso wie sozialen Verpflichtungen des Konzerns zu umgehen. Als Metaleurop am 27. Januar 2003 den Konkurs beim Amtsgericht im nordfranzösischen Béthune beantragte, war längst kein Geld mehr in der Kasse, um den gesetzlichen Verpflichtungen der Firma nachzukommen. Weder für einen alten oder neuen Sozialplan - die 1,2 Millionen in der Firmenkasse genügen nicht einmal, um die Löhne für den Monat Januar zu bezahlen, geschweige denn zur Einhaltung gesetzlicher Kündigungsfristen - noch für die obligatorische Entseuchung. Der Konzern Glencore selbst macht unterdessen einen Jahresumsatz von 70 Milliarden Schweizer Franken. Die 830 Beschäftigten stehen buchstäblich auf der Straße, und das in einem Bezirk, in dem die Erwerbslosenquote ohnehin 23 bis 25 Prozent beträgt.

Beschäftigte besetzen Betriebe

Seit Mitte Januar häufen sich in Frankreich die Fälle von Massenentlassungen, oft unter Einsatz brutaler Methoden. Beim nordfranzösischen Parfümhersteller Palace Parfum wurde die Fabrik während des Weihnachtsurlaubs ohne Vorwarnung leergeräumt, die Beschäftigten fanden sie am 3. Januar geschlossen vor. Die Betriebsbesetzung durch die 650 auf die Straße gesetzten Beschäftigten beim Chipkarten-Hersteller ACT im westfranzösischen Angers wurde am 24. Januar durch ein Großaufgebot Bereitschaftspolizei beendet; die Firma war zuvor vom Elektronikriesen Bull an US-Investoren verkauft worden, die Pleite gemacht hatten, weshalb die Entlassenen beim benachbarten Bull-Werk besetzen gingen.

Eine Elektronikfabrik des südkoreanischen Konzerns Daewoo in Lothringen mit rund 600 Beschäftigten, die geschlossen werden sollte, brannte in der Nacht davor "praktischerweise" nieder - das Werk unbekannter Brandstifter. Der Daewoo-Konzern, der zuvor in dem Werk Elektronikröhren für den polnischen Markt hergestellt hatte, will sich aus Frankreich zurückziehen; seine beiden letzten Produktionsstandorte in Frankreich waren das ausgebrannte Orion-Werk und ein weiterer Standort in Lothringen, dessen Stilllegung ebenfalls eingeleitet wurde.

Auch andere Konzerne setzen derzeit massiv Leute auf die Straße. Der Stahlriese Arcelor - hervorgegangen aus einer transnationalen europäischen Fusion, an welcher der französische Stahlkonzern Usinor führend beteiligt war - gab Ende Januar bekannt, bis 2010 mehrere europäische Produktionsstandorte (Eisenhüttenstadt und Bremen in der BRD, Liège in Belgien, Florange in Lothringen) sukzessive zu schließen und dabei 8.000 Stellen abzubauen. Die gesamte europäische Stahlproduktion soll auf die beiden französischen Standorte Fos-sur-Mer und Dunkerque konzentriert werden. Dass der jetzige französische Wirtschaftsminister Francis Mer in den 1980er Jahren als Usinor-Manager Massenentlassungen im lothringischen Stahl- und Kohlebecken durchsetzte, trägt nicht gerade zu seiner Image-Förderung bei - ebenso wenig wie die Tatsache, dass er laut Le Monde (30.1.03) 225.000 Arcelor-Aktien mit Vorzugsausschüttung (stock options) besitzt.

Entlassungen - eine "unheilbare Krankheit"

Der Zeitpunkt der Entlassungen ist kein Zufall, denn kurz vor der Weihnachtspause beschloss die Parlamentsmehrheit die "Suspendierung" der Vorschriften zum Kündigungsschutz, die im Juni 2001 - nach den börsenbedingten Massenkündigungen bei Danone - verschärft worden waren. Die damaligen Maßnahmen der Jospin-Regierung hatten zwar eher symbolischen Wert. Dennoch wurden sie von den Unternehmern als "lästig" betrachtet, da sie die Fristen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu verlängern drohten. Aber ihr "Einfrieren" für 18 Monate durch die neue rechte Mehrheit hatten Teile des Arbeitgeberlagers als Freibrief interpretiert. Minister Fillon kritisiert zwar die skrupellosesten Vertreter des Kapitals, wie im Fall Metaleurop. Zugleich erklärte er jedoch in der letzten Januarwoche: "Man hat viel zu lange glauben lassen, der Staat könnte die Unternehmen darin hindern, zu entlassen. Das wäre, als wollte man Krankheit einfach verbieten."

Auch öffentliche Unternehmen wie EDF und die Post kündigten in den letzten Tagen Stellenstreichungen an. Bei France Télécom wurde der Abbau von 13.000 Arbeitsplätzen angekündigt, da die nunmehr teilprivatisierte Gesellschaft dicke rote Zahlen schreibt - Ergebnis ihrer internationalen Aufkauf- und Expansionspolitik. Anfang März kündigte der Stahlhersteller Thales an, 10.000 Arbeitsplätze seien von der Streichung bedroht.

Bernhard Schmid, Paris

# 19. Haushaltstricks für alle. Ambivalente Selbstverwaltung im Bürgerhaushalt von Porto Alegre

Autor: Carsten Herzberg · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:01

In Porto Alegre bestimmen die BürgerInnen selbst über den Kommunalhaushalt. Doch ob der Bürgerhaushalt tatsächlich praktizierte Basisdemokratie ist oder nur die Durchsetzung von "Sachzwängen" legitimiert, entscheiden die politischen Rahmenbedingungungen.

Das Zirkuszelt, das die Stadtverwaltung an einer zentralen Stelle des Bezirkes Humaitá-Navegantes-Ilhas aufgebaut hat, ist gerammelt voll. Wer konnte, kam, sei es zu Fuß, mit dem Bus oder mit dem Pferdegespann, von denen gleich mehrere Dutzend vor dem Zelt geparkt sind. An diesem Abend versammeln sich über tausend Menschen in dem Nordbezirk von Porto Alegre, das unlängst durch die Weltsozialforen bekannt geworden ist. Anders als dort wird hier nicht über eine andere Welt geredet, sondern sie wird praktiziert: Wir befinden uns auf einer Regionalversammlung des Bürgerhaushaltes (Orçamento Participativo).

Heute Abend bestimmen die BewohnerInnen von Humaitá-Navegantes-Ilhas die Prioritäten für ihre Region. Aus 14 Investitionsbereichen, wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Soziales etc., können sie die vier wichtigsten benennen. Das Verfahren hat hier schon Routine: Den Bürgerhaushalt gibt es seit 1989 und so haben einige BewohnerInnen Transparente mitgebracht. "Eine Schule für die Inseln" ist auf dem einen zu lesen. Auf einem weiteren wird der Bau einer Erste-Hilfe-Station gefordert. Der Bürgerhaushalt habe hier schon einiges verändert, erzählt Jefferson Barreto, der als regionaler Ansprechpartner der Verwaltung den Bürgerhaushalt begleitet. So wurde vor einigen Jahren beschlossen, für die Fischer ein öffentliches Kühlhaus zu bauen, damit diese nicht mehr ihren Fang zur Konservierung an Zwischenhändler verkaufen mussten. Der Direktverkauf, der so mögliche wurde, habe dazu geführt, dass eine der ärmsten Bevölkerungsgruppen, die der Fischer, ihr Einkommen verbessern konnten.

Immer wieder hallen Sprechchöre durch das Zelt. Die Stimmung ist gut. Dafür sorgt nicht zuletzt eine Gruppe, die sich als Clowns verkleidet hat und mit Sketchen humorvoll auf ihre Forderungen hinweist. André Passos vom Stadtplanungsamt GAPLAN steht ganz vorn im Scheinwerferlicht. Mit einer Lautsprecheranlage verschafft er sich Gehör. Unterstützt durch eine Videoprojektion erklärt er mit einfachen Worten den komplizierten Haushalt. Die Stadt brauche mehr Einnahmen ist seine Message. Der Vorschlag der Regierung besteht in einer Angleichung der Grundstückspreise an den realen Marktwert. Dadurch würden die Einnahmen aus der Bodensteuer steigen. Bisher ist es immer noch so, dass die Armen relativ mehr Steuern zahlen als die Reichen, die von überalterten Preisberechnungen profitieren. Passos und ein Kollege vom Steueramt versuchen hier auf der Versammlung Unterstützung für die Reform zu gewinnen. Die braucht es, denn die Arbeiterpartei PT stellt zwar auf Grund der Direktwahl den Bürgermeister, doch ist die Partei im Stadtparlament in der Minderheit. Dort polemisieren Konservative, dass die Regierung Steuern erhöhen wolle. Dass es sich dabei um eine Besteuerung der Reichen handelt, wird natürlich nicht gesagt.

Haushaltsberatung im Festzelt

Im Zelt haben inzwischen die BürgerInnen das Wort. Vor der Abstimmung legen sie ihre Standpunkte dar. Vor einigen Jahren seien hier noch lange Listen mit Forderungen hervorgeholt worden, berichtet Marlene Steffen vom Bürgeramt CRC, mittlerweile sei die Qualität der Beiträge erheblich gestiegen: Es werde analysiert, argumentiert und sich auf die Punkte beschränkt, deren Umsetzung angesichts der zur Verfügung stehenden Gelder realistisch sind. Der Bürgerhaushalt ist für BürgerInnen und Verwaltung gleichermaßen ein Lernprozess. Wo früher vom Schreibtisch aus entschieden wurde, haben heute die BürgerInnen das Wort. Schließlich kennen sie ihre eignen Bedürfnisse am besten. Durch den Bürgerhaushalt konnte das in Lateinamerika weit verbreitete System von Korruption und Klientelismus zerschlagen werden. Wenn die BürgerInnen der Regierung auf die Finger schauen, wird verantwortlicher mit Geld umgegangen. (1)

Dabei geht es nicht nur ums Geld. Für Tarso Genro, der zwei Mal Bürgermeister von Porto Alegre war, ist der Bürgerhaushalt ein Instrument zur "Transformation des Staates". Durch die Integration direktdemokratischer Elemente in die repräsentativen Systeme, soll die "Demokratie radikalisiert" werden. Ziel ist die "öffentliche Kontrolle" des Staates, um einen anderen Staat und eine andere Beziehung zwischen BürgerInnen und Staat zu schaffen. Raul Pont, ebenfalls ehemaliger Bürgermeister von Porto Alegre und anerkannter Sprecher der

innerparteilichen Strömung "Sozialistische Demokratie", geht noch einen Schritt weiter. 2002 äußerte er auf dem Weltsozialforum die Hoffnung, dass mit dem Bürgerhaushalt die Zivilgesellschaft so weit gestärkt werde, dass sie eines Tages in der Lage sein wird, den Sozialismus zu erkämpfen. (2)

Zumindest hat jetzt erst einmal Luís Inácio "Lula" da Silva die Präsidentschaftswahlen gewonnen und daran dürfte der Bürgerhaushalt nicht ganz unbeteiligt sein. Ein solches Verfahren der Bürgerbeteiligung gibt es nämlich nicht nur in Porto Alegre, sondern in den meisten der über 100 von der PT regierten Städten, darunter auch Sao Paulo. Durch die Erfahrung mit dem Bürgerhaushalt konnten sich Millionen von BrasilianerInnen ein Bild davon machen, wie ein alternativer Regierungsstil aussehen kann (was natürlich auch zu hohen Erwartungen an die neue Regierung geführt hat). Aber eigentlich steht der Bürgerhaushalt für keine bestimmte Ideologie. Es kommt vielmehr darauf an, in welchen Kontext er gestellt und mit welchen Inhalten er gefüllt wird. Kritiker führen nämlich an, dass der Bürgerhaushalt auch von der Weltbank unterstützt und mitunter von konservativen Regierungen eingeführt wird. (3)

In Deutschland wird der Bürgerhaushalt in Verbindung mit Konzepten zur "Bürgerkommune" vorangetrieben. Die Bürgerkommune ist eine Weiterentwicklung des von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) entwickelten "Neuen Steuerungsmodells". In den 90er Jahren wurde begonnen, die Funktionsweise der Verwaltung auf die eines modernen Dienstleistungsbetriebes umzustellen. Die Ergebnisse fallen jedoch sehr unterschiedlich aus. So wurde u.a. festgestellt, dass nicht alle Entscheidungen nach dem "Wettbewerbsprinzip" getroffen werden können, besonders wenn es um soziale Fragen geht. In einer "Bürgerkommune" ist der/die Bürger/in deshalb nicht mehr nur "Kunde/in", sondern auch "MitgestalterIn". In diesem Sinne sollen BürgerInnen an Haushaltsfragen beteiligt werden. Die Beteiligung wird in die Prämissen von Information-Konsultation-Rechenschaft gestellt, während sie sich in Porto Alegre unter den Stichworten Basisdemokratie, Soziale Gerechtigkeit und öffentliche Kontrolle zusammenfassen lässt.

Porto Alegre ist (nicht) überall

Es wird betont, dass es sich bei den über 12 deutschen Beispielen "nicht um direkte Demokratie" handelt, wobei zu Recht darauf hingewiesen wird, dass "eine Konsultation der Bürgerschaft zum Haushalt, ohne entsprechende Akzeptanz im Rat, erfolglos bleiben [wird]". (4) Die Rahmenbedingungen sind hier zu Lande andere. Die kommunale Selbstverwaltung droht, durch die schwierige Finanzsituation eingeschränkt zu werden. Der Bürgerhaushalt wird als ein Weg gesehen, BürgerInnen zu vermitteln, weshalb Abgaben erhöht oder Leistungen eingeschränkt werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der Bürgerhaushalt zur reinen Legitimation von Sparmaßnahmen missbraucht wird.

Tatsächlich hängt es vom politischen Willen ab, wie ein Bürgerhaushalt umgesetzt wird. Im hessischen Groß-Umstadt wurde ein Bezug zur lokalen Agenda hergestellt. Von 12 von den BürgerInnen vorgeschlagenen Projekten nahm der Rat 11 in den Haushaltsplan auf. Ein Zeichen, dass es sich lohnt, sich für einen Bürgerhaushalt einzusetzen. Anscheinend wird dies in Berlin ähnlich gesehen. Dort haben sich eine Arbeitsgruppe und eine Bündnis-Initiative für einen Bürgerhaushalt gebildet, zu der soziale Träger, Organisationen aus der Entwicklungspolitik und Bürgerinitiativen gehören. Berlin ist somit eine der wenigen Städte in Deutschland, in denen BürgerInnen die Einführung eines Bürgerhaushaltes fordern. Anderorts wurden die EinwohnerInnen von der Verwaltung "überrascht". Hier stößt der Bürgerhaushalt mithin auf wenig Interesse. Ein Verfahren zum Bürgerhaushalt muss folglich von BürgerInnen, Rat und Verwaltung gemeinsam erarbeitet werden, damit sich alle Betroffenen mit ihm identifizieren können.

In Berlin kann auf die Erfahrung mit den so genannten Quartiersfonds zurückgegriffen werden. Im Rahmen des von der Bundesregierung aufgelegten Programms "Soziale Stadt" wurden 17 Quartieren mit "besonderem Entwicklungsbedarf" ein Fond von damals noch 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Eine nach dem Zufallsprinzip ausgewählte BürgerInnenjury verteilte auf Antrag das Geld an gemeinnützige Projekte. Auch wenn das Modell umstritten war, so hat es Anknüpfungspunkte zum Bürgerhaushalt geschaffen. Inzwischen ist das Geld ausgegeben, und es sind Verwaltung und Berliner Abgeordnetenhaus, die sich sperren, die Einführung eines Bürgerhaushaltes öffentlich zu diskutieren.

Sparen und kürzen - aber selbstbestimmt

Auf dem 7. Attac-Ratschlag in Göttingen wurde in einem Work-Shop zu dem Thema festgestellt, dass "für die globalisierungskritische Bewegung Bürgerhaushalte eine wichtige Rolle spielen [können], um nicht nur die

negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung vor Ort durch Protest und Bürgerentscheide zu verhindern, sondern um darüber hinaus einen Gestaltungsspielraum für positive Veränderungen wie gerechtere Verteilung zu gewinnen". Der Bürgerhaushalt wird als Teil einer kommunalen Gegenmacht zur neoliberalen Globalisierung gesehen. In den Kommunen bekommen die BürgerInnen die Auswirkungen der liberalisierten Dienstleistungen Stichwort GATS - direkt zu spüren. Mit dem Bürgerhaushalt kann die Verteilung von Ressourcen demokratisiert werden. Durch eine transparente Haushaltsführung, die von BürgerInnen kritisch begleitet wird, können Privatisierungen rechtzeitig in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Aus diesem Grund wurde sich in Göttingen dafür ausgesprochen, den Kontakt mit Initiativen im Ruhrgebiet zu suchen, die sich ebenfalls mit Elementen eines Bürgerhaushaltes beschäftigen.

Bisher ist noch offen, ob sich der Bürgerhaushalt in linken und alternativen Bewegungen etabliert. Entscheidend wird sein, ob er mit einer Vision verbunden werden kann. Denn als bloßes Instrument zur Vereinfachung von komplizierten Haushaltbüchern, wird der Bürgerhaushalt keine Begeisterungsstürme hervorrufen. Zu klären ist deshalb, was wir von einem Bürgerhaushalt erwarten (insofern wir ihn wollen) und wie er beschaffen sein soll. Dabei kann der Bürgerhaushalt nur Baustein einer alternativen Strategie sein. Vor zu großen Erwartungen sei hier ausdrücklich gewarnt.

Carsten Herzberg

Vom selben Autor stammt die bisher einzige deutschsprachige Publikation zum Bürgerhaushalt von Porto Alegre: Carsten Herzberg, Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann, Münster-Hamburg 2002, Lit-Verlag, 2. Auflage

Anmerkungen:

1) Vgl. Public Choice, Nr. 109 (2001), S. 347-370.

2) Vgl. Raul Pont: Hoffnung für Brasilien, Köln 2003, S. 47-56

3) Vgl. Carsten Herzberg /Christian Kasche: Modell Porto Alegre. Der Bürgerhaushalt auf dem Prüfstand, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/2002, S. 1375- 1384.

4) Bertelsmann Stiftung/Böckler Stiftung/KGSt: Der Bürgerhaushalt Ein Handbuch für die Praxis, Gütersloh 2002

# 20. Geschäfte mit dem Teufel. Fünf deutsche Unternehmen wegen Unterstützung der Apartheid vor amerikanischem Gericht

Autor: Theo Kneifel · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:21

November 2002, Central Methodist Church im Zentrum von Johannesburg. Öffentliche Pressekonferenz, zu der Jubilee South Africa die internationale Presse eingeladen hat. 600 Überlebende, Opfer, und Angehörige von Opfern der Apartheid, die zuerst schweigend in den Bänken sitzen, dann singen und beten, schließlich feiern und tanzen. Der amerikanische Staranwalt Michael Hausfeld, den die 91 KlägerInnen mit der Einreichung der Klage betraut haben, sitzt derweil in New York, wo er am Abend zuvor in aller Stille die 170-seitige Anklageschrift am Bezirksgericht im Eastern District in New York eingereicht hat.

Am 11. November 2002 reichte die amerikanische Anwaltskanzlei Cohen, Milstein, Hausfeld & Toll zusammen mit der südafrikanischen Kanzlei Abrahams Kiewitz in New York Entschädigungsklagen gegen 22 internationale Konzerne wegen ihrer Unterstützung der Apartheid ein (vgl. ak 467). Kläger sind 91 südafrikanische Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen der Apartheid, sowie Khulumani Support Group, eine Selbsthilfeorganisation, die 32.000 Apartheidopfer vertritt.

Die Kurzbiografien der 91 KlägerInnen stehen auf 27 Seiten in der Klageschrift am Anfang. Jede Geschichte erzählt von dem furchtbaren Schicksal der Betroffenen und ihrer Familien; ihre Geschichten zusammen beweisen die mörderische Brutalität des Systems und ihrer Vollstrecker in den Sicherheitsapparaten, besonders in der Polizei, dem Geheimdienst und der Armee. Das Ganze ist ein Kaleidoskop der Wahrheit eines menschenverachtenden Regimes.

Auf der Johannesburger Pressekonferenz spricht Thandiwe Shezi stellvertretend für die KlägerInnen. "Ich habe mein Frau-sein im John Vorster Square verloren", sagte sie mit klarer Stimme, als sie darüber berichtet, wie sie in dem berüchtigten Gefängnis von Geheimpolizisten gefoltert und vergewaltigt wurde. Aber sie sprach auch von den anderen, zum Beispiel von Charles Hlatshwayo, der in der ersten Reihe im Rollstuhl sitzt. " Da sitzt unser Bruder Charles, er war ein lebensfroher junger Mann; jetzt kann er weder gehen noch sprechen." Die Elektroschocks der Polizei im Bantustan Bophuthatswana zerstörten seine Wirbelsäule und Stimmbänder.

Kein schneller Mitleids-Scheck

Alle 91 KlägerInnen sind Mitglieder der Khulumani Support Group, einer Vereinigung von Selbsthilfegruppen von Apartheidopfern, die zuerst in der Central Methodist Church zusammenkamen, um sich gegenseitig ihre Geschichten zu erzählen und einander Mut zu machen, vor dem Menschenrechtskomitee der südafrikanischen "Wahrheits- und Versöhnungskommission" auszusagen. In einem internen Abstimmungsprozess bestimmten die Khulumanigruppen in den neun Provinzen des Landes die in der Klageschrift aufgeführten KlägerInnen, die dort unter fünf Kategorien aufgeführt sind: Opfer von Mord, schwerer Folter, wahllosen Schießereien, sexueller Gewalt und willkürlicher Verhaftung.

Die Tatsache, dass neben den individuellen KlägerInnen von Khulumani auch die Organisation selbst als Klägerin in der Anklageschrift auftritt, unterstreicht noch einmal die Tatsache, dass es hier nicht um einen "schnellen Scheck" für Einzelne geht, sondern um einen konzertierten politischen und rechtlichen Prozess. Die 91 KlägerInnen stehen stellvertretend für die 32.000 Mitglieder von Khulumani, alle Opfer und Überlebende der Apartheid; diese wiederum verstehen sich als StellvertreterInnen weiterer Kreise von Apartheidopfern der schwarzen Bevölkerung aus Südafrika und den betroffenen Nachbarländern.

Thandiwe Shezi stellt klar, dass die Entschädigungsklage an die Adresse von 22 internationalen Konzernen die südafrikanische Regierung nicht der Verpflichtung enthebt, sich für die Entschädigung der Apartheidopfer einzusetzen. Es komme darauf an, die entsprechenden Empfehlungen des Komitees für Entschädigung und Rehabilitation der Wahrheitskommission, aufgelistet in dem schon im Oktober 1998 veröffentlichten vorläufigen Abschlussbericht, endlich umzusetzen. Thandiwe Shezi unterstreicht in ihrer Rede außerdem noch einmal, dass jede Entschädigung nur eine symbolische Wiedergutmachung sein kann: "Kein Geld in der Welt kann uns unsere Lieben zurück bringen." Konkrete Entschädigungssummen nennt die Klageschrift deshalb auch nicht.

"Wir stehen auf starkem rechtlichen Boden", sind die Schlussworte des Plädoyers zugunsten der Klage durch Shadrack Gutto, Professor für Völkerrecht am Centre for Applied Legal Studies der Universität vom Witwatersrand, Johannesburg. Grundlage der Klage ist das amerikanische Gesetz des Alien Tort Claims Act, auf das sich die Mehrheit der Menschenrechtsklagen in den letzten 20 Jahren in Amerika bezog. Nach diesem Gesetz können nicht-amerikanische BürgerInnen amerikanische oder internationale, in den USA niedergelassene Konzerne verklagen, falls eine kausale Beziehung zwischen der Tätigkeit der Unternehmen und den erlittenen Schäden hergestellt werden kann. Dabei muss es um Verletzungen internationalen Völkerrechts oder von anerkannten Menschenrechten gehen. Die Klage argumentiert außerdem völkerrechtlich auf der Basis des Customary International Law (Internationales Gewohnheitsrecht) und bezeichnet die institutionalisierte Apartheid als einen besonderen Fall eines "Verbrechens gegen die Menschheit", wie dies auch schon 1973 die Vollversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Convention on Apartheid feststellte. Auch der Internationale Strafgerichtshof hat in Übernahme dieser UN-Übereinkunft die Apartheid zu einem internationalen Verbrechen erklärt, das sich als System unmenschlicher Taten schuldig gemacht habe - wie "Mord, Versklavung, Deportation oder Zwangsumsiedlung, Folter und sexueller Gewalt" -, dies im Kontext "systematischer Unterdrückung und Herrschaft einer rassisch definierten Gruppe über andere".

Gericht der Öffentlichkeit

Doch bisher wurde die Ächtung der Apartheid als "Verbrechen gegen die Menschheit" vor noch keinem internationalen Gericht getestet. Damit betritt die Klageschrift völkerrechtliches Neuland. Es gab bislang nur zwei vergleichbare Prozesse, die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit internationalen Konzernen betreffen: gegen "Shell" in Nigeria und gegen "Unocal" in Myanmar, Burma. Ein kürzlicher Gerichtsentscheid in den USA hat die obige Argumentation im Fall Unocal anerkannt. Das verspricht eine positive Weiterentwicklung internationalen Strafrechts auch im Falle der Apartheidopfer.

Die Anklageschrift gegen die 22 internationalen Konzerne argumentiert mit dem Rechtsprinzip der "secondary liability", welches durch die Nürnberger Prozesse in der internationalen Rechtsprechung etabliert wurde. Es beinhaltet die Mitverantwortung von Akteuren, die zwar nicht die direkten Täter sind, aber als Helfershelfer dieser Täter eine sekundäre Mitverantwortung für die begangenen Verbrechen haben. Die Schrift macht deutlich, dass die 22 beklagten internationalen Firmen, welche alle in die Unterstützung des Sicherheitsapparates der Apartheid involviert waren, durch die Erklärungen und Abkommen der Vereinten Nationen bestens über den verbrecherischen Charakter des Apartheidregimes informiert waren. Als Unterstützer in strategischen Bereichen des Unterdrückungsapparats der Apartheid waren sie somit mitverantwortlich für die an den Apartheidopfern durch Mitglieder der Polizei, des Geheimdienstes und der Armee verübten Verbrechen.

"Jedes Handelsabkommen, jeder Bankkredit, jede neue Investition ist ein weiterer Stein in der Mauer unserer fortgesetzten Existenz". Dieses Zitat des südafrikanischen Premiers John Vorster von 1972 sollte den fünf deutschen beklagten Banken und Unternehmen (Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Rheinmetall, DaimlerChrysler mitsamt AEG Daimler-Benz Industrie) zu denken geben, wenn sich die Rechtsabteilungen der betroffenen Häuser über ihre Archive hermachen, um die Berechtigung der Klagen gegen sie zurückzuweisen.

Let's talk about money

Die Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung wird den Prozess in den USA politisch begleiten, um die Berechtigung der Klagen und ihrer angestrebten Ziele vor dem "Gericht der Öffentlichkeit" zu beweisen. Dazu brauchen sie viele BündnispartnerInnen in Südafrika, in den Nachbarstaaten, sowie in den vier strategischen Ländern des Nordens, den USA, in Großbritannien, der Schweiz und Deutschland. Auf der anderen Seite sollten gerade auch die deutschen Unterstützer der Apartheid, ob von den gegenwärtigen Klagen betroffen oder nicht, beherzigen, was Desmond Tutu ihnen in einem Interview im Juli letzten Jahres riet: "Sie sagten: Geschäft ist Geschäft. Redet mit uns nicht über Moral. Sie hätten wohl auch Geschäfte mit dem Teufel gemacht. Alle Unternehmen, die mit dem Apartheidregime Geschäfte gemacht haben, müssen wissen, dass sie in der Schusslinie stehen. Sie müssen zahlen. Und sie sollten es mit Würde tun".

Theo Kneifel

Kirchliche Arbeitsstelle

Südliches Afrika (KASA)

# 21. Folter dipolter. Zur schleichenden Aufweichung des Folterverbots in Deutschland

Autor: Albert Scharenberg · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:17

"Ein Skandal ist nicht in Sicht" schrieb die taz am 19.2. zu den Ermittlungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen folternde PolizistInnen. Und Monika Goetsch empörte sich in derselben Zeitung nicht über das offene Bekenntnis des Polizeivizepräsidenten zur Folter, sondern über "fundamentalistische Moralisten". Im Folgenden analysiert Albert Scharenberg die momentane Folter-Diskussion.

Auslöser der Folter-Debatte in Deutschland ist die Entführung und Ermordung des 11-jährigen Bankierssohns Jakob von Metzler im September 2002. Damals gab die Frankfurter Polizei rasch bekannt, dass der Betreuer des Jungen, Magnus G., im Verdacht stehe, der Entführer zu sein. Magnus G. schwieg beharrlich zu den Vorwürfen. Schließlich aber führte er die Polizei zur Leiche des Vermissten und gestand die Tat. Wir wissen jetzt, warum der Verdächtige sein Schweigen brach: Er wurde gefoltert. Auf Anweisung des Polizeivizepräsidenten Wolfgang Daschner wurde ihm im Verhör mehrfach mit massiver Gewaltanwendung gedroht. Magnus G. selbst hatte seinen Anwalt hierüber in Kenntnis gesetzt. Zuerst habe ihm ein Vernehmer gedroht, er werde ihm "die Zähne ausschlagen". Danach habe man ihm angekündigt, die Polizei werde ihn zur Vergewaltigung durch "zwei große Neger" freigeben. Schließlich habe man ihn glauben lassen, per Hubschrauber sei gerade ein "Spezialist" im Anflug, der in der Lage sei, ihm "Schmerzen zuzufügen", wie er sie "noch nie erlebt" habe; er werde sich wünschen, "nie geboren worden zu sein".

Ein Tabu wird gebrochen

Vermutlich wäre um diese Aussage, wie in anderen vergleichbaren Fällen, kein Aufhebens gemacht worden, hätte nicht ein umgewöhnliches Dokument diesen Vorfall dokumentiert: Daschner hatte eine Aktennotiz über den Vorfall angelegt, in der er seine Aufforderung, den Verdächtigten "nach vorheriger Androhung, unter ärztlicher Aufsicht, durch Zufügung von Schmerzen (keine Verletzungen) erneut zu befragen", festhielt. Dabei hat sich Daschner offenbar auch über Skrupel von Kollegen hinweggesetzt: "Die von KOR Wenz erhobenen Bedenken wurden in einer weiteren Besprechung ... zurückgestellt", heißt es im Vermerk weiter. Mit anderen Worten: Die Polizei sollte dem Verdächtigen nicht nur Gewalt androhen, sie war auch gewillt, körperliche Gewalt anzuwenden. "Durch das inzwischen abgelegte Geständnis war die Maßnahme entbehrlich," endet der polizeiliche Vermerk (spiegel-online, 21.02.). Ein Sprecher des Frankfurter Polizeipräsidenten billigte noch nach dem Bekanntwerden des Vermerks ausdrücklich die darin angekündigten Praktiken: "Hätte die Drohung nicht gewirkt, hätten wir ihm Schmerzen zufügen müssen."

Nachdem der polizeiliche Vermerk an die Öffentlichkeit gelangt war, gab es zunächst eine breite Welle der Unterstützung für das VernehmerInnen-Team. Nicht nur der "Bund Deutscher Kriminalbeamter" sprang Daschner und seinen KollegInnen bei, sondern auch der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Geert Mackenroth. Mackenroth trug vor, die Androhung von Gewalt könne in solchen Fällen unter Umständen gerechtfertigt sein. Als Beispiel nannte er dem "Tagesspiegel" die Möglichkeit, dadurch Terroranschläge wie in New York zu verhindern. Selbst nach Auffassung von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) können sich die Frankfurter PolizistInnen auf das Strafgesetzbuch berufen. Den BeamtInnen könne ein so genannter "rechtfertigender Notstand" zugebilligt werden, sagte Zypries. Wenn ein überwiegendes Rechtsgut zu schützen sei, wäre die Tat nicht rechtswidrig. Im Zweifel werde man die PolizistInnen freisprechen, so die Justizministerin gegenüber dem NDR.

Es kann kaum überraschen, dass Daschner auch Rückendeckung vom hessischen Ministerpräsidenten, Roland Koch (CDU), erhielt. Der Bild am Sonntag sagte Koch: "Ich persönlich halte Daschners Verhalten in dieser schlimmen Konfliktsituation, in der er Leben retten wollte, für menschlich sehr verständlich". Rasch waren Umfragen (forsa im Auftrag des Stern) zur Hand, denen zufolge eine deutliche Mehrheit der BRD-BürgerInnen dieses "Verständnis" teilt und das Daschner'sche Vorgehen auf Grund der "Zwangslage" für gerechtfertigt hält.

Notstandsübung und Überzeugungstäter

Daschner selbst zeigte, dass er sein Handeln vom September 2002 nicht aus einer wie auch immer definierten "Notlage" heraus begründete, sondern dass hier ein Überzeugungstäter am Werke war. Im Magazin Focus forderte er, Gewalt "als letztes Mittel" in Verhören zuzulassen und zu diesem Zweck eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Für Geständnisse müsse der Schmerz nicht stark, aber lang sein, erklärt er, und er sagt auch, wie man foltern kann, ohne Spuren zu hinterlassen.

In der öffentlichen Debatte wurde in den letzten Wochen auch darüber gestritten, ob hier überhaupt ein Fall von Folter vorliegt. Zunächst wurde dabei vereinzelt darauf abgestellt, dass ja gar keine Gewalt angewandt worden sei. Allerdings: Ob Gewalt angewandt oder "nur" angedroht wird, ist für den Tatbestand der Folter nachrangig; hier sind die Erklärung der Menschenrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention unzweideutig (vgl. neben stehenden Kasten). Dem wird mittlerweile auch nicht mehr wirklich widersprochen. Nach wie vor problematisch dürfte jedoch die von Jost Müller-Neuhof im Tagesspiegel (21.02.) treffend beschriebene, ohne Zweifel weit verbreitete Einstellung sein: "Um die Debatte über die Folter zu erleichtern, muss man sich nur von diesem hässlichen Wort verabschieden. Methode Schimanski: Ein paar auf die Augen, dann redet der schon. Was soll daran Folter sein?"

Warum aber, so die politisch-strategisch bedeutsame Frage, wird gerade jetzt wieder über Folter diskutiert? Welche gesellschaftlichen Triebkräfte liegen dem zu Grunde? Eine Antwort hierauf besteht notwendig aus mehreren Teil-Antworten:

1. Vorstöße dieser Art sind nicht neu. 1976 dachte der damalige niedersächsische Ministerpräsident, Ernst Albrecht, öffentlich über eine Einführung der Folter nach. In seinem Buch "Der Staat - Idee und Wirklichkeit" sieht er im Verbot der Folter "kein absolutes Recht". Ein Jahr später, im Herbst 1977, wird sogar über die von F.J. Strauß angeregte Erschießung von RAF-Gefangenen öffentlich verhandelt. Heute fordern Leute wie der fundamentalistische CSU-Abgeordnete Norbert Geis erweiterte Befugnisse für Ermittler, damit "Polizisten den Täter zwingen können, Informationen zu geben, die unmittelbar helfen". Auch der stellvertretende Fraktionschef der CDU/CSU, Wolfgang Bosbach, unterstützt das Recht der Polizei, in extremen Fällen Gewalt anwenden zu können, und Jörg Schönbohm fordert unter Verweis auf die Anschläge vom 11.09.2001 entsprechende Gesetzesänderungen. Die Forderung, das von einem "aufgeklärten Absolutisten" 1740 in Preußen eingeführte Verbot der Folter ("poena extraordinaria") jetzt für die Bundesrepublik aufzuweichen bzw. -heben, steht somit in einer festen Tradition ultra-konservativer Kräfte.

2. Schimanski-mäßiges Vorgehen ist in diesem Land ohnehin an der Tagesordnung. Immer wieder kommt es auf Polizeirevieren, in Strafanstalten, bei Festnahmen und Abschiebungen zu Gewaltanwendung, die mitunter die Grenze zur Folter überschreitet: PolizistInnen, die mit Gegenständen auf Verdächtige einprügeln; BeamtInnen, die am Boden liegende Festgenommene zusammentreten; Abschiebehäftlinge, die im Polizeigriff ersticken. Solche Vorfälle sind aber in aller Regel nur schwer zu belegen. Und: Weil sie illegal sind, werden sie von den Beklagten, anders als im "Fall Daschner", geleugnet.

3. Folter ist zwar in Deutschland grundgesetzlich verboten; die Grundrechteartikel wie auch Art. 104 GG sind hier eindeutig. Indes: Im Ausland wird Folter toleriert oder doch billigend in Kauf genommen. Deutsche RichterInnen, Behörden und Abgeordnete weigern sich beharrlich, Folterpraktiken im Heimatland von Flüchtlingen als politischen Asylgrund anzuerkennen. In den allermeisten Fällen wird Folter als eine besondere kriminaltechnische Maßnahme verhandelt, die in vielen Ländern gegenüber "gewöhnlichen" Kriminellen angewandt werde und daher nicht als politische Verfolgung ausgelegt werden könne. Insofern gilt das Verbot der Folter ohnehin nicht unbeschränkt.

4. Eine eigenständige Rolle in der Zuspitzung der Debatte fällt der medialen Aufbereitung zu. Die Diskussion über Kindesmissbrauch, die in den letzten Jahren (entgegen der rückläufigen Zahl der Fälle) verstärkt medial forciert worden ist ("Todesstrafe für Kinderschänder?"), illustriert, dass es hier keine Tabus mehr zu geben scheint. Dieses Vorgehen ist längst nicht mehr auf die Boulevardpresse beschränkt. Im Berliner Tagesspiegel heißt es am 19.02.: "Die Polizei musste handeln. Das Kind Jakob war verschwunden. War er schon tot? Jede Minute zählte. Die einzige Chance: Der Verdächtige musste zum Reden gebracht werden. Egal, wie." Das Motto derartiger Berichte ist einfach: "Stellen Sie sich vor, ihr Kind ist entführt..." Es zeigt das erschreckende Ausmaß dieser Debatte, dass in der Presse kaum jemand vorschlägt, die Frage stattdessen so zu formulieren: "Stellen Sie sich vor, Sie werden zu Unrecht verdächtigt..."

Die Folgen des 11. September

5. Der wohl wichtigste Grund für die neu aufflammende Debatte liegt im Kontext der Reaktion auf die Anschläge vom 11.09.2001. Selten hat ein Ereignis die politische Landschaft so rasch und nachhaltig verändert. Die Anschläge sind zur Durchsetzung eines ultra-konservativen Programms genutzt worden, nicht nur in Bezug auf die globale US-amerikanische Militärpolitik, sondern auch und gerade für die Innenpolitik. (1) Nicht zufällig gab es die Folter-Debatte in den USA bereits kurz nach den Anschlägen, und sie hat ein erschreckendes Ergebnis gezeitigt: Die US-Regierung lässt ihre in "illegale Kämpfer" umdefinierten Kriegsgefangenen im Ausland festsetzen, damit diese sich nicht auf US-Gesetze berufen können; sie werden auf Kriegsschiffen wochenlang verhört und auf der Militärbasis Guantanamo jenseits aller menschenrechtlich gebotenen Behandlung festgehalten. Es wurde bereits offen erwogen, Beschuldigte im Ausland zu verhören, um Folter anwenden zu können; wie die Verhöre auf den Kriegsschiffen und Militärbasen aussehen, liegt auf der Hand.

Darüber hinaus sind in den USA, aber auch in Deutschland, wesentliche Grundrechte auch für die eigenen BürgerInnen nachhaltig eingeschränkt bzw. außer Kraft gesetzt worden. Von Genua bis Guantanamo: Der Folter rechtfertigende "Notstand", auf den sich die Frankfurter Kripo beruft, kann und wird sich mit dem "Anti-Terror-Notstand" verbinden, der ja ohnehin längst zu einem Orwell'schen Dauernotstand geworden ist.

Das Menschenrecht auf körperliche Unversehrheit, das Verbot der Folter gilt uneingeschränkt, also auch für Mörder, Massenmörder, Vergewaltiger und Kinderschänder. Es gilt übrigens auch für Verdächtige. Deshalb: Daschner muss der Prozess gemacht werden!

Albert Scharenberg (Berlin)

Eine Sammlung von Presseartikeln zum Thema unter: www.stop-torture.de

Anmerkungen:

1) vgl. Peter Marcuse: "Globalisierung nach dem 11. September: städtische, politische und ökonomische Auswirkungen", in: Albert Scharenberg/Oliver Schmidtke (Hg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster 2003

# 22. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:36

Niketown, Berlin

Auf dem europäischen Sozialforum in Florenz war der 8. März zum "Internationalen Sweatshoptag" erklärt worden. Denn in den sogenannten "Schwitzbuden" arbeiten überall auf der Welt vor allem Frauen unter übelsten Bedingungen - zwölf Stunden oder mehr am Tag; ohne Rechte, ohne gewerkschaftliche Organisierung und das Ganze für einen Lohn, von dem man nicht wirklich existieren kann: "Mit einer 75%igen Lohnerhöhung könnte ich wie ein Mensch leben", so eine chinesische Sweatshop-Arbeiterin. Aus diesem Anlass machte die Gruppe revolution eine Aktion vor "Niketown" in Berlin. Passend zur Konzernwerbung können sich Interessierte unter dem Motto: "Be a nike woman!" hinter einer Stellwand als Sweatshop-Arbeiterin fotografieren lassen. Ein Video zur Aktion in Berlin kann angesehen werden unter: kanalb.de/video/20030310-niketown.ram

Buenos Aires, Argentinien

Auf dem zentralen Platz von Buenos Aires, der Plaza de Mayo, versammelten sich am 8. März mehrere Tausend Menschen, überwiegend Frauen. Anschließend gab es mehrere Demonstrationszüge durch das Zentrum der Stadt, inklusive einiger Straßenblockaden, die seit dem Dezemberaufstand 2001 auch unter dem argentinischen Namen piquetes bekannt geworden sind. Zugleich kam es an mehreren Orten zu sog. escraches: Bei diesen werden, z.B. mit Hilfe von Farbbeuteln, Einrichtungen oder Personen denunziert, gegen die der begründete Verdacht vorliegt, in den Zeiten der Diktatur in Menschenrechtsverbrechen verstrickt gewesen zu sein. Diese Aktionsform ist natürlich auf andere Themen erweiterbar: So wurde zum Frauentag die Kathedrale von Buenos Aires farblich gestaltet, unter Bezugnahme auf die reaktionäre Position der katholischen Kirche in Argentinien zu Abtreibungen.

indymedia.germany.org

Marburg, Pilgrimstein

Ein Sex-Shop in Marburg wurde im Eingangsbereich und an den Frontscheiben mit Farbbeuteln attackiert, und bei einer Videothek in der Bahnhofsstraße wurde die vordere Schaufensterscheibe eingeworfen. Beide Aktionen richten sich laut Bekennerinnenschreiben der Riot Grrrls gegen den "alltäglichen Sexismus", der "nur die Spitze des Eisberges" sei und somit gegen die "Degradierung der Frau zur Ware". Interessant ist in diesem Kontext weniger die Aktion als solche, als vielmehr die heftigen Reaktionen, die sie auszulösen vermochte: So ist auf www.germany.indymedia.org eine immerhin 18-seitige Debatte zu diesem Thema zu finden, an der sich noch einmal deutlich zeigt, wie vielen, meist unter männlichen Namen eingelogten DiskussionsteilnehmerInnen, der Unterschied zwischen Sexualität und Sexismus ebenso unklar ist, wie andere behaupten, eine klare Trennung zwischen "Lust" (gut) und "Geilheit" (schlecht) ziehen zu können. Strengste Sorge um die linke Sexualmoral und mehr oder weniger unverhohlener Frauenhass sowie alles, was dazwischen denkbar ist, geben sich auf diesen Seiten die Ehre.

Frankreich, Banlieues

Die Lage der Frauen und insbesondere der jungen Mädchen in den französischen Vorstädten hat sich in den vergangenen zehn Jahren massiv verschlechtert. Spektakuläre Fälle wie die Verbrennung einer 18-Jährigen im Pariser Vorort Vitry-sur-Seine oder Berichte von Massenvergewaltigungen demonstrieren eine drastische Zunahme an sexualisierter Gewalt. Inzwischen wehren sich immer mehr Frauen gegen die Verharmlosung von Gewalt und sexistischem Verhalten, unter denen sie in ihrer Umgebung zu leiden haben.Vom 1. Februar bis zum 8. März 2003 wurden auf Initiative der Fédération nationale des maisons de potes (einer SOS-Racisme nahestehenden Vereinigung) in ca. 20 französischen Städten Protestmärsche und Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt. Ziel war es, die Öffentlichkeit und die Politiker auf die Dringlichkeit des Problems der zunehmenden Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen. Am 8. März wurde der Regierung eine Petition unter dem Titel "Ni pute, ni soumise" (Weder Hure, noch unterworfen) überreicht. Unter diesem Motto waren zugleich sieben Jugendliche (fünf Mädchen, zwei Jungs) zuvor durch die Vorstädte getourt, um auf Diskussionsveranstaltungen auf das Problem der Gewalt aufmerksam zu machen.

taz, 7.3. 2003, www.zdf.de

Aufruf, Aufruf, Aufruf

"Mehr als die Hälfte aller Zwangsarbeit im Nationalsozialismus wurde von Frauen geleistet. Dies geht in der Berichterstattung zum Thema Entschädigung vollkommen unter, auf Bildern und in Debatten sind in erster Linie Männer zu sehen. Wir wollen an diesem 8. März die Situation ehemaliger Zwangsarbeiterinnen in den Mittelpunkt stellen. Seit 56 Jahren ist eine Entschädigung der Millionen ZwangsarbeiterInnen, die während des Nationalsozialismus zur Sklavenarbeit gezwungen wurden, überfällig. Dafür sollten von Bund und Wirtschaft 10 Milliarden DM bereitgestellt werden. Mit dem Argument fehlender Rechtssicherheit verschleppt die deutsche Wirtschaft die Zahlungen jedoch bis heute. Dabei ist selbst der Anteil von 5 Milliarden DM am Stiftungsfond, den die Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft aufbringen soll, angesichts von geschätzten 180 Milliarden DM Gewinn während des Nationalsozialismus geradezu lächerlich. Abgesehen davon sind statt der zugesagten 5 Milliarden DM bisher nur 3,7 Milliarden DM eingezahlt worden. Doch ist die Politik der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft konsequent, da nicht eine Entschädigung der Opfer und damit eine späte Anerkennung begangenen Unrechts im Zentrum steht. Vielmehr geht es darum, ‚endlich einen finalen Schlussstrich zu ziehen' (Rolf Breuer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank). In den Publikationen der Stiftung selbst beschreibt Wolfgang G. Gibowski (Sprecher der Stiftungsinititiative) das Anliegen klar als ‚eine Steigerung des Ansehens der deutschen Wirtschaft in aller Welt' (19.12.00). Demgegenüber steht die Lebenssituation der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen. Sie sind heute zwischen 70 und 90 Jahre alt und leben zum Teil in ärmsten Verhältnissen, häufig ohne finanzielle Grundsicherung und ohne dringend benötigte medizinische Versorgung. Jede weitere Verzögerung führt dazu, dass immer weniger Frauen und Männer zu Lebzeiten eine zumindest minimale Entschädigung für ihre Sklavenarbeit erhalten. Es ist Zeit, endlich mit der Auszahlung zu beginnen und nicht noch weitere Jahre zu warten, bis keine/r der Opfer mehr am Leben ist."

www.berliner-geschichtswerkstatt.de

# 23. "Immer noch zu wenig"

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:37

Das musste endlich mal gesagt werden. Und gerade am Internationalen Tag der Frauen. Denn genau da liegt doch das Problem. Weil, im Grunde ist ja dieser Frauentag bestenfalls ein Anachronismus. Oder immer schon Ausdruck eines historischen Irrtums gewesen. Frauen diskriminiert? Benachteiligt? Oder Schlimmeres? Ach, wenn die Welt so einfach wäre. Am deutlichsten wird das Problem der feministischen Realitätsklitterung, wenn man sich mal genauer eines der bevorzugten Aktionsfelder des Feminismus vorknöpft: Gewalt. Genauer: Gewalt gegen Frauen.

Denn es sind gar nicht immer Frauen oder Mädchen, die Opfer von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt werden. Nein. Auch Männer sind betroffen. Und wie. So sehr, dass die taz diesem Thema am 8. März eine ganze Seite widmet und den Soziologen und Anwalt Jürgen Germünden (42) befragt über "Frauen, die Gewalt ausüben, und Männer, die sich nicht wehren können". Gemünden trägt, so ist zu vermuten, schwer an der Last, ein Tabu zu brechen. Vielleicht guckt er deshalb so ernst, so nachdenklich den LeserInnen entgegen. Denn dass er ein Tabubrecher ist, steht mal fest; er, der über "Gewalt gegen Männer in heterosexuellen Intimpartnerschaften" forscht. Tabubrüche sind, wir wissen es, schwierige, aber notwendige gesellschaftliche Arbeit. Gemünden ist sich dessen bewusst. Aber er muss tun, was er zu tun hat. Denn er weiß, was andere leugnen:

"Frauen wenden ähnlich viel Gewalt gegen Männer an wie umgekehrt." Da liegt die Frage nahe, warum mensch von diesen Opfern weiblicher Gewalt so wenig sieht und hört, auch niemanden persönlich kennt, dem oder der schon mal ein solcher Fall zu Ohren kam, noch nie von ernstzunehmender Seite Forderungen nach Männerhäusern, Männernotruftelefonen oder einfach nur Männerbeauftragten zu vernehmen waren etc. Gemünden hat dafür natürlich eine Erklärung: "Es scheint so zu sein", so der Fachmann, "dass Frauen erlittene Gewalt als schwerwiegender bewerten als das Männer tun." Einleuchtend. Das Einfache liegt doch so nah: Männer weinen nicht, beißen die Zähne zusammen, sind irgendwie immer so hart gegen sich selbst. Anders die Frauen, die wegen jeder Schramme in Geheul ausbrechen und öffentlich getröstet sein wollen.

Während dieses Klischee offenbar also zu hundert Prozent die Realität abbildet, verhält es sich mit einem anderen, ähnlich gelagerten, exakt anders herum: Männer, so der Soziologe, hätten viel mehr Hemmungen, Frauen zu schlagen, als umgekehrt. Oh ja. Nun ist es aber auch wiederum nicht so, dass der Forscher bestreitet, dass es das Phänomen Männergewalt gibt. Nein - es gibt eben "alle Arten" von Gewalt, sagt er, glücklicherweise aber (das macht die Analyse leichter) nur eine Ursache von "Gewalt in der Partnerschaft". Die nämlich nimmt zu, so Germünden, "wenn die Frau berufstätig wird. Dann steigt der Stress in der Partnerschaft. Oft gibt es auch mehr Streit um die Aufgabenteilung."

Worum es dem Vorkämpfer in Sachen Frauengewalt geht, ist klar: dafür zu sorgen, dass (männliche) Täter nicht länger "dämonisiert" werden. Das scheint ja auch zu klappen; immerhin lässt der Titel des gesamten taz-Dossiers zum diesjährigen internationalen Frauentag darauf schließen: "Böse Mädchen - Arme Jungs: Manchmal sind die Männer Opfer." Doch mit diesem Opferdasein könnte bald Schluss sein, wenn nur noch mehr Journalistinnen den Mut aufbringen, Männer wie Germünden so einfühlsam zu befragen, wie Heide Oestreich in der taz das tut.

So ist es nur konsequent, dass die Kabarettistin Lisa Politt auf der Hamburger Kundgebung zum 8. März ebenfalls mit Nachdruck auf dieses Problem hinwies. "Ja, es stimmt", rief sie, offenbar grimmig entschlossen, diesem grundlegenden feministischen Tabu die Stirn zu bieten, "es gibt Frauen, die ihre Männer schlagen." Unwilliges Geraune auf dem Platz. Hunderte ewig Gestriger runzelten hörbar die Stirn, skeptisch in Bezug auf das Satzende. "Fest steht", fährt Politt fort, "es sind immer noch zu wenige."

Stefanie Graefe

# 24. Leben nach dem Sozialforum. Welt Sozial Forum 2003: zuviel Bürokratie - zuwenig Demokratie

*Welt Sozialforum 2003: zuviel Bürokratie - zuwenig Demokratie*

Autor: Andrej Grubacic · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:35

Das Wort Forum hat im wesentlichen drei Bedeutungen. Forum bezeichnet zum einen: Ort, wo man sich trifft, an dem Diskussionen stattfinden. Gemäß der zweiten Bedeutung ist Forum gleich Markt. Zum Dritten ist mit Forum eine gewählte, zentrale Körperschaft, deren Entscheidungen bindend sind, gemeint. Das dritte Welt Sozialforum (WSF) in Porto Alegre 2003 war alles andere als ein offener Diskussionsort, eher noch ein Markt - und die Gefahr ist groß, dass es sich in eine Körperschaft gewählter RepräsentantInnen verwandelt, nur mit dem Unterschied, dass diese nicht gewählt sind.

In Bezug auf die sogenannte Antiglobalisierungs-Bewegung lassen sich - meiner Meinung nach - zwei parallele Prozesse feststellen. Den einen Prozess will ich hier als "neuen Radikalismus" charakterisieren. Dieser nahm seinen Anfang mit dem Aufstand der ZapatistInnen und durch ihn entstand das Peoples Global Action-Netzwerk (PGA). Der zweite Prozess - ich nenne ihn den "traditionalistischen" -, entstand unabhängig vom anderen und erfuhr durch Schaffung des WSF und der Regionalforen einen Schub.

Der "neue Radikalismus" ist gekennzeichnet durch den Versuch, sich von den Praktiken der Altlinken zu lösen. Man verlässt das Terrain konventioneller Politik und entwickelt stattdessen einen eigenen Politikraum - "Politik von unten". Präfigurative Politik (eine Form der Organisierung, in der sich ganz bewusst die Welt widerspiegelt, die man sich zu schaffen wünscht) zählt ebenso dazu wie direkte Aktion, sozialer Ungehorsam, Antikapitalismus sowie Antidirigismus. Im Block der TraditionalistInnen hingegen sammeln sich die liberal-reformistischen Kräfte, die RepräsentantInnen der NGOs sowie Mitglieder altlinker, antikapitalistischer Parteien. Auch wenn an der Rhetorik etwas gefeilt wurde (siehe die berühmte Rede von der "Zivilgesellschaft"), die Praxis ist doch dieselbe geblieben: Man will den Kapitalismus reformieren und ihm ein humanes Antlitz verleihen, man betreibt Lobbyarbeit über und mittels politischer Parteien und versucht, neue Parteimitglieder zu rekrutieren. Ziel ist der Kampf für eine neue Revolution, die diesmal aber keine "verratene" sein soll. Das Paradigma der TraditionalistInnen impliziert Loyalität gegenüber der traditionellen Praxis des politischen Aktionismus. Der "neue Radikalismus" hingegen versucht ganz gezielt, mit diesen alten Paradigmen zu brechen. Was die TraditionalistInnen jedoch begriffen haben: Die neue Bewegung birgt neue Elemente. Dass sie das begriffen haben, beweist allein schon ihre Idee, sich in Foren zu organisieren (Foren sind eine neue Organisationsform; die Organisierung hingegen verläuft weiter auf die altbewährte Art), und das beweist auch das Bemühen politischer Parteien, sich in Netzwerke zu verwandeln - vergleichbar dem Attac-Netzwerk.

Die Unterschiedlichkeit zwischen "neuem Radikalismus" und TraditionalistInnen muss kein Handicap darstellen. Sie kann im Gegenteil sehr nützlich sein für die Bewegung. Auf diese Weise zieht die Bewegung Energie aus ganz unterschiedlichen Quellen. Und wir können von den ReformistInnen lernen. Problematisch wird es allerdings, wenn "Globalisiert den Widerstand" zu "Monopolisiert den Widerstand" umfunktioniert wird, wenn das Gleichgewicht zwischen den beiden geistigen Ausrichtungen gestört ist und der Spielraum für Dialog zu eng wird. Das vergangene WSF war massiver Beweis für ein derartiges Ungleichgewicht, ebenso das Europäische Sozialforum (ESF) in Florenz. Eine Bürokratisierung der Bewegung respektive die Etablierung einer Forums-Bürokratie treten zunehmend zu Tage. Zudem besteht die Gefahr, dass eine "Globalisierung von unten" in eine "Globalisierung von der Mitte aus" mündet. Immer deutlicher tritt das Phänomen der "NGO-isierung der Bewegung" zu Tage, in Verbindung mit einer BINGO-Politik (Big International Non Governmental Organisations). Aber wollen wir tatsächlich eine Bewegung, auf der es zugeht wie auf einer Cocktail-Party in der Lounge des Plaza-Hotels von Porto Alegre? Wollen wir eine Bewegung von BürokratInnen mittleren Alters mit Palästinensertüchern um den Hals, bewaffnet mit ihren Reminiszenzen von '68 (oder 1917)? Wollen wir Sozialforen, die von unsichtbarer Hand organisiert werden? Ich stimme nicht mit Naomi Klein überein, wenn sie sagt, das Weltsozialforum sei gehijacked worden - es hat uns ja noch nie "gehört". Vielleicht hat doch so etwas wie Hijacking stattgefunden, allerdings in anderem Sinne: Nicht das Forum wurde gehijacked, vielmehr ist der antiautoritäre Geist, der es inspiriert hat, abhanden gekommen.

NGOisierung der Bewegung

Wie sollten wir uns als "neue Radikale" strategisch gegenüber dem WSF und den regionalen Sozialforen verhalten? Eine Antwort darauf bietet der Dialog zwischen Lindon Ferer und Michael Albert (siehe die Website von PGA zum WSF). Beide Autoren bewegen sich gedanklich innerhalb des Schemas: "Tritt aus oder kontaminiere" (so lautet übrigens auch die Überschrift eines exzellenten Artikels von L. Ferer). Beide Autoren haben sich - trotz eines gewissen vorsichtigen Pessimismus - für die "Kontaminierung" entschieden. Nach Ende von WSF 3 ist es meiner Meinung nach an der Zeit, dieses strategische Dilemma - "Verlassen oder kontaminieren" - aufzulösen und zwar in einer andern, einer zweiten Möglichkeit: "Verlassen oder partizipieren".

Die Zeit ist reif, um über alternative Formen der strategischen Kommunikation mit diesem ganzen Forums-Prozess nachzudenken. Ich denke da an HUB in Florenz oder an die Projekte Intergalactica und Life after Capitalism (LAC) aus Porto Alegre. HUB und Intergalactica sind deshalb interessant, weil es um Modelle des selbstorganisierten Raums geht. Es sind Laboratorien zum Thema sozialer Ungehorsam, hier werden Experimente im Geiste völliger Gleichberechtigung (Horizontalität) durchgeführt, indem mit der klassischen Konferenz-Form politischer Debatten gebrochen wird. Was an dem HUB auf dem ESF in Florenz allerdings zu bemängeln ist, dass es zu wenig Organisation gab. Außerdem wurden Theorie und visionäres Denken vernachlässigt. Unser neuer radikaler Aktivismus soll nicht in einer globalen Dauerparty münden. Das Projekt LAC war als Forum innerhalb des WSF angekündigt. Schwerpunkt von LAC war es, Visionen in Bezug auf verschiedene Aspekte des täglichen Lebens zu entwickeln. Auf dem Programm dieser Veranstaltung stand zudem die extrem erfolgreiche Peoples Global Action Conference. Was man LAC vorwerfen kann, ist die klassische Diskussionsform. Unser neuer radikaler Aktivismus sollte jedoch nicht zu einer globalen Dauerkonferenz verkommen.

WSF: Kein Platz für Experimente?

Diese Experimente mit all ihren Erfolgen und Unzulänglichkeiten hätten ein breiteres Publikum verdient. Stattdessen wurden sie auf dem WSF marginalisiert: LAC beispielsweise wurde in einen Vorort-Country-Club abgeschoben und Intergalactica fand in einem Zelt statt, das selbst Karl Mays Winnetou nicht gefunden hätte. Ich bin nicht der Meinung, dahinter stecke organisierte politische Intention. Vielmehr glaube ich an bürokratische Kurzsichtigkeit - die gleiche bürokratische Gleichgültigkeit von Seiten der Forums-Organisation, die es ablehnt, uns gebührend ernst zu nehmen. Sollten wir daraus etwa Konsequenzen ziehen und das WSF aufgeben? Sollten wir die Losung ausgeben: Verlasst die Foren? Nein, noch nicht. Die Idee der Foren ist prinzipiell gut - vorausgesetzt, es besteht die Chance, die Foren anders zu organisieren. "Damit die antikapitalistische Bewegung tatsächlich eine Veränderung bewirken kann, muss sie zuvor zu einem konfrontativen Ansatz gegenüber der liberalen Demokratie finden. Dies könnte geschehen in Form von Sozialforen, die auf lokaler Ebene überall in Europa gegründet werden und die direkte Beziehungen zu lokal kämpfenden Gemeinschaften aufbauen. Diese lokalen Foren, eingebunden in eine föderale Struktur - wobei die Autonomie auf lokaler Ebene respektiert bleibt -, könnten etwas entstehen lassen, das die weltzerstörerischen, autoritär-unterdrückerischen Regierungsstrukturen, die derzeit noch unseren Planeten kontrollieren, zunächst unterminiert und später überflüssig macht" (L. Ferer).

Derzeit durchdringt ein Mangel an Demokratie und Transparenz (auch so ein Lieblingsbegriff der TheoretikerInnen der Zivilgesellschaft) das WSF. So können selbst die Mitglieder des sogenannten International Council (IC) kaum beantworten, wer eigentlich das Forum wirklich organisiert? Nimmt man sich die Liste sämtlicher Organisationen vor, die beim IC mitmischen, so verliert man sich rasch in einem Irrgarten aus anonymen NGOs. Das IC selbst, so vermute ich, ist nur so eine Art Ehrenvorstand, der Entscheidungen nachträglich absegnet. Getroffen werden die Entscheidungen irgendwo zwischen Paris und Sao Paolo und zwar durch das OC (Organisationskomitee). Aber wer oder was ist das OC? Keine Ahnung. Wahrscheinlich haben es dieselben Leute geschaffen, die auch das Secretary for Call of the Social Movements (eine geradezu Orwell'sche Einrichtung) ins Leben gerufen haben.

Dasselbe gilt auch für das ESF. Ich selbst war Augenzeuge eines Vorbereitungstreffens des ESF - auf dem die bürokratische Altlinke (die ja reichlich Erfahrung mit dieser Art des politischen Kampfs hat) die (vielen) Graswurzel-Initiativen mühelos hinausbürsteten. Auf diese Weise entsteht ein seltsames Paradox: Ausgerechnet die, die am meisten zum Erfolg der Bewegung beigesteuert haben, bleiben in den "Institutionen"

der Bewegung, also in den Foren, unterrepräsentiert. Genau aus diesem Grund müssen wir die Formel "Verlassen oder kontaminieren" durch die Formel "Partizipieren oder verlassen" ersetzen. Solange wir abgeschoben werden auf die Nebenschauplätze des Forums, sind wir dazu verurteilt, marginalisiert zu bleiben und unsere Energie zu verschwenden. Wir sollten vielmehr in Dialog treten mit anderen PartizipantInnen der Bewegung. Um die Bewegung für uns zurückzuerobern, müssen wir lernen, uns selbst zu organisieren. Sagen wir doch einfach: "Ein anderes Forum ist möglich". Wir müssen unser eigenes Netzwerk aufbauen: Nicht umsonst heißt es P e o p l e s Global Action. Die neue Sichtweise beinhaltet auch ein Überdenken unserer Vision, unserer Strategie, unserer Möglichkeiten. Wieso sollte der "neue Radikalismus" seine Energie an Endlosprojekte verschwenden? Warum nicht stattdessen lieber innerhalb des PeoplesGlobalAction-Netzwerks eine einzigartige, kohärente, antiautoritäre Politik formulieren? Eine Politik, die auf den Prinzipien der Organisierung von unten basiert: offene, transparente Methoden, breite Partizipation, Antiautoritarismus, multi-taktische Ansätze, Innovation, Spontaneität. Abzulegen sind Sektierertum und das "Vergnügen an der Selbstisolierung". Unser antiautoritäres Ziel kann es nicht sein, klein und isoliert vor uns hinzudümpeln. Und unser Ziel ist der Aufbau der Bewegung - nicht "Summit Hopping". Unsere Arbeit vor Ort sollte mit Network-Arbeit vernetzt werden. Das (negative) Gegenteil hiervon wäre, sich in "Netzwerken von Netzwerken" zu verheddern bzw. in "Prozessen von Prozessen" zu verlieren.

Teilhabe vehement einfordern

Aber was tun, wenn die traditionelle Altlinke bzw. die Forums-Bürokratie uns den Dialog verweigert? In dem Fall (falls man uns beim Prozess der Forums-Gestaltung nicht partizipieren lässt) sollten wir als "neue Radikale" das Projekt verlassen und stattdessen unsere eigenen Foren aufbauen. Aber nach wie vor hoffe ich, dass es nicht zum vollständigen Bruch kommt.

Für einen konstruktiven Dialog schlage ich vor: 1) einen offenen Brief an die Organisatoren des WSF und der Regionalforen sowie an das berühmt-berüchtigte Secretariat for Call of the Social Movement zu richten. In diesem Brief sollte der Beginn eines Dialogs sowie das gemeinsame Bemühungen um Demokratisierung des Forum-Prozesses angemahnt werden. 2) auf allen Ebenen der Forums-Organisierung muss eine gleichberechtigte Partizipation stattfinden und dazu sollten sich 3) innerhalb der "Neuen-Radikalen"-Bewegung Arbeitsgruppen bilden, die an der Organisierung des Forums mitpartizipieren, und zwar auf allen Ebenen und gleichberechtigt.

Ich hoffe, ich glaube, dass all diese Anstrengungen von Nutzen sein können - ganz gleich, ob die Foren nun Foren bleiben oder sich tatsächlich zu einer "Internationale" weiterentwickeln. Letzteres kann ich nicht wissen. Aber eines weiß ich genau: Die Foren müssen aufhören, Märkte zu sein.

Andrej Grubacic, Belgrad

Der Autor ist Aktivist in antikapitalistischen Gruppen in Belgrad und Historiker. Er koordiniert www.znet.org/balkanwatch; Der Artikel ist redaktionell bearbeitet und gekürzt worden.

# 25. Denkt negativ! John Holloways Entwurf einer antiautoritären Welteroberung

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:15

John Holloway ist Professor in Puebla, Mexiko. Er ist Marxist und von der zapatistischen Bewegung begeistert. Und er hat ein spannendes neues Buch geschrieben: Ein Buch über Macht, Identitäten, Klassenkampf und Revolution. Ein "Anti-Empire", sehr viel radikaler und beunruhigender als jener postmoderne Bestseller, dafür weniger hip.

Manche Bücher sind sperrig, obwohl sie nicht kompliziert geschrieben sind. John Holloways "Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" ist ein solches Buch: Sprachlich oft orientiert an den zapatistischen Kommuniqués, mit eher bescheidenem Fußnoten- und Anmerkungsapparat, ohne schwierige Fachausdrücke und Fremdwörter. Und trotzdem keine einfache Kost, weil dieses Buch quer liegt zu den meisten linken Gedankenwelten und Theoriegebäuden. Holloway kritisiert den Poststrukturalismus genauso wie den Operaismus, die Kritische Theorie wie den Leninismus, Rosa Luxemburg wie alle Varianten eines "wissenschaftlichen Sozialismus". "Die Welt verändern ..." ist ein verwirrendes Vergnügen, weil die Lektüre ein Einlassen auf ambivalente (Denk-) Prozesse erfordert, weil sie einen Verzicht auf lieb gewonnene und Sicherheit bietende Kategorien und Schubladen verlangt.

Holloways Perspektive ist nicht die einer weiteren Kapitalismusanalyse. Wie der Kapitalismus funktioniert, interessiert ihn nur unter der Fragestellung, wie er zerstört werden kann. "Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" ist eine Theorie des Kampfes. Das ist der Hintergrund für Holloways flammende Kritik an allen linken und marxistischen Ansätzen und Kategorien, die die Analyse zu einer "normalen" Wissenschaft machen. Folgerichtig ist sein Ausgangspunkt ein leidenschaftliches Beharren auf Negativität: "Am Anfang ist der Schrei." Und dieser Schrei ist ein Schrei gegen die herrschenden Verhältnisse.

Am Anfang ist der Schrei

Der programmatische Ausgangspunkt der berühmten 11. Marx'schen Feuerbachthese führt hier unmittelbar zur Kritischen Theorie und der Negativen Dialektik der Kritischen Theorie. Horkheimers Aufsatz über "Kritische und traditionelle Theorie" ist allgegenwärtig. Ein adäquater Begriff der ver-rückten Welt muss den erwähnten Schrei beinhalten. Es muss ein negativer Begriff sein, der die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mit dem distanzierten, "objektiven" Blick der Forscherin in starre Modelle und Definitionen presst, sondern ihre Widersprüchlichkeit und prinzipielle Zerbrechlichkeit beinhaltet. Negatives Denken ist ein Denken in widersprüchlichen Prozessen, nicht in festgefrorenen Fotografien. Folglich sind Begriffe wie Geld, Kapital oder Staat bei Holloway keine wirtschafts- oder sozialwissenschaftliche Größen oder gar Gegenstände. Sie sind soziale Verhältnisse, Machtverhältnisse, Kampfverhältnisse, instabile Verhältnisse.

Negatives Denken ist ein Denken gegen die herrschenden Machtverhältnisse, jedoch nicht im Sinne einer irgendwie gearteten Gegenmacht. Für Holloway sind alle Vorstellungen, Macht-, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse dadurch abzuschaffen, indem man zunächst die Macht erobert, historisch gescheitert. Das theoretische wie praktische Problem besteht in einer Revolution, die Macht auflöst. Wie Foucault betont Holloway den vielfältigen und mikroskopischen Charakter der Macht, die alle gesellschaftlichen Verhältnisse und alle Subjekte durchdringt und von allen täglich reproduziert wird. Doch während jener die Funktionsweisen der Macht beschreibt, zielt Holloway auf ihre Abschaffung. Für ihn lässt die Foucaultsche Machtanalyse allerhöchstens einen Spielraum für Verschiebungen in den Konstellationen von Macht und Widerstand. Eine Überwindung, eine emanzipatorische Perspektive ist jedoch verbaut.

Diese sucht Holloway in der gesellschaftlichen Praxis. Unter Rückgriff auf die Marxschen Frühschriften verortet Holloway die Entstehung und Reproduktion (instrumenteller) Macht in dem Prozess der Entfremdung. Für ihn ist der Kern aller entfremdeter Seinsformen des Menschen die Verwandlung kreativer gesellschaftlicher Tätigkeiten, des "Tuns", in "Arbeit". Dabei ist das "Tun" bei Holloway weder apriori körperliche, noch "produktive" Tätigkeit, und entsprechend ist "Arbeit" auch nicht auf mehrwertproduzierende (Lohn-)Arbeit beschränkt. Die Verwandlung von "Tun" in (entfremdete) "Arbeit" setzt dort ein, wo der gesellschaftliche Charakter des "Tuns" unterbrochen wird, wo Tätigkeiten nur noch als Privatarbeiten erscheinen und wo die

gesellschaftliche Arbeitsteilung nur noch über den Markt vermittelt wird. Die private Aneignung unterbricht das gesellschaftliche "Tun" und führt zu einer Herrschaft des "Getanen" (als Eigentum) über das "Tun"; in Marxschen Begriffen: zur Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit.

Die Herrschaft des "Getanen" ist der Kern jeder Form instrumenteller Macht. Während Foucault die Vielfalt unterschiedlicher Macht-Widerstand-Konstellationen beschreibt (die verschiedenen Sterne aus einer explodierenden Feuerwerksrakete), betont Holloway die Ursache der Macht in der Entfremdung gesellschaftlicher Tätigkeit (Die Flugbahn der Feuerwerksrakete). Er konstruiert also durchaus einen "Hauptwiderspruch". Doch ist es nicht der traditionelle marxistische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sondern einer zwischen kreativem "Tun" und (entfremdeter) "Arbeit". So ist "ArbeiterInnenklasse" bei Holloway keine soziologische Kategorisierung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Da "Arbeit" die entfremdete Form aller gesellschaftlichen Tätigkeiten ist, sind im Prinzip alle "ArbeiterInnen". Holloway wehrt sich ausdrücklich gegen einen Begriff von "Arbeit" und "Klasse", der nur auf die Mehrwertproduktion und die Lohnarbeit fixiert ist.

In kritischer Weiterentwicklung des Operaismus löst Holloway auch den schematischen Antagonismus von Kapital und Arbeit auf: Kapital ist Arbeit, nämlich verdinglichtes, entfremdetes "Tun". Entsprechend sind Kapital und ArbeiterInnenklasse auch nicht "reine" antagonistische Subjekte, und der Klassenkampf ist kein Boxkampf. Er ist Widerstand gegen Entfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung mit dem Ziel, dass die ArbeiterInnenklasse sich als solche abschafft. Klassenkampf bei Holloway ist vor allem anti-identitär und durchdringt die gesamte menschliche Existenz. Klassenkampf findet permanent und in vielfältigen Formen statt, er kennzeichnet das Kapitalverhältnis als soziales Verhältnis. Deswegen muss er aber keineswegs immer "fortschrittlich" sein. Der Schrei der Unterdrückten, um in Holloways Bild zu bleiben, ist oft genug hässlich, bösartig und selbstzerstörerisch.

In den zentralen Kapiteln des Buches analysiert Holloway die Fetisch-Formen, die aus der Trennung von "Tun" und "Getanem" resultieren: Staat, Klasse, Nation, Macht, Geschlecht, Ethnie, Identität etc. In begrifflicher Nähe zum Marxschen Warenfetisch bezieht sich Holloway vor allem auf Georg Lukacs ("Geschichte und Klassenbewußtsein") sowie auf die Kritische Theorie (hier vor allem Adorno). Wie jene betont er den totalen Charakter des Entfremdungszusammenhangs: Es gibt in der verdinglichten Fetisch-Welt kein Außerhalb, aus dem sich irgendein gesellschaftlicher Antagonismus herleiten ließe, weder irgendwelche nicht-kapitalistischen Regionen oder Produktionsweisen, noch irgendein nicht-kapitalistisches, nicht-entfremdetes (Befreiungs-)Subjekt.

Zentralbegriff Fetischisierung

Damit gerät eine auf Emanzipation gerichtet Analyse in ein schwieriges theoretisches Dilemma: Wie kann der Entfremdungszusammenhang durchbrochen werden, wenn er denn so umfassend und total ist? Adorno hat vor diesem Problem kapituliert, indem er Befreiung und Emanzipation zu einem Ding der Unmöglichkeit erklärt hat. Lukacs und Gramsci flüchteten sich in die Partei bzw. den "organischen Intellektuellen", die - auf geheimnisvolle Weise dem Entfremdungszusammenhang entronnen und über den Dingen stehend - die wahren Emanzipationsinteressen des Proletariats kennen und zum Ausdruck bringen. Marcuse und andere suchten die TrägerInnen der Befreiung in Subjekten, die (noch) nicht in das Kapitalverhältnis integriert seien. Auch post-operaistische TheoretikerInnen entkommen diesem Dilemma nicht. Die "Multitude" in Negri und Hardt's "Empire" ist zwar ein Befreiungsssubjekt von innen gegen eine totale Kontrollgesellschaft, doch diese Subjektivität kommt wie ein heiliger Geist über die Menschen bzw. über eine neue Form des altbekannten leninistischen Parteiintellektuellen - den "Militanten" als postmoderner Franz von Assisi.

Holloway löst das Problem, in dem er den Fetischismus als dynamischen und widersprüchlichen Prozess beschreibt, als Fetischisierung. Weder gibt er die Perspektive einer revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf, noch flüchtet er sich in irgendeine Form von Avantgardismus. Statt dessen betont er, dass die Fetisch-Formen permanent und jeden Tag neu produziert werden. Die ursprüngliche Akkumulation, in der der Kapitalismus aus dem Feudalismus hervorgegangen ist, wird gewissermaßen ständig neu vollzogen. Die Produktion entfremdeter menschlicher Daseinsformen ist das Ergebnis einer permanenten gesellschaftlichen Praxis, in die wir alle zwar unauflöslich verstrickt sind, die wir aber letztlich in der Hand haben.

Es rettet uns kein höh'res Wesen

Holloway vergleicht unsere Lage mit der einer Fliege in einem Spinnennetz, allerdings mit der wichtigen Modifizierung, dass es die Fliege selbst ist, die das Netz ständig neu webt. Doch parallel zur Reproduktion des Netzes gibt es den bewussten wie unbewussten Versuch, das Netz zu zerreißen. Reproduktion von Herrschaft und Widerstand existieren nebeneinander, ziehen sich durch die Subjekte hindurch, sind ineinander verschränkt. In Anlehnung an Ernst Bloch schließt der Fetischismus bei Holloway sein Gegenteil mit ein: als permanenten Kampf und Widerstand gegen den fetischisierten Identitäten, Kategorien, Definitionen und Hierarchien, die den Menschen ständig neu aufgezwungen werden.

Für Holloway ist der Ausgang dieses Kampfes ungewiss. Nur die Fliege selbst ist in der Lage, das Netz zu zerreißen, das sie ständig neu spinnt. Und es gibt keinerlei Gewähr dafür, dass ihr das jemals gelingen wird. Befreiung und Emanzipation sind bei Holloway reale Möglichkeiten, aber alles andere als Gewissheiten. Noch sehr viel beunruhigender ist der Umstand, dass der Kampf bei Holloway seiner Natur nach immer negativ bestimmt ist, als Kampf gegen etwas. Es gibt keinen kommunistischen, herrschaftsfreien Endzustand, sondern nur ein immer währendes Anrennen gegen Erstarrungen, Identitäten und neue instrumentelle Machtstrukturen. Diese Vorstellung einer "permanenten Revolution" ist somit nicht nur voller Ungewissheiten sondern auch voller Anstrengungen.

Wie jedes gute Buch macht "Die Welt verändern ..." Lust auf Debatte und (kritische) Fragen, etwa nach dem Sinn eines so breiten und daher auf gewisse Weise unspezifischen Klassenbegriffs. Oder die nach dem Verhältnis dieses Klassenverständnisses zur Wert- und Mehrwertproduktion und der (doppelt) freien Lohnarbeit, auf die sich Holloway in der Diskussion des Krisenbegriffs dann doch wieder zentral bezieht. Das Buch ist ein ambitionierter Versuch, dialektisches Denken als revolutionäre Praxis zu verteidigen und neu zu begründen. Es ist die Begründung einer Hoffnung auf eine Revolution, die entweder von den real existierenden, widersprüchlichen und vielfältig gebrochenen Menschen gemacht wird oder gar nicht.

Schade, dass der Verlag bei dieses Buch offensichtlich nicht lektoriert hat. Irgendwann beeinträchtigt der Verzicht auf Kommata doch das Lesen und wird zum Ärgernis, genauso wie die zweimalige Verwendung ein und derselben Kapitelüberschrift. "Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" hätte mehr verlegerische Sorgfalt auch in diesen kleinen Dingen verdient.

Dirk Hauer

John Holloway: "Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen",

Münster 2002 (Westfälisches Dampfboot), Übersetzung durch Lars Stubbe, 255 Seiten, 24,80 EUR

# 26. Antirassismus neu buchstabiert. "kein mensch ist illegal" lädt ein zur Diskussion

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:10

Die fetten Jahre sind vorbei. Das 1997 gegründete antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal hat viel seiner anfänglichen Dynamik eingebüßt. Ein öffentliches, von kein mensch ist illegal veranstaltetes forum antirassistischer initiativen vom 9.-11. Mai in Hannover soll für frischen Wind sorgen.

Vorausgegangen war ein Debatte darüber, ob und wie es mit kein mensch ist illegal überhaupt weitergehen sollte. Anfänglich war kein mensch ist illegal ein vielerorts verankertes Netzwerk überwiegend lokal arbeitender Gruppen, einschließlich bundesweiter, stets großer Treffen, aus denen immer wieder neue Projekte und Kampagnen hervorgegangen sind - erwähnt seien nur die Grenzcamps, die deportation.class-Kampagne und nicht wenige der Medizinischen Flüchtlingshilfen. Heute ist hingegen vieles kleiner und beschaulicher geworden. Insbesondere die bundesweiten Treffen seien, so einige der internen KritikerInnen auf einem Treffen Mitte Oktober in Hamburg, zu harmlosen Klassentreffen mutiert.

Kontrovers diskutiert würde nur noch selten; auch Impulse würden nach außen kaum noch gesetzt, und das nicht zuletzt mangels klarer und gemeinsamer Positionen. Diese Kritik wurde mehrheitlich geteilt, einzig, sie erfordere es nicht - wie auf dem Hamburger Treffen verschiedentlich nahe gelegt, kein mensch ist illegal aufzulösen und sodann unter neuem Namen sowie programmatisch-personell neu ausgerichtet wiederzugründen. Das nämlich käme einer unnötigen Selbstschwächung gleich, immerhin seien die bundesweiten Treffen regelmäßig von 30-50 AktivistInnen besucht, und auch sei kein mensch ist illegal für viele Gruppen - selbst solche, die nicht auf bundesweiten Treffen auftauchten - wichtiger Bezugspunkt, ob als Logo, d.h. gemeinsame Klammer in antirassistischen Auseinandersetzungen, oder aber als politisch-programmatische Plattform.

Differenzen hin oder her, die in Hamburg Versammelten verständigten sich schließlich darauf, mit einem forum antirassistischer initiativen die Offensive zu suchen, d.h. die (Wieder-)Erlangung politischer Interventionsfähigkeit voranzutreiben. Denn so sehr kein mensch ist illegal "die richtige Parole war und ist", wie es in der Einladung zum forum heißt, habe es das Netzwerk kein mensch ist illegal in den vergangenen Jahren nicht vermocht (im Unterschied zur antirassistischen Linken in anderen europäischen Ländern und den USA), "eine soziale und politische Praxis zu begründen, die den gegenwärtigen Zustand wirklich angreift und seine Aufhebung verlangt".

Re-Ökonomisierung des Antirassismus

Konkret verfolgt das forum zwei Zielsetzungen: Erstens soll kein mensch ist illegal für neue BündnispartnerInnen geöffnet werden: Die Rede ist von (Anti-) GlobalisierungsaktivistInnen und linken GewerkschafterInnen, sowie von selbstorganisierten Flüchtlingen und migrantischen Netzwerken - z.B. The Voice, kanak attak, die Interessenvertretung migrantischer Hausarbeiterinnen respect oder der Polnische Sozialrat. Zweitens sollen die diversen, innerhalb und außerhalb von kein mensch ist illegal immer wieder unternommenen Anstrengungen stärker zur Geltung gebracht werden, den Gesamtkomplex Migration und das damit verknüpfte Ziel einer Re-Ökonomisierung von Antirassismus zu thematisieren. Das Schlagwort der Re-Ökonomisierung zielt ab auf dreierlei:

a) Die komplexen Peripherie-Zentrums-Beziehungen: Sie geben die sowohl sozio-ökonomischen als auch sozialen Rahmenbedingungen ab, innerhalb derer internationale Migration erfolgt. Der Begriff der Autonomie der Migration ist in diesem Zusammenhang zentral: Er besagt, dass zwar die meisten MigrantInnen vergleichsweise prekäre Existenzbedingungen hinter sich lassen, dass die Migrationsentscheidung selbst jedoch eine relativ selbstbestimmte ist, in ihr spiegeln sich unterschiedlichste Interessenlagen wieder, nicht zuletzt das Interesse, am globalen, allerdings ungleich verteilten Reichtum zu partizipieren.

b) Die Techniken des globalen Migrationsregimes: Sie sind die Antwort auf die zumeist autonom erfolgende Migration, mittels ihrer versuchen die reichen Industrieländer die globalen Flucht- und Migrationsbewegungen

unter Kontrolle zu bringen, diese also - je nach (ökonomischem) Interesse - zu verhindern bzw. rückgängig zu machen oder jedoch nutzbringend zu kanalisieren.

c) Die soziale Situation in den Zielländern: Ob MigrantInnen oder Flüchtlinge, sie alle sind darauf angewiesen, selber für ihre materielle Reproduktion aufzukommen - ganz oder teilweise. Auf den rassistisch strukturierten Arbeitsmärkten landen sie zumeist im so genannten informellen Sektor, sind also mit ausgesprochen miesen Einkommens-, Versicherungs- und Arbeitsbedingungen konfrontiert.

Kurzum: Die ursprünglich - etwa Anfang der 90er Jahre - aus der Defensive geborene Konzentration von (linkem) Antirassismus auf Antiabschiebekämpfe und so genannte Flüchtlingsunterstützungsarbeit ist zwar historisch notwendig gewesen, und auch besteht nicht der geringste Anlass, dieses Standbein aufzugeben; einzig, es darf nicht auf Kosten des Gesamtkomplexes Migration gehen. Denn Flucht und Migration sind alles andere als trennscharf. Das gilt für die unterschiedlichen Flucht- und Migrationsmotive (einschließlich globaler Rahmenbedingungen) genauso wie für die zahlreichen Techniken des aktuell herrschenden Migrationsregimes.

Auf dem Forum soll all dies zweigleisig umgesetzt werden: Zum einen wird es drei thematische Arbeitsgruppen geben, die sowohl das programmatische Selbstverständnis als auch die derzeitige Praxis der rund um kein mensch ist illegal vernetzten Gruppen bzw. AktivistInnen widerspiegeln sollen. Zum anderen ist geplant, die verschiedenen Thematiken immer wieder zusammenzuführen, so auch beim Auftakt Freitag Abend. Konkreteres steht diesbezüglich noch nicht fest, allerdings für die drei Arbeitsgruppen.

1. "Internationalismus, Migrationsregime und Combat IOM-Campaign": Aufhänger dieser Arbeitsgruppe ist die gegen die International Organisation of Migration (IOM) gerichtete Anti-IOM-Kampagne des internationalen noborder-netzwerkes. Die 1951 gegründete IOM hat 91 Mitgliedsstaaten, Hauptsitz ist Genf. Als eine Art inter-gouvermentale Organisation ist sie ausschließlich ihren Mitgliedern rechenschaftspflichtig, insbesondere den reichen Industrieländern, welche durch freiwillige Zuwendungen und Patenschaften die Arbeit der IOM finanzieren. Zentraler Auftrag ist - Stichwort Autonomie der Migration - die Kontrolle globaler Flucht- und Migrationsbewegungen, darin ist sie Institutionen wie der (v.a. warenbezogenen) WTO vergleichbar.

Abschiebeknast und Lohnbetrug

Die IOM unterhält einerseits weltweit Büros zur Ausspähung von Migrationsbewegungen, betreibt gefängnisartige Flüchtlings(abfang)lager, unterstützt Regierungen bei der Aufrüstung ihrer Grenzregime, und ist auch an der sog. freiwilligen Rückführung von MigrantInnen und Flüchtlingen beteiligt - allein im Jahr 2000 76.000 IOM-vermittelte Rückführungen aus der BRD. Andererseits ist die IOM in die Rekrutierung von Arbeitskräften involviert, z.B. aus asiatischen Ländern für den finnländischen Arbeitsmarkt.

Dies zeigt, die IOM verkörpert (als einer von vielen Akteuren) die Janusgesichtigkeit des globalen Migrationsregimes perfekt: Auseinanderdividierung der MigrantInnen - gemäß (ökonomischer) Nützlichkeitskalküle - in erwünschte wie unerwünschte. In der Arbeitsgruppe soll das und anderes zur Sprache kommen, es sollen aber auch die nächsten Kampagnenschritte geplant und diskutiert werden, u.a. die Frage, ob und wie die zum Teil auf Missverständnissen und Desinformation basierende Kooperationsbereitschaft vieler NGO mit der IOM politisch aufgeknackt werden kann. Besonderes Gewicht wird insgesamt auf internationaler Vernetzung liegen - nebst Brückenschlägen zur sog. Anti-Globalisierungsbewegung.

2. "Politische Ökonomisierung des Antirassismus": Lohnbetrug und die Frage, wie dagegen politisch und juristisch angegangen werden kann, ist praktischer Aufhänger dieser Arbeitsgruppe. Hintergrund ist, dass (irregulär beschäftigte) MigrantInnen und Flüchtlinge, vor allem solche ohne Arbeits- und/oder Aufenthaltserlaubnis, immer wieder mit Lohnbetrug konfrontiert sind. Das geht so weit, dass Arbeitgeber kurz vor Lohnauszahlung Razzien durch anonyme Selbstanzeige provozieren, um auf diese Weise satte Extraprofite zu erzielen, denn die Summe der so eingehaltenen Löhne, die Angestellten werden gemeinhin direkt in Abschiebehaft genommen, übersteigt die anschließende Geldbuße für irreguläre Beschäftigung bei weitem.

Facetten eines globalen Migrationsregime

Solchen und anderen, soziale (Mindest-) Standards unterhöhlenden Räubereien ist nur schwer beizukommen, sei es, weil die Betroffenen bereits abgeschoben sind oder aber Angst haben, dass sie bei einer von ihnen

selbst angestrengten Lohnklage Gefahr laufen (im Zuge von Statusfeststellung) Abschiebung oder andere Repressalien zu erfahren. Und doch: In den letzten Jahren konnten zahlreiche, z.T. vielversprechende Erfolge auf diesem Feld errungen werden. Ein Erfahrungsaustausch soll erste Klarheit schaffen, ein Blick u.a. zu den immer wieder erfolgreichen Streiks migrantischer PutzarbeiterInnen in den USA für weitere Inspiration sorgen. In der Arbeitsgruppe soll's aber auch um anderes gehen, neben Theoretischem zur Entwicklung des informellen Sektors im Kontext postfordistischer Umstrukturierungsprozesse insbesondere um die Frage, was mensch sich von Anti-Lohnbetrugs- und verwandten Projekten überhaupt erhofft: Geht's um praktische Solidarität oder mehr? Ist massenhafte Migration "lediglich" individuelle Überlebensstrategie oder handelt es sich, wie es die (post-)operaistisch motivierte Lesart des Autonomie der Migration-Konzeptes will, um eine soziale Bewegung mit politischem Widerstandspotenzial?

3. "Abschiebelager, Abschiebeknäste, Abschiebung (3-A-Kampagne)": Der Titel sagt es bereits, diese Arbeitsgruppe nimmt ihren Ausgang von dem, was herkömmlicher Weise zum Kerngeschäft von Antirassismus zählt. Allein, es existieren zahlreiche Überschneidungen zu Thematiken der anderen Arbeitsgruppen, schließlich ist auch das Lagersystem eine Facette innerhalb des zunehmend globalisierten Migrationsregimes, gerichtet insbesondere gegen Unerwünschte (Stichwort: Segregation). Herrschaftsintensivierende Innovationsbestrebungen sind im Lagersystem auf allen Ebenen beobachtbar: So hat Australien begonnen, abgefangene Boat People unter geradezu unglaublichen Bedingungen auf der Pazifikinsel Nauru zu internieren, in zwei von der IOM (sic) betriebenen Lagern. Und auch Großbritannien hat jüngst vorgeschlagen, Flüchtlinge rund um den Globus in EU-finanzierten und von der UN verwalteten Lagern unterzubringen, etwaige Asylanträge müssten sodann - nach einer Sperrfrist von sechs Monaten - in diesen, nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregionen errichteten Lagern gestellt werden. In der BRD lassen sich solcherart Tendenzen u.a. an dem Bestreben festmachen, Flüchtlinge während des gesamten Asylverfahrens in Lagern unterzubringen, um so die schlussendliche Abschiebung zu erleichtern. Hamburg schlägt gar eine Art Kombilösung aus Ein- und Ausreisezentrum vor.

Autonomie der Migration

Eine andere Ebene ist der Widerstand: Ob durch Flucht in die Illegalität, Revolten oder Hungerstreiks, ob durch Selbstverletzungen oder Suizid(-versuche), überall auf der Welt wehren sich Flüchtlinge gegen die demütigenden und mitunter nicht aushaltbaren Lagerbedingungen. Über das und anderes - sowie darüber, wie es mit weiterem zusammenhängt, u.a. den zahlreichen Bleiberechtskämpfen außerhalb der Lager, soll in dieser Arbeitsgruppe diskutiert werden.

Gregor Samsa

Für das forum antirassistischer initiativen sind Anmeldungen erwünscht. Kontakt: Kooperative Flüchtlingssolidarität, Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover, E-Mail: kfshannover@gmx.de

# 27. Spanischer Krieg und KPD-Opposition

Autor: Manfred Behrend · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Spanien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:09

Die Niederlage der Spanischen Republik 1939 im Kampf gegen in- und ausländischen Faschismus war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher. Oftmals wurden jedoch dabei jene antifaschistischen KämpferInnen ausgegrenzt, die sich zugleich einer Ausdehnung der Stalin-Diktatur auf Spanien widersetzt hatten. Hierzu zählten die KPDO und die Internationale Vereinigte Kommunistische Opposition (IVKO), auf die das vorliegende Buch zurückgeht.

Der Band ist Neuauflage einer lange vergriffenen Broschüre von 1987. Wie diese enthält er Artikel aus der Nürnberger Arbeiterstimme, die Spaniens Entwicklung in der Zeit vor dem Bürgerkrieg bis zu dessen bitterem Ende nachzeichnen, den IVKO-Rundbrief vom 26. August 1936, Thalheimers Rapport über seinen Katalonien-Besuch im Spätherbst selben Jahres und Berichte Bolzes (gleichfalls KPDO) über die Huesca-Front und Einkerkerung ausländischer MitarbeiterInnen einer Flugzeugfabrik im März 1937, durch die ein Prozess nach Moskauer Muster mit vorbereitet werden sollte. Der Zweitauflage wurden u.a. Artikel zur bis heute fortdauernden Auseinandersetzung über den Bürgerkrieg hinzugefügt.

In nazistischen wie stalinistischen Veröffentlichungen wird das damalige Geschehen verfälscht. In Erstgenannten fungieren "Rotspanier" und die, die sie unterstützten, als das Böse. In Letztgenannten sind es neben den FaschistInnen Trotzki, KPDO-nahe KommunistInnen und linke AnarchistInnen, besonders unter Hinweis auf den angeblich von ihnen inszenierten "Hinterlandputsch" Mai 1937 in Barcelona. Das zu beurteilende Buch enthält keine derartige Fälschung. Zudem würdigt es die Ansätze zur sozialen Revolution, wozu die Enteignung von Großgrundbesitz und dessen häufig kollektive Bewirtschaftung durch vormals Landlose und -arme, Arbeiterkontrolle über Industriebetriebe und die Übernahme vieler Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung, ein progressives Bildungs-, Gesundheits- und Rechtswesen zählten. Linke verschiedener Richtungen unterstützten diese Entwicklung, vor allem die der KPDO und IVKO nahe stehende Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (POUM), die 1935 durch Fusion aus der KP verstoßener Gruppen um Andreu Nin bzw. Joaquin Maurín gegründet worden war. Die POUM propagierte eine von SoldatInnen mitbestimmte Armee und die Entkolonialisierung Spanisch-Marokkos, die Franco viele seiner maurischen Söldner gekostet hätte.

Den RevolutionärInnen standen bürgerliche RepublikanerInnen, die KP und ihr katalanisches Pendant PSUC, rechte SozialistInnen und AnarchistInnen gegenüber. Sie wurden von der Sowjetunion gefördert, seit diese ab Oktober 1936 - nach monatelanger Mitwirkung an der westlichen so genannten Nichteinmischungspolitik - Waffen, Militärexperten und NKWD-Agenten nach Spanien schickte. Beim Unterdrücken revolutionärer Kräfte leisteten Letztgenannte zusammen mit von ihnen und KP-AmtsträgerInnen beaufsichtigten spanischen PolizistInnen die Schmutzarbeit, so in den Spezialgefängnissen, durch den Mord an Nin und anderen GenossInnen. Bis heute hält sich in linken Kreisen die Legende, der Verzicht auf revolutionäre Schritte und Konzentration allein auf den Krieg wären nötig gewesen, um diesen zu gewinnen. Indes ging bekanntlich der Krieg verloren, wozu stalinistischer Terror innerhalb der Republik beitrug, der den Massen Mut und Elan nahm. Statt, wie Stalin bei "Wohlverhalten" seinerseits annahm, Hitler und Mussolini einzudämmen, gaben England und Frankreich Spanien und die Tschechoslowakei gleichermaßen preis.

Gründe für Moskau, revolutionäre Entwicklungen andernorts selbst um den Preis eigener außenpolitischer Misserfolge zu stoppen, gehen aus der Äußerung Nins gegenüber Thalheimer hervor, "dass der Sieg in Spanien, auch über eine Auswirkung auf Frankreich und andere Länder, das innere Regime in der SU ändern könne" oder, wie es in dem Rundbrief der IVKO hieß: "Wächst der Bürgerkrieg in Spanien hinüber zur proletarischen sozialistischen Revolution, so würde das ... die tatsächliche Aufhebung der Voraussetzungen für das Monopol der KPdSU in der Führung der Kommunistischen Internationale" bedeuten. (S. 99 bzw. 60) Eben das erklärt die Brutalität Stalinschen Eingreifens und den Versuch, beim Prozess gegen die POUM-Exekutive 1938 in Barcelona Methoden der sowjetischen Terrorjustiz durchzusetzen, was zum Glück nur ansatzweise gelang.

In der Neuauflage enthaltene Artikel über Streitigkeiten der 90er-Jahre, so mit Kurt Hager über die von Revolutionsgegnern provozierten Barrikadenkämpfe 1937, mit dem einstigen Offizier der spanischen

Volksarmee, Fritz Teppich, über den Film "Land and Freedom" von Ken Loach und über den in Francos Hände gefallenen POUM-Führer Maurín tragen zum Verständnis dafür bei, warum der Realsozialismus so, wie er war, zu Grunde gehen musste. Mauríns mit abgedruckte Darstellung des spanischen Anarcho-Syndikalismus belegt wichtige Ursachen für die Degeneration dieser linken Strömung. Hinzu kamen die Loslösung ihrer Führer von den AnhängerInnen, Hierarchisierung und Bürokratisierung. Abschließend stellt sich die Gruppe Arbeiterstimme den LeserInnen vor. Das ist wichtig für alle, die KommunistInnen in der Tradition Brandlers und Thalheimers bisher ungenügend kennen.

Manfred Behrend

Der spanische Bürgerkrieg. Mit Aufsätzen von August Thalheimer, Waldemar Bolze u.a. Hrsg. von der Gruppe Arbeiterstimme. Gegen den Strom, München 2002, 236 Seiten, 12 Euro

# 28. Zeugen aus der Todeszone. Berichte von Häftlingen des Sonderkommandos in Auschwitz

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:06

Zwischen Herbst 1943 und Sommer 1944 erstellte Salmen Gradowski, Häftling im jüdischen Sonderkommando Auschwitz-Birkenau, eine Chronik des Geschehens in den Krematorien. Als direkter Zeuge des Völkermordes fühlte er sich - wie die anderen Chronisten des Sonderkommandos, Lejb Langfuß und Salmen Lewenthal - verpflichtet, der Nachwelt zu berichten. Sie und die wenigen Überlebenden verhinderten, dass die Spuren der Vernichtung, wie von den Nationalsozialisten beabsichtigt, vollständig ausgelöscht werden konnten.

Als Salmen Gradowski seine Chronik im September 1944 abschloss und vergrub, fügte er seinem Bericht folgendes hinzu: "Ich möchte die sowie auch zahlreiche andere Notizen, als Andenken für die zukünftige Welt des Friedens hinterlassen, damit sie erfährt, was hier geschehen ist. Ich habe es unter der Asche vergraben, dies für den sichersten Ort haltend, wo man graben wird, um die Spuren von Millionen umgebrachter Menschen zu finden. (...) Teurer Finder, suche überall, auf jedem Zollbreit Erde. Unter ihr sind zehnerlei Dokumente eingegraben, von mir und von anderen, die ein Licht auf alles werfen, was hier geschehen ist. Auch eine Menge Zähne sind hier vergraben. Die haben wir, die Arbeiter des Kommandos, speziell auf dem Terrain verstreut, so viel man nur konnte, damit die Welt sachliche Beweisstücke von Millionen Menschen finden kann. Wir selbst haben schon die Hoffnung aufgegeben, dass wir den Augenblick der Befreiung erleben. (...) Möge die Zukunft über uns anhand meiner Notizen ihr Urteil abgeben, und möge die Welt wenigstens einen Tropfen, ein Minimum dieser tragischen Welt, in der wir lebten, erblicken."

Mehr als historische Dokumente

Die Aussagen der Häftlinge seien "mehr als historische Dokumente", schreiben die AutorInnen des Buches "Zeugen aus der Todeszone" über das jüdische Sonderkommando in Auschwitz: "Hinter den Fakten, die die Zeugen aus der Todeszone der Nachwelt überliefern, sind immer auch die Stimmen der Männer, Frauen und Kinder zu hören, die für immer in den Gaskammern von Birkenau verstummten." Interviews mit Überlebenden bilden die Grundlage dieses Buches, das umfassend und chronologisch das Geschehen beschreibt.

Zum Sonderkommando gehörten zwischen 1942 und 1945 mehr als 2.100 Häftlinge. Sie lebten mit dem Bewusstsein, als Augenzeugen der Vernichtung keine Überlebenschance zu haben. Dennoch überlebten ca. 100 Männer, einige leben noch heute.

Jüdische Häftlinge wurden von der SS ins Sonderkommando zur Zwangsarbeit in den Gaskammern und den Krematorien selektiert. Ihre Aufgaben beschrieb Rudolf Höss, der Kommandant von Auschwitz, später so: "Die ganze Arbeit, Behilflichsein beim Ausziehen, Füllen des Bunkers, Beseitigung der Leichen sowie das Ausschachten und Zuschütten der Massengräber wurde durch ein besonderes Kommando von Juden durchgeführt, die gesondert untergebracht waren und nach Anordnung Eichmanns nach jeder größeren Aktion ebenfalls vernichtet werden sollten. Während der ersten Transporte schon brachte Eichmann einen Befehl des RFSS (Reichsführer SS, Heinrich Himmler; Anm. ak), wonach den Leichen die Goldzähne auszuziehen und den Frauen die Haare abzuschneiden seien. Diese Arbeit wurde ebenfalls vom Sonderkommando ausgeführt." Der Einsatz des Sonderkommandos entlastete die eigentlichen Täter, sowohl in körperlicher als auch in psychischer Hinsicht. Die AutorInnen schreiben: "Da sie selbst nicht ‚Hand anlegen` mussten, konnten sie den Massenmord an Tausenden von Männern, Frauen und Kindern als eine Art klinischen Vorgang wahrnehmen und ihren eigenen Anteil daran relativieren. Sie konnten ‚anständig` bleiben."

Anders die Häftlinge des Sonderkommandos. Der Überlebende Henryk Mandelbaum berichtete auf einer Veranstaltung in Bielefeld im Februar 2001: "Als ich zum ersten Mal Tote aus der Gaskammer herausholen musste, wusste ich überhaupt nicht, was ich tun, wo ich anfassen sollte. Es war grauenvoll, es hat mir das Herz zerrissen. Es war eine Tragödie, eine beschämende Arbeit. Ich habe innerlich gegen sie gekämpft, mich aufgelehnt, jede Minute, jede Stunde, jeden Tag. Ich wusste doch, dass mich dieser Tod auch erwartet. Ich war ein lebender Toter. Doch ich war auch ein junger Mann. Ich wollte leben. Einfach nur leben."

Im Lager Auschwitz kursierten Gerüchte, dass die Häftlinge des Sonderkommandos für die Gewährung von Privilegien (Nahrung, Kleidung) bereit wären, am Mordprozess mitzuwirken; sie wurden als Verbrecher verurteilt. Das Sonderkommando war vom übrigen Lager isoliert und konnte wenig tun, diese Behauptungen, die sich teilweise bis heute halten, zu entkräften. Für die Häftlinge des Sonderkommandos gab es aus ihrer Zwangssituation keinen anderen Ausweg als Selbstmord. Untereinander diskutierten sie z.B. die Frage, ob sie den Opfern die Wahrheit über deren unmittelbar bevorstehende Vergasung mitteilen sollten, i.d.R. schwiegen sie und versuchten möglichst wenig mit den Opfern zu sprechen. "Die Transporte kamen und ich muss ehrlich sagen: Wir haben uns bemüht, nicht bei den Transporten, nicht bei diesem Dienst zu sein, um erst gar keinen Kontakt zu bekommen. Das Herz ist einem doch geplatzt! Das waren doch gesunde Menschen, die unschuldig ins Gas gegangen sind. Ich sage Ihnen - das war die absolute Tragödie! Wenn ich es ihnen z.B. gesagt hätte, dann wären sie auseinander gerannt und wären erledigt worden, man hätte sie umgebracht und mich noch dazu, wissen Sie. Und es wären die nächsten Transporte gekommen, die wären auch vergast und verbrannt worden, und so weiter. So war das doch!" sagt Henryk Mandelbaum, Überlebender des Sonderkommandos.

Aufstand trotz Übermacht der SS

Die Häftlinge des Sonderkommandos lebten unter existenziellem Druck, einige verloren den Willen zu überleben und starben, andere brachten sich um. Die meisten von ihnen hatten alle Hoffnung aufgegeben, viele wussten, dass sie die letzten Überlebenden ihrer Familien waren, hatten sie doch ihre Angehörigen aus der Gaskammer holen müssen. Anderen jedoch gelang es, den Willen zu überleben aufrechtzuerhalten, sei es durch das Gefühl der Verpflichtung gegenüber den Toten, Zeugnis ablegen zu müssen oder durch fatalistische Abstumpfung gegenüber ihrer Tätigkeit. Gefühle wie Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, Trauer, Panik mussten unterdrückt werden.

Ins Sonderkommando zwang die SS Juden aus unterschiedlichen Transporten, die keine gemeinsamen Bezüge hatten. Dennoch entstanden kleine Untergruppen, gebildet nach Nationalität oder gemeinsamer Sprache. Gerade den Neuankömmlingen im Sonderkommando boten diese Gruppen Orientierung im Zustand des ersten Schocks und Entsetzens angesichts der Vernichtung; sie boten Schutz und menschliche Anteilnahme, so weit dies überhaupt möglich war. Allerdings griff der Terror der SS solche solidarischen Kontakte immer wieder an: Fluchtversuche, selbst ein individueller Selbstmord konnte Bestrafungsaktionen wie z.B. Erschießungen für die gesamte Gruppe der Häftlinge im Sonderkommando nach sich ziehen. Angesichts dieser Situation ist es umso bemerkenswerter, dass einige Häftlinge die Kraft fanden, an Widerstand zu denken und versuchten diesen umzusetzen, obwohl sie wussten, dass sie dabei wahrscheinlich sterben würden. Die gemeinsamen Planungen mit anderen Häftlingen, der Kontakt zur Widerstandsbewegung im Lager, die Hoffnung auf Rache stärkte ihren Willen zu leben.

So gelang am 4. April 1944 den Häftlingen Rudolf Vrba und Alfred Wetzler mit Unterstützung der Widerstandsbewegungen der Ausbruch. Spätestens im Juni war ihr Bericht über Auschwitz, belegt durch Beweise wie Listen mit der Anzahl der ermordeten Menschen, das Etikett einer Zyklon B-Büchse und detaillierte Lagerpläne, den Alliierten, dem Vatikan und internationalen jüdischen Organisationen bekannt. Filip Müller, Überlebender des Sonderkommandos: "In meiner Fantasie malte ich mir aus, wie alliierte Bombenflugzeuge schon bald die Krematorien und Gaskammern in Schutt und Asche legen würden. (...) Wenn die beiden Freunde erst einmal eine Bresche in die Mauer des Schweigens geschlagen hätten, dann würde bestimmt bald Stille in den Schlachthöfen hier einkehren." Zwar überflogen Bomber im Sommer 1944 regelmäßig das Lager, die Krematorien wurden aber nicht bombardiert, auch die Vernichtung der ungarischen JüdInnen wurde nicht verhindert.

Trotz der Übermacht der SS und der drohenden Ermordung entschied sich die Widerstandsgruppe des Sonderkommandos zum Aufstand, der am 7. Oktober 1944 stattfand. Das Krematorium III, in dem sich drei Gaskammern und acht Verbrennungsöfen befanden, wurde zerstört, drei SS-Männer wurden getötet. Der Preis war hoch, über 450 Häftlinge wurden ermordet. Anfang Januar 1945 wurden noch vier Frauen aus dem Frauenlager, die die Aufständischen mit der Beschaffung von Sprengstoff unterstützt hatten, hingerichtet.

Vor der bevorstehenden Befreiung Auschwitz durch die Rote Armee setzte die SS die restlichen Häftlinge des Sonderkommandos zur Spurenbeseitigung ein, allerdings gelang dies u.a. durch Sabotageakte der Häftlinge nicht vollständig. Ab dem 17. Januar begannen die Evakuierung des Lagers und die Todesmärsche. Die Häftlinge des Sonderkommandos wussten, dass sie nun als Augenzeugen der Vernichtung ermordet werden

würden. Sie nutzten die Verwirrung und Auflösungsprozesse im Lager, um sich unter die anderen Lagerhäftlinge zu mischen und so zu entkommen. Insgesamt haben wahrscheinlich bis zu 110 Häftlinge des Sonderkommandos überlebt.

Zeugenberichte lassen die Opfer sichtbar werden

Viele der Überlebenden waren jung, konnten sich ein neues Leben aufbauen. Allerdings leiden sie, wie Shlomo Venezia, Überlebender des Sonderkommandos, sagt, an einer "Krankheit ohne Namen", die Albträume verursacht, sie nicht schlafen lässt, Schuldgefühle, Depressionen auslöst. So auch bei Henryk Mandelbaum, der immer wieder in Auschwitz über das Geschehene berichtet und der "durch das Sprechen mit den Menschen ruhiger, abgeklärter" wird, wie seine Frau Lydia Mandelbaum erklärt.

Warum sollten sich LeserInnen heute mit den Details der Vernichtung, dem präzisen Ablauf des Völkermordes konfrontieren? Vielleicht, weil die Häftlinge des Sonderkommandos Spuren und Aufzeichnungen hinterlassen haben, hinter denen die Ermordeten sichtbar werden. Vielleicht weil einige der überlebenden Häftlinge immer noch die Kraft finden, sich selbst zuzumuten, über Auschwitz und das Sonderkommando zu berichten. Ohne die authentischen Berichte der Überlebenden wäre das Wissen über das Mordprogramm der Nazis eher gering. Die Täter ziehen das Schweigen und ein Leben ohne Schuldgefühle vor.

Raphaela Kula

Eric Friedler, Barbara Siebert, Andreas Kilian: "Zeugen aus der Todeszone. Das jüdische Sonderkommando in Auschwitz", Zu Klampen Verlag, 2002, 25 EUR. Ein weiterer Artikel zum Thema findet sich in ak 429: die Rezension von Gideon Greifs Buch "Wir weinten tränenlos".

# 29. Hoher Schädlingsdruck. Wie die Grüne Gentechnik den Süden beglücken will

Autor: Gregor Kaiser · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:25

Gentechnik in der Landwirtschaft, die sogenannte "Grüne Gentechnik" unterwegs in Sachen hochwissenschaftliche Imagepflege: Mitarbeiter des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF), ein 1997 an der Uni Bonn gegründeter think tank zur Entwicklungsforschung, veröffentlichten kürzlich zwei Studien, die die positiven Effekte des Anbaus von gentechnisch veränderter Baumwolle in Indien und gentechnisch verändertem Reis auf den Philippinen nachweisen sollen. In der Tagespresse wurden die Presseerklärungen des ZEF abgedruckt - ohne Widerspruch oder kritisches Hinterfragen.

Der 7. Februar 2003 ist für GentechnikbefürworterInnen ein wichtiges Datum. An diesem Tag veröffentlichen Matin Qaim und David Zilberman in dem renommierten Wissenschaftsmagazin Science die Ergebnisse ihrer Studie (1) an gentechnisch veränderter Baumwolle in Indien und behaupten, diese Baumwolle würde höhere Erträge bringen als nicht gentechnisch veränderte. Ihre Daten stammen von Feldversuchen auf 157 Farmen im Jahr 2001 und zeigen, dass die Erträge von so genannter "Bt-Baumwolle" um rund 80 Prozent höher waren als bei nicht gentechnisch veränderten Hybridpflanzen und lokalen Sorten. Auch sollen bis zu 70 Prozent der Pestizide eingespart worden sein. Bt-Baumwolle ist Baumwolle, der ein Gen zur Produktion eines Giftes gegen einen der Hauptschädlinge im Baumwollanbau, den Baumwoll-Kapselwurm, eingesetzt wurde. Sie wird seit 1997 im Versuchsanbau und seit 2002 kommerziell in Indien angebaut; außerdem schon seit längerem in China und den USA. Dort durchgeführte Studien zeigen bis heute allerdings keine höheren, sondern teilweise sogar reduzierte Ernteerträge. Die ZEF-Forscher beziehen sich deshalb auch nur auf tropische und subtropische Regionen. Dort sei der Schädlingsdruck höher, weshalb gentechnisch veränderte Pflanzen besser angepasst werden könnten. Lokalen BäuerInnen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen böte sich die Chance, mit Hilfe genmanipulierter Baumwolle aus der Armutsspirale auszubrechen und gleichzeitig die Umwelt zu schonen.

Goldener Reis - eine PR-Geschichte

In Deutschland reagierte man ausnehmend positiv auf die Veröffentlichung dieser Untersuchungsergebnisse. Das Pesticid Action Network Malaysia (2) hingegen stellt die wissenschaftlichen Grundlagen der Studie in Frage. Denn Basis der empirischen Berechnungen von Qaim und Zilberman sind Daten, die den Forschern von Monsanto zur Verfügung gestellt worden sind: eben dem Unternehmen, das Bt-Baumwoll-Saatgut entwickelt hat und in Indien vertreibt. Zugleich kritisiert das Netzwerk, dass die gesteigerten Ernteerträge einem einzigen Gen, dem Bt-Gen, zugeschrieben werden. Zu beachten sei jedoch, dass dieses Gen nicht die Erträge steigert, sondern lediglich Ernteausfälle durch Schädlinge kompensiert. Dies mag nach akademischer Haarspalterei klingen, ist es aber nicht. Denn hohe Verluste durch Schädlinge treten vor allem in großflächigen Monokulturen mit genetisch relativ einheitlichen Pflanzen auf. Im kleinflächigen Anbau, der geprägt ist durch viele unterschiedliche Sorten und Arten, sind durch Schädlinge verursachte Einkommenseinbußen zwar vorhanden, erreichen aber nicht existenzielle Bedeutung.

Außer auf die höheren Erträge der Farmer verweisen Qaim und Zilberman auch darauf, dass dank BT-Baumwolle weniger Pestizide eingesetzt werden müssten. Somit würden die Ausgaben der Farmer weiter reduziert, so dass sich die zum Saatgutkauf nötigen höheren Ausgaben amortisieren könnten und der finanzielle Gewinn vergrößert würde. Verschwiegen wird jedoch, dass Pestizide nicht der einzige externe Input sind: So wird z.B. der Wasserverbrauch, der bei Bt-Baumwolle höher ist als bei anderen Hybridsorten und bei diesen wiederum höher als bei traditionellen Sorten, schlichtweg ignoriert.

Zweifel an der Aussagekraft der Studie resultieren auch daher, dass mit sehr generalisierenden Thesen operiert wird. Zur Erinnerung: Die Daten basieren auf Studien über 157 Farmen in Indien; dort wurden jeweils 646 Quadratmeter große Flächen untersucht. Nicht nur, dass dieses Ergebnis auf die 9 Millionen Hektar Baumwollanbaufläche in Indien hochgerechnet wird. Schon die Überschrift des Science-Artikels spricht von "höheren Erträgen" gentechnisch veränderter "Nutzpflanzen" (nicht: Baumwolle) in "Entwicklungsländern" (nicht: Indien). Dr. Shanthu Shantharam, ehemals Mitarbeiter der "United States Development Agency" und heute im Team vom Syngenta, dem weltweit führenden Agro- und Biotechunternehmen, spricht der Studie von

Qaim ausdrücklich jeglichen wissenschaftlichen Gehalt ab. (3) Diese Einschätzung von einem Gentechnik-Befürworter sagt alles aus über die Propaganda, die seitens des ZEF betrieben wird. (4)

Auch eine andere, bereits im Herbst letzten Jahres von Matin Quaim und Rouhayatou Zimmermann veröffentlichte Studie (5) wirft viele Fragen auf. Das ihr zu Grunde liegende Problem ist nicht zu leugnen: In vielen Entwicklungsländern leiden die Menschen aufgrund eines Mangels an Vitamin A an Sehschwäche bis hin zur Erblindung, v.a. Kinder sind betroffen. In den 90er Jahren verfolgte man dann an der Hochschule in Zürich und an der Uni Freiburg das Ziel, den in den Ländern Asiens sehr viel konsumierten Reis gentechnisch so zu verändern, dass er eine Vorstufe von Vitamin A, nämlich Beta-Karotin, selbst produzieren kann, so dass mit dem Reiskonsum so Erblindung vorgebeugt werden kann. Seit 1999 wird nun versucht, den sogenannten "Goldenen Reis" als Türöffner für die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft zu nutzen. Bekämpfung der Mangelernährung als das zentrale Ziel der Biotech-Unternehmen? Argumentiert wird nicht nur mit den positiven gesundheitlichen Effekten. Der Reis stehe außerdem, da er mit öffentlichen Forschungsgeldern entwickelt worden ist, für "humanitäre" Zwecke kostenlos zur Verfügung, eingeschlossen der gebührenfreien Abgabe an Kleinbauern. Qaim und Zimmermann, beide Agrarökonomen am ZEF, kommen in ihrer Untersuchung zu dem Schluss, dass es "kaum eine höhere soziale Verzinsung von Forschungsinvestitionen gibt", als diejenigen, die auf den Philippinen mit dem Goldenen Reis verbunden sind: 950 Todesfälle und 9000 Neuerblindungen könnten pro Jahr vermieden und somit Kosten im Gesundheitswesen von 137 Millionen US-Dollar eingespart werden. Zur Zeit ist das Saatgut noch nicht auf dem Markt, Zulassungsverfahren und Tests laufen in verschiedenen asiatischen Staaten.

Macht Blinde sehend ...

Worauf sich die Forscher jedoch z.B. bei der Annahme stützen, dass das Saatgut für Kleinbauern frei nutzbar ist, bleibt schleierhaft. Mittlerweile gibt es im Zusammenhang mit dem Goldenen Reis rund 70 Patente. Die Erfinder gaben ihre Rechte an das Biotechnologieunternehmen Greenovation, welches wiederum ein Abkommen mit AstraZeneca, heute Syngenta schloss. Dieser weltweit größte Agrochemiekonzern besitzt somit die exklusive Kontrolle über ein mit öffentlichen Geldern entwickeltes Produkt. Es gibt zwar Nutzungsrechte für Kleinbauern in Entwicklungsländern. Aber: Die Bedingungen der kostenfreien Abgabe sind noch immer unklar. Nichtregierungsorganisationen und andere Gruppen und VertreterInnen aus dem "Süden" wurden erst gar nicht gefragt, ob sie die Erforschung neuer Technologien zur Bekämpfung der Armut und Mangelernährung für sinnvoll erachten oder ob es nicht bessere Wege geben könnte. Daycha Siripatra vom alternativen Landwirtschaftsnetzwerk in Thailand stellt fest: "Die Armen brauchen kein Vitamin A, sie brauchen Land und Geld. Mangelernährung gibt es aufgrund von Armut, nicht aufgrund einer fehlenden Technologie." (6)

Und richtig: Um den täglichen Pro-Vitamin-A-Bedarf zu decken braucht es für Vorschulkinder rund 1,3 kg Goldenen Reis. Bloß konsumieren Kinder auf den Philippinen weniger als 150 g Reis am Tag. Berechnungen von Greenpeace ergaben, dass Erwachsene rund 9 kg Goldenen Reis essen müssten, um ihren täglichen Vitamin-A-Bedarf zu decken. Andererseits lässt sich jedoch bereits mit zwei Löffeln gelber Süßkartoffel, einer halben Tasse dunklem grünen Blattgemüse oder zwei Dritteln einer mittelgroßen Mango der Tagesbedarf von Vitamin A bei Vorschulkindern decken. Ein weiteres Problem ist, dass Fette benötigt werden, um Beta-Karotin im menschlichen Körper physiologisch nutzbar zu machen. In vielen asiatischen Ländern werden Nahrungsfette jedoch nur begrenzt konsumiert und deshalb würde auch der verstärkte Konsum von Goldenem Reis den Vitamin-A-Mangel nicht beheben.

Das Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung macht seit Jahren Propaganda für die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft der Dritten Welt. Etabliert 1997 durch finanzielle Mittel des Bonn-Berlin-Ausgleichs ist ein zentrales Ziel des ZEF, bis 2010 zu den führenden Forschungszentren in Europa in entwicklungspolitischen Fragestellungen zu gehören. Wissenschaftliches Renommee ist jedoch nicht Ziel an sich: Ein sichtbarer Einfluss auf die deutsche Entwicklungspolitik soll der praktisch-politische Output sein. In einem aus dem Jahr 2001 stammenden Strategiepapier wird die Liberalisierung des Welthandelssystems als Schlüsselfaktor von Wachstum und Wohlstandsverteilung gesehen - aktuelle Machtverhältnisse und Interessen werden ausgeblendet. Entwickeln muss sich nur der Süden; Effizienz in der Ressourcenausnutzung wird zum zentralen Inhalt wirtschaftlichen Fortschritts erklärt. Neue Technologien und Innovationen werden zu Hoffnungsträgern - lokale Wissenssysteme und angepasste Landwirtschaftsstrategien haben dann keinen Platz mehr. Die Besetzung der internationalen Berater-Riege spricht für sich: Neben vielen

WissenschaftlerInnen und (Ex-)Regierungsmitgliedern finden sich dort auch ehemalige Vertreter von Aventis, des Internationalen Reisforschungsinstituts und der Weltbank, jedoch keinE VertreterIn einer Nichtregierungsorganisation oder eines Zusammenschlusses lokaler Gemeinschaften.

... und arme Bauern glücklich

Zur Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft lässt sich allgemein festhalten: Gen- und Biotechnologien sind in der Erforschung und Anwendung extrem kapitalintensiv, es handelt sich um Hochtechnologien - ähnlich der Atomenergie. Die Ursachen von Armut und Hunger sind jedoch nicht unangepasste Technologien, sondern vor allem eine Exportproduktion für den Weltmarkt statt Produktion von Grundnahrungsmitteln für die lokale Bevölkerung; das Zurückdrängen von Bauernvölkern in marginale Gebiete, wo die Grundlagen für ein einigermaßen sicheres Überleben nicht mehr gewährleistet sind; eine Modernisierungsideologie westlicher und lokaler Eliten, die zu hoch mechanisiertem Großgrundbesitz und in der Folge zu einer Abwanderung der "überflüssigen", verarmten Bauern in die Städte führt; sowie eine Subventionspolitik von USA und EU, die den Marktzugang für Agrar- und Textilwaren der Entwicklungsländer verhindert und somit deren wirtschaftlichen Entwicklung extrem behindert.

Mit höheren Kosten für die Produktion werden neue Abhängigkeiten geschaffen. Und deshalb ist auch die Forderung des ZEF-Forschers Qaim, "die Erzeugung gentechnisch veränderten Saatgutes nicht allein den Großkonzernen zu überlassen", nicht mehr als ein Alibi. Gentechnologische Produktion und Anwendung sind zu kostenintensiv, als dass sie von kleinen Unternehmen und BäuerInnen durchgeführt werden könnten; transnationale Unternehmen und Patentrecht sind eine Bedingung für die weltweite Durchsetzung dieser Technologie.

Gregor Kaiser

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie

www.biopiraterie.de

Bonner AK gegen Gentechnologie

Anmerkungen:

1) Science, Vol. 299, 7.2.2003, S. 900-902

2) Nachzulesen unter www.epo.de

3) Vgl.: Outstanding Performance of Bt Cotton in India....Really? By Shanthu Shantharam in The AgBioIndia Bulletin; http://www.agbioindia.org., 26.02.03.

4) Vgl. dazu die Diskussionen unter GentechnikbefürworterInnen auf http://www.agbioindia.org

5) Projecting the Benefits of Golden Rice in the Philippines, ZEF-Discussion Papers on Devleopment Policy No 51, www.zef.de.

6) Vgl. Gen-Ethischer-Informationsdienst, GID 149, Dez. 2001, S. 6-8.

# 30. Wunschliste der Privatisierer. Die GATS-Liste der EU

Rubrik: Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:26

Lange war sie streng geheim: Die Liste der Dienstleistungen, die die EU liberalisiert sehen möchte. Nun hat das kanadische Polaris-Institut die EU-Forderungen veröffentlicht, die im Rahmen der GATS-Verhandlungen an 109 Staaten gerichtet werden sollen.

Der EU geht es darum, überall den freien Marktzugang und freie Geschäftstätigkeit zu erzwingen. Das beinhaltet natürlich auch die Abschaffung nationaler Schutzbestimmungen und Marktzugangsbeschränkungen. Insbesondere öffentlich erbrachte Dienstleistungen werden damit angegriffen und den Marktgesetzen unterworfen. Im folgenden die vollständige GATS-Liste.

1. kommerzielle Dienstleistungen

Freiberufliche Dienstleistungen: juristische Dienste, Rechnungswesen, Buchhaltung, Controlling, Steuerberatung und verwandte Dienstleistungen, Architektur und Planung, Technische Dienstleistungen, Ingeneurtätigkeiten, Stadtplanung und Landschaftsarchitektur, Medizinische und zahnmedizinische Dienstleistungen, Veterinärmedizinische Dienstleistungen, Physiotherapeutische Dienstleistungen, Pflege, Hebammen-Dienste, andere

Computer bezogene Dienstleistungen: Beratungsdienste, Softwareinstallation, Datenverarbeitung, Datenerhebung, andere

Forschung und Entwicklung: Forschung und Entwicklung in Bezug auf Naturwissenschaften, Forschung und Entwicklung in Bezug auf Gesellschafts- und Humanwissenschaften, Interdisziplinäre Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen

Dienste in Bezug auf Grund und Boden: Dienste in Bezug auf eigenen Besitz oder geleastes Eigentum, Dienste auf Honorar- oder Vertragsbasis

Miet- und Leasingdienste ohne Makler: In Bezug auf Schiffe und Flugzeuge, in Bezug auf andere Transportmittel, In Bezug auf andere Maschinen und Ausrüstung, andere

Andere kommerziell erbrachte Dienstleistungen. Werbung, Marktforschung und Umfragen, Management Consulting und damit verbundene Dienste, Technische Test- , Analyse- und Prüfdienste, Dienstleistungen in Bezug auf Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Forstwirtschaft, Bergbau und Energieverteilung, Personaldienstleistungen, Detekteien, Sicherheits- und Überwachungsdienste, Verwandte wissenschaftliche und technische Beratungsdienste, Wartungs- und Reparaturdienste, Gebäudereinigung, Photo-Dienstleistungen, Verpackungsdienstleistungen, Druck- und Publikationsdienste, Dienstleistungen in Bezug auf Veranstaltungen, andere

2. Kommunikationsdienstleistungen

Postdienste, Kurierdienste

Telekommunikationsdienste: Call Center, Telefondienstleistungen, Datenübertragung, Telex- und Telegrafie-Dienste, Faksimile-Dienste, Dienste in Bezug auf elektronisches Post und Voice mail, Online-Informationsdienste, Elektronischer Datenaustausch, Code- und Protokoll-Vereinbarungen, Online Informationsdienste und online-Datenverarbeitung, andere

Audio-visuelle Dienste: Film- und Videoproduktion sowie Vertrieb, Filmprojektionen und vorführungen, Radio-und Fernsehproduktion, Radio- und Fernsehübertragungen, Tonstudios, Aufnahmedienste, andere

3. Konstruktionsdienstleistungen und Verwandtes: Allgemeine Gebäudekonstruktions- und Baudienste, Konstruktionsdienste im Hoch- und Tiefbau, Einrichtung und Innenausbau, Gebäudeabnahme und Fertigstellung, andere

4. Distributionsdienstleistungen: Kommissionsagenturen, Großhandel, Einzelhandel, Franchising, andere

5. Bildungsdienste: Grundbildung, Höhere (Aus-)Bildung, Hochschulbildung und Verwandtes, Erwachsenenbildung, Andere Bildungsdienste

6. Umweltdienstleistungen: Kanalisation und Abwasser, Müllentsorgung, Sanitärdienste, andere

7. Finanzdienstleistungen

Alle Versicherungen und versicherungsbezogenen Dienstleistungen: Lebens-, Unfall und Gesundheitsversicherungen und verbundene Dienstleistungen, Nicht-Lebensversicherungen, Wiederversicherungen, Versicherungsbezogene Hilfsdienste (inkl. Agentur- und Maklerdienste)

Banken und andere Finanzdienstleistungen: Depots und rückzahlbare Fonds, Leihgeschäfte aller Art, inkl. KonsumentInnenkredit, Hypothekendarlehen, ProduzentInnen- und Geschäftskredite, Finanzleasing, Alle Zahlungen und Geldüberweisungen, Garantiegeschäfte und Obligationen, Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit Geldmarktinstrumenten (Schecks, Noten, Guthaben), Devisen, Derivaten (inkl. Options und Futures), Wechselkurs- und Zinssatzinstrumenten (inkl. Swaps und Zukunftsvereinbarungen), handelbare Sicherheiten, andere handelbare Instrumente und finanzielle Vermögenstitel, Beteiligungen an allen Formen von Sicherheiten, inkl. Platzierungen und Provisionen, die mit solchen Diensten verbunden sind, Geldmaklerei, Vermögensmanagement wie Geld- und Portfoliomanagement, Investitionsmanagement, Management von Pensionsfonds, Verwaltung von Kundendepots und Treuhanddienste, Beratung und andere Hilfsdienste für alle diesbezüglichen Aktivitäten, inkl. Kreditwürdigkeitsprüfungen, Investitions- und Portfolioanalysen und -beratung, Hilfen bei Firmenaufkäufen, Firmenumstrukturierungen und entsprechenden Strategien, Provisionen und Transfer von Finanzinformationen, Verarbeitung von Finanzdaten und damit verbundener Software, andere

8. Gesundheitsdienstleistungen und soziale Dienste: Krankenhäuser, Andere Gesundheitsdienstleistungen, Soziale Dienste, andere

9. Tourismus und Tourismus bezogene Dienste: Hotels und Restaurants (inkl. Catering), Reisebüros und Reiseorganisationen, Touristenführungen, andere

10. Dienstleistungen in Bezug auf Freizeit und Erholung, Kultur und Sport (außer audiovisuellen Diensten): Unterhaltungsdienste (inkl. Theater, Live-Auftritte und Zirkus), Nachrichtenagenturen, Büchereien, Archive, Museen und andere kulturelle Dienste

11. Transportdienste

Seeschifffahrt: Passagiertransport, Frachttransport, Schiffs- und Crew-Verleih, Wartung und Reparatur von Schiffen, Bugsierdienste, Unterstützungsdienste für maritime Transporte

Binnenschifffahrt: Passagiertransport, Frachttransport, Wartung und Reparatur von Schiffen, Bugsierdienste, Unterstützungsdienste für maritime Transporte

Lufttransportdienste: Passagiertransport, Frachttransport, Flugzeug- und Crew-Verleih, Wartung und Reparatur von Flugzeugen, Unterstützungsdienste für Lufttransporte

Weltraumtransporte

Bahntransporte: Passagiertransport, Frachttransport, Schiffs- und Crew-Verleih, Wartung und Reparatur von Transportmitteln, Bugsierdienste, Unterstützungsdienste für Bahntransporte

Straßentransporte: Passagiertransport, Frachttransport, LKW-, Bus- und FahrerInnen-Verleih, Wartung und Reparatur von Straßentransportmitteln, Bugsierdienste, Unterstützungsdienste für Straßentransporte

Pipelines: Transport von Brennstoffen, Transport anderer Güter

Andere transportbezogene Dienstleistungen: Be- und Entladungen von Fracht, Lagerung von Fracht, Frachtagenturen, andere

Andere Transportdienste

12. andere Dienstleistungen, die woanders nicht erwähnt worden sind

(Quelle: http://www.polarisinstitute.org; Übersetzung: ak)

# 31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:16

Spot aus am Broadway

MusikerInnen sind nicht nur KünstlerInnen sondern manchmal auch lohnabhängig beschäftigt. Und dann mitunter eben auch von Arbeitsplatzverlust bedroht. So etwa die Mitglieder etlicher Orchester in den großen Musical-Häusern am Broadway. Dort planen etliche Theater, die Orchestergrößen teilweise drastisch zu reduzieren - und damit Arbeitsplätze abzubauen. Am Wochenende vom 28. Februar bis 2. März traten die Blech- und HolzbläserInnen, die BassistInnen, GitarristInnen, Schlagzeugerinnen usw. in New Yorks Vergnügungsmeile in den Streik. 18 Vorstellungen - u.a. auch das "Phantom der Oper" mussten darauf hin ersatzlos gestrichen werden.

Ursprünglich hatten die Bühnen vor, den Musical-Betrieb auch ohne Live-Musik mittels Tontechnik und CDs aufrecht zu erhalten. Doch die SchauspielerInnen und BühnenarbeiterInnen zeigten sich solidarisch mit ihren MusikerkollegInnen. Sie weigerten sich, den Streik der MusikerInnengewerkschaft zu brechen.

(taz)

Bittere Rosen

60.000 ArbeiterInnen erwirtschaften in Kolumbien pro Jahr 600 Mio. US-Dollar durch den Export von Blumen. Der größte kolumbianische Blumenlieferant für den deutschen Markt ist die Großplantage Benilda. 1.400 beschäftigte, in der Mehrzahl Frauen, arbeiten hier; ein Drittel der Rosen und Nelken werden nach Deutschland exportiert. Anfang des Jahres 2001 hat die Geschäftsleitung zwei Dutzend Mitglieder der Basisgewerkschaft Untraflores gefeuert - widerrechtlich, wie Ende 2002 ein kolumbianisches Gericht festgestellt hat. Als Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft genießen Gladys Garcia, Soraida Murillo und Marleny Murillo Kündigungsschutz.

Doch die Rechtslage kümmert das Unternehmen wenig. Ende Februar diesen Jahres wurden die drei Arbeiterinnen erneut entlassen. Unterstützung finden die ArbeiterInnen von Benilda in der Blumen-Kampagne, die von Brot für die Welt sowie den Menschenrechtsorganisationen Terres des hommes und FIAN initiiert worden ist. "Mehr als 170 GewerkschafterInnen sind letztes Jahr in Kolumbien ermordet worden. In den Blumenplantagen sind freie Gewerkschaften faktisch nicht zugelassen", berichtet Frank Braßel nach einem Besuch der Benilda-Plantage. Das Netzwerk richtet sich nun an den deutschen Hauptimporteur, Florimex, sowie den Großhandelsverband BGI.

(www.labournet.de)

Unendliche Geschichte

Die Meldung ist nicht neu: Frauen verdienen weniger als Männer. Die aktuellste Version dieser immer wiederkehrenden wie frustrierenden Erkenntnis stammt aus dem Statistischen Bundesamt. Der Verdienst einer Angestellten in Schlüsselbereichen wie dem produzierenden Gewerbe, dem Handel oder dem Kredit- und Versicherungsgewerbe betrug im letzten Jahr durchschnittlich 2.517 EUR brutto im Monat. Damit lag der Verdienst von Frauen um 30% niedriger als bei männlichen Angestellten. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen im produzierenden Gewerbe verdiente eine Arbeiterin im letzten Jahr durchschnittlich 26% weniger.

Der Grund für diese geschlechtsspezifische Lohnspreizung ist über die Jahre auch derselbe geblieben: Frauen haben im Durchschnitt weniger Chancen, in gut bezahlte Jobs reinzurutschen. Während die StatistikerInnen aus Wiesbaden im letzten Jahr 40% der männlichen Angestellten der Leistungsgruppe II zuordnen konnten (verantwortliche Tätigkeit mit besonderen Erfahrungen), befanden sich gleichzeitig nur 15% der Frauen in dieser Leistungsgruppe. Bei den ArbeiterInnen waren 59% der Männer und 13% der Frauen Fachkräfte.

Interessanterweise waren die Verdienstunterschiede im Osten deutlich geringer als im Westen. In den neuen Bundesländern verdienten weibliche Angestellte 23% weniger als die Männer, Arbeiterinnen 22% weniger.

(www.labournet.de)

Schulfrei

Der erste Schultag diesen Jahres in Guatemala war der 20. Januar. Er fiel aus, denn seit dem befinden sich die Lehrerinnen und Lehrer des Landes im Streik. 60.000 von ca. 80.000 LehrerInnen haben sich bisher an den unterschiedlichsten Aktionen beteiligt. Sie fordern eine Gehaltserhöhung von 80% - bei einem durchschnittlichen Verdienst von ca. 200 US-Dollar im Monat. Und sie fordern noch mehr: z.B. eine generelle Erhöhung des staatlichen Bildungsetats zur Verbesserung der Ausstattung von Schulen und SchülerInnen. Neben Arbeitsniederlegungen kommt es immer wieder zu Besetzungsaktionen, etwa wie Ende Februar, bei der Flughäfen und Zollstationen besetzt wurden.

Von Beginn an haben die LehrerInnenorganisationen das Bündnis mit anderen sozialen Bewegungen gesucht. Vor allem in ländlichen Regionen kam es frühzeitig zu Bündnissen mit Bauern-, Bäuerinnen- und LandarbeiterInnenorganisationen. Entsprechend wurden die Forderungen vom Bildungssektor auf den Agrarbereich ausgeweitet. Hier geht es vor allem um die Verwirklichung der sog. "Agrarplattform", mit der die Folgen der Kaffeekrise für die Landbevölkerung gemildert werden soll.

Die Regierung setzt auf Konfrontation. In zwei arbeitsgerichtlichen Instanzen wurde der Streik für illegal erklärt, worauf etliche LehrerInnen entlassen wurden. Die Besetzungsaktionen wurden als "kriminelle Akte bezeichnet", und es wurde mit dem Einsatz von Militär gedroht.

Am 28. Februar beteiligten sich Zehntausende an mehreren Sternmärschen auf Guatemala City. 15 Organisationen hatten sich zu der zentralen Kundgebung zusammengefunden.

(www.labournet.de)

Hässlicher Puma

Matamoro ist der Name einer Textil-Maquila in Puebla, Mexiko. Als Puma-Vertragsfirma produzieren 250 ArbeiterInnen Schuhe und Klamotten für den deutschen Sportartikelhersteller. Zu Beginn des Jahres hat die Firma 190 Beschäftigten den Lohn verweigert.. Gleichzeitig sind die ArbeiterInnen gezwungen worden, hinter verriegelten Türen Überstunden zu leisten. Anderen Beschäftigte wurde weniger als der gesetzliche Mindestlohn gezahlt. Darauf hin kam es zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft, dem Sindicato de Trabajadores de la Empresa Matamoro Garment, und seit dem 13. Januar befinden sich ArbeiterInnen darauf hin im Streik.

Noch am selben Tag versprach Puma Deutschland "sofortiges Handeln". Das sah am 17. Januar wie folgt aus: Kündigung der Aufträge und Ablehnung jeder Verpflichtung, für die nicht gezahlten Löhne aufzukommen. Entgegen früherer Zusagen wurde auch kein Firmenvertreter nach Puebla entsandt.

Als die ArbeiterInnen am 20. Januar ihre neue Gewerkschaft juristisch anerkennen lassen wollten, ließ Puma alle Firmenembleme entfernen. Das Matamoro-Management verkündete noch einmal, dass die Puma-Aufträge gekündigt worden seien und ausstehende Löhne nicht gezahlt werden könnten. Puma seinerseits erklärte sich zwar zu Gesprächen mit der Gewerkschaft bereit (und erkannte sie damit faktisch an), forderte aber als Vorbedingung die Rücknahme aller Beschwerden.

(Clean Clothes Campaign)

Bush schlägt Docker

Zur Erinnerung: Just in der Vorweihnachtszeit des letzten Jahres brachten die DockarbeiterInnen an der US-amerikanischen Westküste den Warenverkehr in allen größeren Häfen des Landes zum Erliegen. Der Arbeitskampf um höhere Löhne und um die Abwehr einer neuen Rationalisierungsoffensive der HafenbetreiberInnen kostete Millionen an Dollar täglich. Darauf hin intervenierte die Bush-Administration zu Gunsten der PMA (Pacific Maritime Association) und erklärte den Streik 80 Tage lang für zwangsweise ausgesetzt.

Im Januar schlossen die Gewerkschaft ILWU und die PMA dann einen neuen Tarifvertrag. Was beide Seiten als "Win-win"-Lösung feierten, erschien in den Augen mancher unzufriedener HafenarbeiterInnen als Einknicken der Gewerkschaftschaftsführung vor den Drohungen aus Washington.

Die Gewerkschaft akzeptiert einen Technikeinsatz, der den Verlust von schätzungsweise 400-600 Arbeitsplätzen bedeuten wird. Der Vertrag hat eine Laufzeit von sechs Jahren ohne entsprechenden Inflationsausgleich, dafür mit stärkerer Lohnspreizung. Für Jack Heyman etwa ist dieses Abkommen ein "zugestandener Ausverkauf, um Arbeit auszulagern und zu spalten. Es ist die Phase eins des Versuchs der PMA, Verhandlungen in jedem einzelnen Hafen durchzusetzen."

(www.labournet.net)

Generalstreik mit Bremsen

In Algerien hatte die Gewerkschaft UGTA am 24. Und 25. Februar zu einem Generalstreik gegen die Privatisierung der staatlichen Industrie aufgerufen. In den letzten Jahren sind der Umstrukturierung der algerischen Wirtschaft zehntausende von Arbeitsplätzen zum Opfer gefallen. Die offizielle Arbeitslosenquote beträgt 30%. Bei den unter 30-Jährigen - immerhin zwei Drittel der Bevölkerung - ist jede/r Zweite ohne Job. Nach offiziellen Verlautbarungen war der Streik ein voller Erfolg. Bis zu 98% der aufgerufenen Belegschaften seien dem Aufruf gefolgt, erklärte Abdelmadjid Sidi Said, Vorsitzender der UGTA. Insbesondere der Verkehr war lahm gelegt, in den Krankenhäusern musste eine Notversorgung organisiert werden.

Allerdings waren nicht alle Sektoren zum Streik aufgerufen. Vor allem in der wichtigen Ölindustrie wurde weiter gearbeitet. Einerseits aus "nationaler Verantwortung" heraus, wie die UGTA erklärte, zum anderen aus Angst vor "Verhältnissen wie in Venezuela". Denn Said ist ein langer und enger Verbündeter der jetzigen Regierung, der die marktwirtschaftlichen "Reformen" keineswegs verhindern, sondern lediglich transparenter gestalten will. Entsprechend gibt es vor allem unter den kämpferischen Belegschaften und kleineren, unabhängigen Gewerkschaften (etwa im Bildungsbereich) erhebliche Skepsis gegenüber den jüngsten Streikaktionen. Viele vermuten, der UGTA gehe es mehr darum politisch mitzumischen als um die Interessen und Rechte der Beschäftigten.

(taz, www.labournet.de)

# 32. Freie Dienste - private Dienste. Oder: Wie "Globalisierung" gemacht wird

Autor: Ralf Krüger · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:19

Viel wird über "Globalisierung" geschrieben und diskutiert. Weniger häufig erfährt man, dass sich hinter diesem Schlagwort kein neues Naturgesetz verbirgt, sondern dass Globalisierung geplant und gemacht wird. Zum Beispiel durch ein Abkommen wie das GATS.

Das GATS (Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen) trat im Januar 1995 zeitgleich mit der Gründung der WTO (Welthandelsorganisation) in Kraft. Es ist für die 145 Mitgliedsstaaten der WTO verbindlich, und es ist das erste multilaterale Abkommen über den Handel im Dienstleistungsbereich. Ziel des GATS ist die progressive Liberalisierung sämtlicher Dienstleistungsbereiche. Das GATS stellt einen völkerrechtlich verbindlichen Vertragsrahmen zur Liberalisierung des Diensthandels allgemein und zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge im besonderen dar.

Privatisierung im ganz großen Stil

Der Anteil von Dienstleistungen am Weltsozialprodukt ist in den letzten Jahrzehnten auf ca. 60-70% angewachsen, im Gegensatz dazu beträgt der Handel mit Dienstleistungen aber nur 20% des Welthandels. Das liegt vor allem an innerstaatlichen Regelungen, wie Vorschriften zum Kapitaltransfer, Maßnahmen zum Gesundheits- und Arbeitsschutz oder Umweltvorschriften. Vor dem Hintergrund der Freihandelsdoktrin sind vor allem die Länder des Nordens auf Druck von Dienstleistungskonzernen an einer umfassenden Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs interessiert. Das Gesundheitswesen mit einem geschätzten Volumen von 3,5 Billionen US-Dollar weltweit, sowie die Bildung mit 2 Billionen und der Bereich Wasser mit 1 Billion US-Dollar stellen für die Dienstleistungskonzerne äußerst attraktive Märkte und Geschäftsbereiche dar.

Die GATS- Verhandlungen finden weitestgehend unter Ausschluss der Parlamente und der Öffentlichkeit statt. Obwohl das GATS weit reichende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben wird findet eine öffentliche Debatte von Seiten der Politik und der Medien nicht statt. Ungestört von einer möglicherweise kritischen Öffentlichkeit entwirft und verhandelt man Rahmenbedingungen für die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Federführend bei dem Prozess sind auf nationaler Ebene die jeweiligen Wirtschaftsministerien unter Mitwirkung von Industrieverbänden. Nur diese erhalten im nationalen Rahmen Zugang zu verhandlungsrelevanten Unterlagen oder bestimmen diese. Bei den GATS- Verhandlungen wird Deutschland durch die Europäische Union vertreten. Die EU folgt den Entschlüssen des sog. 133er-Ausschusses der aus den nationalen Vertretern der Wirtschaftsministerien besteht, die nationalen Parlamente sind an der Entscheidungsfindung nicht beteiligt. Die GATS- Verhandlungen unter Ausschluss der Parlamente stellen eine elementare Verletzung demokratischer Rechte dar.

Heimlich, still und leise

Im GATS sind keine Dienstleistungen ausgeklammert und es umfasst so sensible Bereiche wie das Gesundheitswesen, das Bildungssystem und die Wasserversorgung. Diese öffentlichen Dienste haben das Ziel allen Menschen eine Versorgung in guter Qualität und nach dem Solidarprinzip zu gewährleisten. Bei der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen steht deshalb viel auf dem Spiel. Erfahrungen zeigen, dass Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen vielfach einhergehen mit einer Verteuerung der Leistungen und einer Verschlechterung der qualitativen Versorgung. In Deutschland sind die Entwicklungen bei der Deutschen Bahn und die Liberalisierung des Strommarktes Beleg dafür. In England gibt es bei der Bahn und der Wasserversorgung nach verheerenden Fehlentwicklungen Bestrebungen zu Rückverstaatlichungen. In Kalifornien haben private Stromanbieter zur Erzielung kurzfristiger Profite die Finanzierung der Infrastruktur vernachlässigt; die Folge war ein wiederholtes Zusammenbrechen des dortigen Strommarktes, weitere Beispiele ließen sich anführen.

Im Jahr 2000 begann eine neue Verhandlungsrunde mit dem Ziel, sämtliche Dienstleistungsmärkte einschließlich aller öffentlichen Aufgaben zu liberalisieren. Bis Ende Juni 2002 mussten alle WTO Mitglieder

ihre Marktöffnungsforderungen und bis Ende März 2003 ihre Marktöffnungsangebote vorgelegt haben. Die gegenwärtigen GATS-Verhandlungen konzentrieren sich auf die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Die EU fordert weitgehende Liberalisierungen in Sektoren wie Wasserversorgung, Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Energie und Transport. Aber auch Sektoren wie Bildung und Gesundheit stehen zur Disposition. Die ausgehandelten Liberalisierungen erfolgen ohne Untersuchung der sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen auf nationaler und internationaler Ebene. Bleibt zu hoffen das dem GATS ein ähnliches Schicksal beschieden ist wie seinerzeit dem MAI (Multinationales Investitionsschutzabkommen): Nachdem dieses Abkommen der Öffentlichkeit bekannt wurde, war die Kritik dermaßen heftig, dass dieses Papier bis heute zurückgezogen wurde.

Ralf Krüger, attac Hamburg

# 33. Schmuddeltarif. DGB tarifiert Leiharbeit

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:23

Mit den Hartz-Gesetzen und der Ausweitung der Leiharbeit organisiert der Staat ein flächendeckendes Lohndumping. Und die Gewerkschaften machen mit. Die "Eckpunkte" für einen Tarifvertrag zwischen der Zeitarbeitswirtschaft und den DGB-Gewerkschaften fallen hinter gesetzliche Vorgaben zurück. Sie sichern keine Arbeitsplätze, sondern tarifieren Armut.

Leiharbeit hat zu Recht keinen guten Ruf. Für viele ist sie die einzige Chance, überhaupt an einen Job zu kommen. Dort verdient man dann allerdings 40% weniger, bekommt meist keine Zusatzleistungen und hat viel weniger Rechte. Und die kennen nur die Wenigsten, die dann oft genug darauf verzichten, sie einzuklagen - aus Angst, auch noch diesen Job zu verlieren. Im Einsatzbetrieb gelten LeiharbeiterInnen als potenzielle LohndrückerInnen, die "freiwillig" das alte gewerkschaftliche Gebot vom "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" verletzen. Weil sie immer wieder eingearbeitet werden und sich alles gefallen lassen müssen, gelten sie als zusätzliche Belastung. Die Zeitarbeitwirtschaft - zu recht auch Sklavenhändler genannt - profitiert währenddessen von der Lohndifferenz und von der Kunst, in der Verleih freien Zeit ihre Beschäftigten mit diversen Tricks um den Lohn zu bringen. Daher ihr schmuddeliges Image. Aus diesen Gründen waren die Gewerkschaften immer gegen die Leiharbeit - um die LeiharbeiterInnen haben sie sich jedoch nicht gekümmert.

Seit 1991 - nach einem zwischenzeitlichen Verbot der Leiharbeit 1982 im Bauhauptgewerbe - hat sich die Zahl der LeiharbeiterInnen verdreifacht. Nun droht mit staatlicher Hilfe ein wahrer Boom. Seit Hartz wird die Leiharbeit als neues Wundermittel am Arbeitsmarkt gehandelt, freilich eines, in das Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen bei Strafe der Leistungssperre gezwungen werden. In den ersten sechs Wochen soll sogar ohne Lohn gearbeitet werden, nur für die eingezahlte Versicherungsleistung des Arbeitslosengeldes. Die StrategeInnen aus Politik und Wirtschaft nennen das zynischerweise "Eingliederungshilfe".

Dennoch sind die Gewerkschaften plötzlich für Leiharbeit - wenn sie tarifiert ist. Dabei bedeutet Tarifierung, dass diese Jobs noch schlechter bezahlt werden, als das ohne gewerkschaftliche Einmischung der Fall gewesen wäre, denn das erste Hartz-Gesetz sieht nach sechs Wochen die gleiche Bezahlung wie im Entleihbetrieb vor. Ohne Tarife hätte also ab 1.1.2004 endlich die Losung "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gegolten: Aber ein Tarifvertrag kann es offensichtlich billiger regeln. Um die LeiharbeiterInnen werden sich die Gewerkschaften trotzdem immer noch nicht kümmern. Die wenigsten der Betroffenen werden darüber unglücklich sein. Schließlich wurden sie auch nicht gefragt, als ihre selbst ernannten InteressenvertreterInnen plötzlich beschlossen haben, für sie überflüssige Tarifverträge abzuschließen.

Gütesiegel für Schmuddelbranche

Der gewerkschaftliche Wunsch nach Tarifverhandlungen kam plötzlich und auch für die Zeitarbeitwirtschaft überraschend. Denn eigentlich wäre sie es, die ein Interesse an einer Tarifierung der Leiharbeit hat. Nach der neuen Gesetzeslage bieten sich ökonomische Vorteile gerade für Unternehmen, die einen Tarifvertrag haben und so die "equal pay"-Bestimmung unterlaufen können. Gerüchteweise war es Wirtschaftsminister Clement, der die Zeitarbeitswirtschaft retten wollte und deshalb den Gewerkschaften dringend zu Tarifverhandlungen geraten hat. ("plusminus", 25.02.03).

"Ich verspreche Euch, dass es mit mir keinen Tarif unter ‚equal pay` geben wird", tönte DGB-Verhandlungsführer Reinhard Dombre vor Beginn der Verhandlungen. Warum diese aber überhaupt stattfinden sollte, sagte er nicht. Das übernahm die IG Metall: In der Praxis sei equal pay "bei ständig wechselnden, nur wenige Wochen dauernden Arbeitseinsätzen" für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu "kompliziert und intransparent", so Armin Schild, Verhandlungsführer der IG Metall. (Süddeutschen Zeitung 18.02.03). Kein Wunder, dass die Verhandlungen auf Wunsch des DGB an einem geheimen Ort stattfanden. Zuvor waren sie in Hannover durch DemonstrantInnen und in Frankfurt am Main durch "Anarchos" gestört worden, die zudem eine Leiharbeitsfirma besetzt hatten.

Am 21.02.03 verkündete Jürgen Peters, 2. Vorsitzender der IG Metall das Ergebnis: "Ein Meilenstein in der Geschichte der Tarifpolitik". In der Tat: ein Dumpingtarif, wenn den vereinbarten Eckpunkten Ende Mai

zugestimmt werden sollte. Vereinbart wurde ein Mindestlohn für Ungelernte und "schwer Vermittelbare" von 6,85 EUR/Stunde, ein Regelstundensatz von 8,40 EUR für Un- und Angelernte sowie 10,60 EUR für FacharbeiterInnen (zum Vergleich: der allgemeinverbindliche Mindestlohn für Helfer im Baugewerbe beträgt 10,12 EUR im Westen und 8,76 EUR im Osten). Für Entleihbetriebe mit einem höheren Tarif sind zwar Branchenzuschläge geplant, aber zusätzlich zu einem Stufenplan für Verzögerungen bei "eingeschränkter Vermittlungsfähigkeit" sind auch Sonderregelungen zur Abweichung nach unten auf den Mindestlohn vorgesehen, v.a. "zur Reintegration von Problemgruppen", deren zeitliche Befristung noch offen ist.

Dieser Tarif liegt somit unter demjenigen, der zur Zeit bei einigen Zeitarbeitsfirmen in Nordrhein-Westfalen existiert (und die dafür vom dortigen DGB schon zu Unrecht mit einem Gütesiegel geehrt worden sind). Doch das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange, denn selbst auf diese neuen Dumpinglöhne sind noch Abschläge bis zu 30% möglich. Weitere Abschläge für Erwerbslose - auch für Facharbeiter - mit "Vermittlungshindernissen" (Alter, Langzeitarbeitslosigkeit) stehen in der Höhe noch nicht fest. Und von der tariflich abgesicherten, zusätzlichen Diskriminierung von Frauen durch ungerechte Zuordnung zu den Entgeltgruppen wird ohnehin nur einmal pro Jahr gesprochen - am 8. März.

Selbst der Mindestlohn von 6,85 EUR ist nicht sicher. Eine Öffnungsklausel erlaubt eine Unterschreitung im Osten und bei den PSA's (PersonalServiceAgenturen). Arbeitslose erhalten in den ersten sechs Wochen ohnehin nur ihre Versicherungsleistung. Und in der Verleih freien Zeit gibt es weitere Abschläge. Damit nähert sich der angepeilte Tarif den Tiefen, die Sozialgerichte in der Regel als sittenwidrig bezeichnen. Doch eine Klage gegen sittenwidrige Tariflöhne ist nicht möglich: Unabhängig von der Lohnhöhe kann erst bei 30% unter Tarif geklagt werden! Die Möglichkeiten, solche Löhne als unzumutbar abzulehnen, sinken damit kontinuierlich, obwohl dass niemand davon leben kann - geschweige denn menschenwürdig. Ein existenzsicherndes Mindesterwerbseinkommen liegt bei ca. 8 EUR brutto pro Stunde bei mindestens 35 Stunden in der Woche.

DGB zeigt, wofür er nützlich ist

Der neue Tarif sieht bei Ungelernten eine gleich Bezahlung wie im Entleihbetrieb erst ab dem 54. Beschäftigungsmonat vor. Dabei hatten sich DGB und Einzelgewerkschaften fürchterlich über den Vertrag der Christlichen Gewerkschaft Deutschland - Berlin (CGB) mit der Interessengemeinschaft Nordbayerischer Zeitarbeitunternehmen (INZ) aufgeregt. Dort gilt equal pay für Ungelernte immerhin schon nach 37 Monaten. Diese Lösung hat der DGB zuvor als einen Witz bezeichnet. Für die LeiharbeiterInnen spielt dies allerdings keine Rolle. Die wenigsten verbleiben so lange im Unternehmen. Nur jede Fünfte ist länger als sechs Monate beschäftigt.

Dombre soll nach den Verhandlungen zugegeben haben, dass für die ZeitarbeitarbeiterInnen mehr zu holen gewesen wäre, doch nicht ohne die Branche abzuwürgen ("plusminus", 25.02.03). Unterstützung bekam er von DGB-Chef Sommer, der die Position des DGB zu diesem Tarif verteidigte: "Jeder Tarif ist besser als keiner". Es geht um die "moralische Verpflichtung", Menschen "in Arbeit zu bringen" - existenzsichernd muss sie längst nicht mehr sein. Das wird sie auch für immer weniger Menschen sein, spätestens nach der faktischen Abschaffung des Kündigungsschutzes und dem damit geplanten Drehtüreffekt. Die ersten Unternehmen haben bereits eigene Leiharbeitsagenturen eingerichtet - als Auffangbecken für ihre gekündigten Beschäftigten. "Wir sehen uns morgen wieder - leihweise". Einige Unternehmen kooperieren bereits miteinander und schieben ihre eigenen "Personalpools" hin und her. Nicht nur die Personal-Service-Agentur der Deutschen Telekom AG entpuppt sich mittlerweile als reine Mogelpackung und Vorlagen für Realsatire: "Die neuen Personal-Service-Agenturen melden Erfolge: Die PSA Delmenhorst hat die ersten zehn Langzeitarbeitslosen an die PSA Buxtehude ausgeliehen. Dort werden sie in der Bearbeitung von Förderanträgen eingesetzt." (Frankfurter Rundschau , 03.01.03)

"Warum haben die Gewerkschaften zugestimmt?" (WDR3, "markt", 24.02.03) In der Tat eine gute Frage, auch für Jürgen Peters: "Hinterzimmerabschlüsse mit fragwürdigen Vereinen, nur um aus dem Equal-Pay-Gebot heraus zu kommen, schaden dem Ansehen der Zeitarbeitsfirmen und schaden den Arbeitnehmern" (IG-Metall Presseerklärung vom 26.02.03). In der Tat. Nur meint er den CGB. Für die DGB-Gewerkschaften gilt das natürlich nicht. "Es bestand für uns die Notwendigkeit einen Abschluss noch in dieser Woche zu erzielen, um sicher zustellen, dass die DGB-Tarifgemeinschaft zukünftig die Arbeitsbedingungen in der Leiharbeitsbranche und für die PSA-Beschäftigten prägen und damit der CGB auf seine Funktion als Verein für Tarifdumping

verwiesen bleibt." So die Tarifpolitische Grundsatzabteilung von ver.di am 21.02.03. Und noch einmal Reinhard Dombre: "Damit wird aus unserer Sicht die Zeitarbeit endlich zu einem ganz normalen Wirtschaftszweig werden." (Pressemitteilung des DGB vom 21.02.03) Beides ist Quatsch, lächerlich und peinlich. Die Süddeutsche Zeitung (18.02.03) weiß es besser: "Mit einem Tarifvertrag an Stelle der gesetzlichen Regelung wollen die Gewerkschaften beweisen, dass sie zu etwas gut sind".

Lieber Geld, statt Tarif!

Den Funktionären geht es nicht nur darum, dass Gewerkschaften "den Fuß in der Tür" haben. Es geht auch darum, "Menschen in Arbeit" zu bringen. Dieser Drang der Gewerkschaften, Lohnabhängigen zur Ausbeutung zu verhelfen, hat logisch zur Folge, Arbeit zu jedem Preis und mit jedem Zwang zu fordern. Dieses Dumping schadet den Lohnabhängigen weltweit und nutzt niemandem, denn in vielen Bereichen gibt es "ausgesprochen niedrige Tarifeinkommen" (WSI, 03.12.02), die nun auch noch gedrückt werden. Der einzige Effekt: Nun weiß jede und jeder, dass "Tarifvertrag" kein Gütesiegel ist, das vor Armut trotz Arbeit schützt.

Noch ist dieser Dumpingtarif nicht "im Sack". Erstens sind die Konsequenzen der Konkurrenz durch den CGB und dessen Tariffähigkeit nicht geklärt. Zweitens müssen die vorliegenden Eckpunkte bis zum 31. Mai ausformuliert werden. Durchsetzungsfähiger Widerstand ist jedoch nicht zu erwarten, denn die wichtigsten Betroffenen, LeiharbeiterInnen und Erwerbslose, sind von den Gewerkschaften nie betreut und organisiert worden. Die Zeitarbeitsbranche will angesichts der CGB-Konkurrenz nachverhandeln und gleichzeitig Schröder dazu bewegen, den equal pay aus dem Gesetz zu streichen. Die Zeitarbeitlobby rotiert, und der DGB hat bereitwillig zugestimmt, die Erklärungsfrist zu den Tarifeckpunkten auf den 15. März - nach der Kanzlerrede - zu verlängern.

Leider ist darüber hinaus zu erwarten, dass die Gewerkschaften demnächst auch Sondertarife zum Kündigungsschutz anbieten werden, nach dem Motto "Je älter und/oder kränker die Beschäftigten, desto leichter der Rausschmiss". Nach dem öffentlichkeitswirksamen Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit haben sie mindestens eine öffentlichkeitsscheue Schweinerei gut. Und: Je mehr Erwerbslose, umso "wichtiger" wird ihr Dumpingtarifvertrag für Sklavenarbeit ... Also: lieber ohne Tarif!

Mag Wompel, labournet

# 34. Ohren-Propaganda

Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:34

Weltweit gegen den Krieg

Mit dem Bagdad-Blues haben Fink jüngst einen Anti-Kriegs-Song veröffentlicht. Eine weitere Anti-Kriegs-Single wird in diesem Monat von Mellow Mark folgen: Weltweit heißt der bereits im Jahr 2001 verfasste Song, den er als Reaktion auf die Ereignisse in Genua schrieb: "Die Völker sind verraten - von den Mörderstaaten". Den Text für diesen Song hat er angesichts der Weltlage umgeschrieben und richtet sich nun gegen die Kriegspolitik der USA gegen den Irak. Auf der von Mellow Mark gehosteten Seite www.freedom-of-speech.info gibt es das Original kostenlos zum Download. Außerdem einige Statements des Künstlers zum Anti-Terror-Kampf und dem (bevorstehenden) Krieg gegen den Irak. Politik ist für Mellow Mark, dessen Musik aus einer gelungenen Mischung aus HipHop, Reggae und Songwriting und etwas Rock besteht, konsequenter Bestandteil. Nicht umsonst hat er den Echo in der Sparte Radio-Nachwuchs bekommen. Und er organisiert unter KünstlerInnen den Widerspruch gegen die herrschende Globalisierungspolitik und die Kriegsvorbereitungen. So finden sich auch Bands wie Die Firma und Das Department auf der Homepage. Ebenso sind dort Kommentare von Mellow Mark zur letzten Bundestagswahl nachzulesen. Nachdem im Herbst letzten Jahres seine EP Revolution erschienen ist, wird bereits im April das erste Album von ihm auf den Mark kommen. (DSe)

Mellow Mark, Weltweit, www.freedom-of-speech.info, WEA, www.wea.de

Überall Licht und verschenkte Songs

Auf dem kleinen Hamburger Label Dian Recordings hat Giorbino jüngst eine kleine EP unter dem Titel Überall Licht mit fünf Tracks veröffentlicht. Soundspielereien zwischen deutschsprachigem Pop und elektronischem Liedgut. Schon in den 80er Jahren, zu Zeiten der Neuen Deutschen Welle mischte Giorbino mit, ging später unter dem Namen Lied an die Freude gemeinsam mit der Tänzerin Gitta Luckau auf Tour. Später arbeitete er als Session-Musiker u.a. mit den Kastrierten Philosophen oder Geisterfahrer zusammen. Ende der 80er Jahre schaffte er es mit dem Album The Art of letting go immerhin in die Top 20. Nach heftigsten Drogenexzessen ist Überall Licht die erste Veröffentlichung von Andy Giorbino seit 1997.

Wo Plattenindustrien nur Geld scheffeln, will Giorbino andere Wege gehen. Auf seiner Homepage stellt er fest: "Kunst muss zugänglich bleiben." Deshalb stellt er seit Dezember letzten Jahres jeden Monat einen neuen Song auf seiner Site zum Download bereit. Zum Mitnehmen gibt es in dem Hamburger Szene-Club Astra-Stube, bei Zardoz Altona und bei Ruff Trade giorbinos take-away music jeden Monat in limitierter Auflage auch auf CD. Alle Nicht-Hamburger bedienen sich online. (Dse)

Giorbino, Überall Licht (EP) Dian Recordings, www.giorbino.de

Ladyfest in Hamburg

Die Zeiten, in denen Mädchen lediglich schmachtend vor der Bühne hingen und den hüftschwingenden Sänger auf der Bühne anhimmelten, sind ein für alle Mal vorbei: Immer mehr Frauen entern die Bühne, ob als Sängerinnen, Gitarristinnen oder Schlagzeugerinnen. Vom 21. bis zum 24. August findet in Hamburg das erste Ladyfest im deutschsprachigen Raum statt. Fest verwurzelt in der Riot Grrrl-Bewegung bietet das Ladyfest eine Plattform für feministische Kunst und Aktion. Die Botschaft ist klar: Feminismus ist cool und selber Musik, Kunst, Theater, etc. machen auch.

Da der Hamburger Schwarz-Schill-Senat für Frauenkultur keinen Cent übrig hat, muss sich das Ladyfest eben selbst finanzieren. Erste Benifizkonzerte sind bereits geplant. Am 28. März geben TGV, Kevin Blechdom, das Schabinggrad Ballet und Mense Reents ein Konzert in der Markthalle. In der Roten Flora spielen (voraussichtlich im Juni) Brustkrebs u.a. für das Ladyfest. (nv)

www.ladyfest.org, Kontakt: info@ladyfest.org

Russen toben ...

Was Russendisko ist, musste man schon im Sommer letzten Jahres kaum jemanden erklären. Inzwischen ist nicht nur bei Goldmann das Buch zur Disko mit herrlichen Kurzgeschichten von, mit und über ein- und ausgewanderte RussInnen erschienen. T-Shirts und anderen Krimskrams gibt es auch schon. Und im Januar hat Trikont die CD zur Disko veröffentlicht. Zusammengestellt von den Erfindern des Ganzen: dem aus der Ukraine stammenden Yuriy Gurzhy und dem gebürtigen Moskauer Wladimir Kaminer (letzterer ist der Autor des Buches). Den beiden ging es im Kern um eins: Sie wollten das verbreitete Klischee von der "russischen Seele" - einer typisch deutschen Erfindung - restlos vernichten. Tanzhallen in zahlreichen deutschen und europäischen Großstädten bieten den beiden DJs inzwischen jede Menge Potenzial, dieses Klischee nachhaltig zu demontieren. Auf der CD präsentieren sie Bands aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. inzwischen hier musizierende KünstlerInnen und betreiben gnadenloses Crossover: Balalaika-Ska, Don-Kosaken-Reggae oder Russen RocknRoll. Wer das auf seiner nächsten Party nicht spielt, hat selber Schuld. (DSe)

Russendisko, Hits, Trikont, www.russendisko.de

# 35. Black Community / BRD. Samy Deluxe und Afrob legen gemeinsames Album vor

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:22

Seit einem Jahr sind Samy Deluxe und Afrob fast unzertrennlich. Das musikalische Ergebnis dieser engen Freundschaft werden die beiden HipHoper aus dem Hamburger Eimsbusch und der Stuttgarter Kolchose am Ende des Monats mit dem Album Wer hätte das gedacht veröffentlichen.

Mit seinem 2001 erschienenen Album Das Album hat Samy Deluxe abgeräumt und haufenweise Preise eingesackt. Weck mich auf (aus diesem Albtraum) hieß die Single, die ihn auch in Kreisen weit ab vom HipHop bekannt machte und in der Samy Deluxe die Wirklichkeit zahlloser Jugendlicher in den Vorstädten und den Dörfern der Republik beschrieb. Das setzt Maßstäbe. Und auch Afrob hat mit seinem ebenfalls 2001 veröffentlichten Album Made in Germany viel Aufsehen erregt. Als afrodeutscher Künstler nahm er Stellung zu Naziüberfällen und Rassismus, wie in Öffne die Augen zum Beispiel, das er gemeinsam mit D-Flame aufnahm. Afrob und Samy Deluxe beteiligten sich auch an dem afrodeutschen HipHop-Projekt Brothers Keepers und dem im Spätsommer 2001 veröffentlichten Hit Adriano (Letzte Warnung), einer Reaktion auf den kurz zuvor in Dessau von Nazis ermordeten Alberto Adriano, setzten die beiden noch eins drauf.

Nun haben die beiden afrodeutschen Rapper, die unter dem Kürzel ASD firmieren, ein gemeinsames Album vorgelegt: Wer hätte das gedacht heißt es und ist mit fetten Beats nur so gespickt. Die stammen zu einem großen Teil von US-Rappern, bei denen Samy Deluxe und Afrob im letzten Jahr immer wieder zu Besuch waren. Und auch die bewährte Zusammenarbeit mit dem Berliner DJ Desue haben sie fortgesetzt. Mit dabei auch Brooke Russel, mit der Samy Deluxe einen gemeinsamen Sohn hat, und die bei zwei Songs zu hören ist.

ASD: Partystimmung und fette Beats

Natürlich geht es inhaltlich - wer hätte das gedacht? - HipHop-typisch um jede Menge Fun, wie z.B. in Sag mir wo die Party ist? Doch textlich wird das Album vor allem dadurch interessant, dass die beiden sich immer wieder mit politischen und auch sehr persönlichen Dingen befassen. Da wäre der mit D-Flame gemeinsam gemachte Song Vaterlos, in dem sich die drei mit ihrer Jugend auseinander setzen: als schwarze Deutsche in einer weißen Mehrheitsgesellschaft, mit Vätern, die verschwanden und - wie z.B. bei Samy Deluxe - mit der Situation, heute selbst Vater zu sein. Inhaltlich beziehen sich Samy Deluxe und Afrob damit auch auf das letzte Album von D-Flame. Auf dem im letzten Jahr veröffentlichten Daniel X hat der brummige Frankfurter sich intensiv mit seinen Erfahrungen und seiner Geschichte in Deutschland befasst. Dass sich Flame hier in einen Zusammenhang mit Malcom X stellt, ist ganz definitiv kein Zufall. Titel wie Damals, Heimatlos, Zwei Welten, Mama oder Verlorene Kinder machen schon so klar, worum es auf dem Album von Flame geht. Daniel X kann sicherlich als Meilenstein im deutschen HipHop bezeichnet werden.

Rappen gegen deutschen Mehrheitsbrei

So konsequent an einem Thema ist das Album von Samy und Afrob nicht. Aber in dem permanenten Wechsel zwischen HipHop-Szene, Alltagswelt und afrodeutschem Sein in dieser Republik gibt das Album einen tiefen Einblick in die Wirklichkeit, mit der sich die Künstler immer wieder auseinander setzten müssen. Immer wieder wird ihnen - (von weißen Musikern) vorgeworfen, dass sie sich zwar als "tolerant" bezeichnen, aber keine weißen Künstler supporten, thematisiert in dem Song Frage/Antwort. Nicht selten werden sie deshalb sogar als schwarze Rassisten gedisst. Wenn aber wiederum in HipHop-Kreisen sich immer mehr weiße Kids mit dem Wort "Nigger" begrüßen - weil das "die" Schwarzen (in den USA) ja auch machen - dann ist die Szene nur sehr begrenzt bereit, über Rassismus zu streiten, und reagiert verwundert, wenn Afrob nicht nur verbal klar macht, was er davon hält. Berücksichtigt man außerdem, dass Afrodeutsche aus dem trivialen Grund, dass ihre Hautfarbe in diesem Land nicht so weit verbreitet ist, sich permanent mit Politik befassen müssen, dann macht das vermutlich klar, in welch schwierigen Wirklichkeiten sich diese Leute bewegen und orientieren müssen.

Interessant ist auch, dass auf Wer hätte das gedacht überraschend wenig (oder gar keine?) sexistischen Sprüche geklopft werden. Auch von vermeintlich fortschrittlichen Rappern ist man es gewohnt, sich die miesesten Sprüche und Reime anzuhören. Männliche Konkurrenten werden serienmäßig als "Fotzen"

beschimpft. Auch Samy Deluxe und Afrob waren da keine Ausnahme. Vielleicht ist es nur Zufall, vielleicht ist aber auch in den männlichen Köpfen bei diesem Thema ein wenig passiert?

In den letzten Jahren ist viel über die Krise des Deutsch-Raps geredet und geschrieben worden: Es werde dort inhaltlich nichts mehr geboten und die Texte würden sich nur noch darum drehen, wer der Tollste oder der geilste Freestyler ist. Das stimmt im Grunde nur für den Mainstream-Rap, der seit Mitte der 90er Jahre von Plattenfirmen gepusht worden ist, um auf der HipHop-Welle ordentlich absahnen zu können. Vor diesem Hintergrund mag HipHop aus der Mode gekommen sein. Nimmt man aber die Alben afrodeutscher Rapper wie Germ (Bewusstsein), Chima (Reine Glaubenssache), Torch (Blauer Samt) Meli (Skills en Masse), Ebony Prince und Nordmassiv (Schlachtplatte), D-Flame (Daniel X) und diverse andere, dann wird schnell klar, dass HipHop noch immer viel zu sagen hat. Viele von ihnen haben schon im Jugendzentrum gerappt, als von einem Hype noch keine Rede war. Das ist auch politisch von Bedeutung, denn diese Platten entstehen ja nicht im luftleeren Raum, sondern spiegeln auch Diskussionsprozesse innerhalb der Black Community in Deutschland wieder.

In diese Linie ordnet sich das neue Album von Afrob und Samy Deluxe nahtlos ein. Natürlich sind die Produktionsbedingungen, die eine Plattenfirma wie EMI zur Verfügung stellen kann und die es erlauben, mal eben in die USA zu fliegen, dort Beats einzusammeln und im Studio stundenlang an den Sounds zu feilen, nicht mehr mit Jugendzentrum zu vergleichen. Aber dass die beiden HipHop leben, ist deutlich zu hören.

DSe, rock-links.de

Afrob & Samy Deluxe (ASD), Wer hätte das gedacht, EMI, www.asdcrew.de; Tourdaten: 14.3. Pforzheim, Kulturhaus Osterfeld; 29.3. Erfurt, Centrum Erfurt; 31.3. Köln, Live Music Hall, 1.4. Würzburg, AKW; 2.4. Stuttgart, Zapata; 4.4. Lingen, Alter Schlachthof; 5.4. Bremen, Schlachthof; 6.4. Berlin, Columbia Fritz; 7.4. München, Muffathalle; 9.4. Hann. Münden, Kurbelkasten; 10.4. Fulda, Kulturzentrum Kreuz; 11.4. Chemnitz, Talschock; 15.4. Erlangen, E-Werk; 16.4. Darmstadt, Centralstation; 17.4. Hamburg, Große Freiheit

# 36. Gentrification, Gecekondus und grenzenloses Kapital. Dialog zwischen Metropolen: das ErsatzStadt-Projekt

*Dialog zwischen den Metropolen: das ErsatzStadt-Projekt*

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak471/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:08

Der Begriff Metropole lässt viele nur an Paris, London, New York und Tokio etc. denken, nicht aber an Bombay, Lagos, Istanbul, Rio de Janeiro, Buenos Aires. Diese Städte werden meist nur mit den Attributen der Armut, sozialer Deklassierung und mit Gewalt in Zusammenhang gebracht. Städte in Afrika, Asien und Lateinamerika haben sich jedoch zu riesigen Metropolen entwickelt, in der sowohl industrielle Produktion als auch Verwaltung, Dienstleistung und Kommunikation kulminieren.

Wie unter einem Brennglas lassen sich anhand der Städte die sozialen Verhältnisse eines Landes studieren. Das Kapital, das keine Grenzen kennt, international fließt und unaufhörlich auf der Suche nach neuen Märkten (Absatz- und Arbeitsmärkten) ist, hat die Entwicklung der Produktivkräfte und hier vor allem der Kommunikationstechnologie mit den schier unbegrenzten Möglichkeiten des Datentransfers und damit die globale Vernetzung beschleunigt. Städte in den ökonomisch noch nicht so entwickelten Ländern des Südens wurden so ebenfalls einem Modernisierungsschub ausgesetzt, der einem euro- und nordamerikanischen Zentrismus lange verborgen blieb. In ihrem 2001 erschienen Buch "Metropolen" führen die beiden am Konzept der ErsatzStadt beteiligten Kuratoren Stephan Lanz und Jochen Becker aus, dass z.B. Swissair und Austrian Airlines für 20% der europäischen Lohnkosten ihre Büroarbeit nach Bombay ausgelagert haben.

In Berlin befasst sich das Projekt ErsatzStadt ein Jahr lang mit unterschiedlichen Metropolen und der Alltagspraxis der Bevölkerung - dies geschieht sowohl im öffentlichen Raum als auch in der Volksbühne. Finanziert wird das Ganze von der Kulturstiftung des Bundes in Kooperation mit der Volksbühne.

Dass die Stadt als Ort/Plattform/Bühne für das Aufeinandertreffen diverser geistiger, sozialer und politischen Strömungen und als Geburtsstätte der Avantgarden immer wichtig war, liegt auf der Hand: Surrealismus, DADA, Lettristische Internationale und Situationisten wären ohne Metropolen nicht denkbar gewesen. In den achtziger und neunziger Jahren begannen KünstlerInnen vor allem in den westlichen Metropolen ihre mehr oder weniger unfreiwillige Rolle bei der Kapitalisierung ganzer Stadtteile kritisch aufzuarbeiten. Auf der Suche nach preiswerten Wohn- und Arbeitsräumen besiedelten sie heruntergekommene Stadtteile, werteten sie damit kulturell und touristisch auf, was eine bessere Vermarktung und Profitsteigerung nach sich zog. Die ersten Opfer einer solchen Entwicklung waren sowohl die angestammte ärmere Bevölkerung als auch die nicht arrivierten KünstlerInnen. Die US-amerikanische Künstlerin Martha Rosler thematisierte 1991 diesen Vorgang der Gentrification in ihrem interdisziplinären Projekt "If you lived here. The City in Art, Theory and Social Activism" (Dia Art Foundation) am Beispiel der Stadtteile Lower East Side, East Village und Soho in New York City.

Die Stadt als Kulisse - die Kulisse als Stadt

ErsatzStadt fokussiert an Fallbeispielen die sozialen Prozesse der im westlichen Bewusstsein unterbelichteten Metropolen des Ostens und Südens. Eine im Vorfeld bei der Recherche organisierte Vernetzung mit AktivistInnen, SozialwissenschaftlerInnen, ArchitektInnen, KünstlerInnen und StadtplanerInnen, auch aus den betreffenden Städten, schlägt sich in Vorträgen an den Themenabenden nieder. Nach Bombay (23.2.) stand an zwei Tagen (1. und 2.3.) Istanbul als "Self-Service-City" im Zentrum des Interesses. Buchstäblich in einer Stadtkulisse fand eine Kompilation aus Diavorträgen, kurzen Theaterszenen, Videos und Musik statt.

Bert Neumann, Bühnenbildner der Volksbühne, hatte bereits im letzten Jahr den gesamten großen Saal (Bühne und Zuschauerraum) in eine städtische Szenerie aus Wohnhaus, Piazza und Geschäften, Bars und Rotlicht-Distrikt verwandelt. ZuschauerInnen können in dem mehrstöckigen Wohnhaus auf der Drehbühne sitzen und dem Treiben auf der Piazza zusehen, ein anderes Mal folgen sie dem Geschehen im Wohnhaus aus der Perspektive des "öffentlichen" Platzes. Diese aufwendige Kulisse wird für alle anderen

Volksbühnenproduktionen von Castorf, Schlingensief und Pollesch genutzt, wobei vor allem die Stücke des Letztgenannten die gnadenlose Durch-und-durch-Kapitalisierung von Stadt und Mensch in drastischen Wortkaskaden dramatisieren.

Das eng Verwobene und Vernetzte, was Stadt als soziales Gefüge bestimmt, schlägt sich auch in der unterschiedlichen, aber kompatiblen Nutzung der Volksbühne nieder. Die Kulisse dient sowohl dem Theater als auch den interdisziplinären Themenabenden des ErsatzStadt-Projekts. Der Kreis zwischen dramatisiertem Leben und den wirklichen AkteurInnen im Alltag schließt sich an diesem Ort.

Bei Nacht gesetzt, bei Tag betrachtet

Mit Vorträgen, Diashows, Videos, Musik und Theaterszenen wurden an den beiden Istanbul-Abenden unter Leitung von Folke Köbberling und Martin Kaltwasser und der Assistenz von Claudia Burbaum und Birun Ercan unterschiedliche Aspekte informeller Strukturen und Schattenökonomien beleuchtet. Die Frage der ständig wachsenden Stadt - im Falle Istanbul von 1 Million in den 50er-Jahren auf heute ca. 13 Millionen - stand dabei im Vordergrund. Bereits seit den vierziger Jahren zog es viele Menschen auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben nach Istanbul, das jedoch keinen bezahlbaren Wohnraum bot. Die Familien "nahmen" sich das brachliegende Land und errichteten ihre Hütten, so genannte Gecekondus, was "über Nacht gesetzt" bedeutet. Bis zu 200 dieser Hütten entstanden in manchen Nächten auf öffentlichem Brachgelände. Sie durften nicht mehr abgerissen werden und wurden später mittels einer tapu (Grundbucheintragung) legalisiert. Mittels solcher "Landnahme" entstanden ganze Stadteile. Nur ein geschulter Blick kann die alten Gecekondustrukturen noch in den Stadtteilen erkennen. Ähnliche Phänomene sind auch aus anderen Ländern des Südens bekannt.

Obgleich es in Istanbul Ansätze zur Stadtplanung gab, wurden sie durch die informellen Strukturen immer wieder über den Haufen geworfen. Man geht davon aus, dass ca. 50% der Bebauung Istanbuls ohne Genehmigung bzw. Planung der Behörden betrieben werden. Das Phänomen der Gecekondus macht deutlich, wie die illegale Aneignung von Land einerseits den kapitalistischen Prinzipien zuwiderlaufen und ihnen andererseits nützen, denn die Familien siedelten immer in der Nähe ihrer Arbeitsplätze und gewährleisteten somit die Versorgung der prosperierenden Industrie mit Arbeitskräften.

Aus einer in Grundzügen widerständigen Bodenaneignung generiert schnell die individuelle Profitmaximierung, indem die Gecekondus mit mehreren Stockwerken versehen und weiter vermietet werden. Schnell bekommt dieses System mafiose Strukturen und wird integraler Bestandteil eines ganz normalen Kapitalismus. Eine "systemgefährdende" Bewegung wird aus den verschiedenen informellen Strukturen und subversiven Überlebensstrategien nicht entstehen, sondern eher Kräfte auf den Plan rufen, die den neoliberalen Kapitalismus nur reformieren wollen.

Mit der "Mobilen Forschungseinheit", einer transportablen Architektur mit Kino, Archiv und Produktionsraum, werden die ErsatzStadt-AktivistInnen im öffentlichen Raum Berlins ab Mai auf Tour gehen. Für Herbst ist die Thematisierung der Metropole Lagos geplant.

Matthias Reichelt

Weitere Informationen unter www.ErsatzMedia.info

# 37. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak471/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:07

Willige Vollstrecker

David Albaharis Roman "Götz und Meyer" beruht auf historischer Quellenrecherche. Es geht um die Ermordung von Jüdinnen und Juden aus dem Lager auf dem ehemaligen Messegelände in Belgrad. Die dort zwischen 1941 und 1944 kasernierten Menschen wurden durch Kohlenmonoxydzuleitung während LKW-Fahrten von Belgrad nach Jajinci vergast. Der Ich-Erzähler, ein Belgrader Lehrer, ist einer der wenigen Überlebenden seiner Familie, mehrere seiner Verwandten wurden in dem LKW ermordet. Bei seiner Recherche stößt er auf die Namen der LKW-Fahrer: Götz und Meyer. "Mich reizte die Tatsache, dass sie keine Schräubchen in einem großen Mechanismus waren, die nicht wissen, wozu der Mechanismus dient, sondern dass sie eingeweiht waren in das Geheimnis ihres Auftrags - Todesboten und Tod zugleich." Immer stärker versucht sich der Erzähler ein Bild von den Tätern Götz und Meyer zu machen: Götz mag Kinder, schenkt sogar den Kindern im Lager vor der Abfahrt Bonbons, oder ist das Meyer, der das tut und sicherlich im Heimaturlaub der Ehefrau von seiner mörderischen Tätigkeit erzählt, oder ist das Götz? Götz und Meyer werden in der Vorstellung immer unkonkreter, erscheinen austauschbar. Typisch und eindeutig ist ihre Dienstbeflissenheit, keiner von ihnen bittet um Versetzung, sie erfüllen ihre "Pflicht". Für den Erzähler ist es überlebensnotwendig, diese beiden zu fassen zu kriegen. "Aber solange diese Gesichter nur eine Leere widerspiegeln und daher für jedes beliebige Gesicht stehen können, werden Götz und Meyer immer wieder zurückkehren und den Irrwitz der Geschichte wiederholen, der schließlich zum Irrwitz unseres Lebens wird." Es geht nicht nur um Götz und Meyer, sondern auch oder gerade um den Überlebenden. David Albahari sagt selbst: "Eine Erzählung ist nie Historie, und sie respektiert die Tatsachen nur, so weit ihr das passt." Seine literarische Bearbeitung nationalsozialistischer Verbrechen ist gelungen und lesenswert.

David Albahari: Götz und Meyer. Eichborn-Verlag, Frankfurt am Main, 2003, 160 Seiten, 18,90 EUR

Ignacio Ramonet

"Kriege des 21. Jahrhunderts" heißt das neue Buch von Ignacio Ramonet, Direktor von Le Monde Diplomatique und Ehrenpräsident von Attac International. Gleich nach dem 11. September 2001 geschrieben und für die deutsche Übersetzung bis Juli 2002 aktualisiert, enthält das Buch so gut wie nichts über den bevorstehenden Feldzug gegen den Irak. Ramonet behandelt den "Weltkrieg gegen den Terrorismus" mit den realen oder mutmaßlichen Schauplätzen Afghanistan, Pakistan, Naher Osten oder Iran und kommt auch auf die ungelösten Konflikte des späten 20. Jahrhunderts (Kosovo/Ex-Jugoslawien, Tschetschenien) zurück. Dabei beschränkt er sich notgedrungen auf eine sehr geraffte Darstellung. Ramonets Anliegen ist es vor allem, allgemeine Ursachen der aktuellen oder unmittelbar drohenden Kriege herauszuarbeiten. So macht er die "neoliberale Globalisierung" verantwortlich für den "Einbruch der Barbarei", die er allenthalben auf dem Vormarsch sieht. Ramonets Darstellung ist eher agitatorisch als analytisch - eine Art Manifest gegen die herrschenden Profiteure der technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche. Manche Formulierung legt den Verdacht nahe, der Autor sehne sich nach der "guten alten Zeit" des vergleichsweise kontrollierten Kapitalismus zurück; so beklagt Ramonet, die Welt sei "aus den Fugen geraten", "gewachsene Sozialstrukturen" seien in Auflösung geraten, und "anstelle des Gesetzes (regiere) die Gewalt". Zwar kritisiert er die Perspektivlosigkeit der Linken, insbesondere die "intellektuelle Kapitulation" der Sozialdemokratie, und lobt den "genialen Politstrategen Lenin" ebenso wie aktuelle AkteurInnen der globalisierungskritischen Bewegung: "Das Forum von Porto Alegre vertritt die Menschheit". Sein Gegenentwurf ("Eine andere Welt ist möglich") bleibt aber floskelhaft. "Es ist an der Zeit, eine neue, solidarischere, auf dem Prinzip nachhaltiger Entwicklung beruhende Wirtschaft zu begründen, die den Menschen ins Zentrum rückt", schreibt Ramonet. Der Weg dahin bleibt unklar - auch wenn der Autor einige vermeintlich leicht "machbare" Reformschritte wie "Besteuerung der Kapitaleinkommen" oder die weltweite Einführung eines "an keinerlei Bedingungen geknüpften Grundeinkommens" vorschlägt.

Ignacio Ramonet: Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen. Rotpunktverlag, Zürich, 2002. 217 Seiten, 19,80 EUR

Rechtspopulismus

und Globalisierung

"Schattenseiten der Globalisierung" titelt ein von Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer herausgegebener Sammelband, in dem es um den Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Rechtspopulismus geht. Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konfliktforschung in Bielefeld, ist in der Linken nicht unumstritten. Seine Anfang der 1990er-Jahre entwickelte These vom Frust der "Modernisierungsverlierer", der sich in rassistischen Gewalttaten entlade, hatte zumindest einen verharmlosenden und entschuldigenden Beigeschmack. So empfiehlt sich denn auch bei dem neuen Buch kritische Lektüre. Der Verdacht, hier könnten autoritäre bis rechtsradikale Bestrebungen bruchlos auf objektive Ursachen zurückgeführt und damit zumindest teilweise entschuldigt werden, erhärtet sich allerdings nicht. So zeigt Dietmar Loch, dass der typische Rechtswähler in Westdeutschland ein "Arbeiter oder einfacher Angestellter in einem festen Arbeitsverhältnis" ist. Für ihn ist weniger eine Notlage prägend als vielmehr die Angst vor sozialem Abstieg bzw. der Frust über blockierten sozialen Aufstieg. Heitmeyer kommt zu dem Ergebnis, "dass die Chancen eines aggressiven Rechtspopulismus sich danach entscheiden, wie ökonomisch erzeugte soziale Ungleichheitsentwicklungen und Kontrollverluste, politische Demokratieentleerung und das Bewusstwerden der Ambivalenz der kulturellen Moderne zusammenwirken." Dieser etwas formelhafte Befund wird in diversen Beiträgen veranschaulicht. Die These, der "klassische Rechtsextremismus" würde gegenüber dem Rechtspopulismus an Boden verlieren, wäre noch zu diskutieren. Wobei auch in diesem durchaus anregenden Buch keine "allgemein verbindliche" Definition von Rechtspopulismus geliefert wird. Dabei lässt sich der Begriff vom Rechtsradikalismus genauso schwierig abgrenzen wie der von der "demokratischen Mitte". Dass auch die großen Parteien für Rechtspopulismus anfällig sind, wird in dem Buch noch einmal überzeugend dokumentiert.

Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. edition suhrkamp, Frankfurt am Main, 2001, 537 Seiten, 17 EUR

# 38. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak471/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:29

Nebel aus Kälte und Bier

Betr.: "Hochamt der Friedensbewegten", ak 470

Die Berichterstattung zu den Demonstrationen gegen die Nato-Sicherheitskonferenz unter der Überschrift "Hochamt der Friedensbewegten - Merkwürdige Proteste" im letzten ak hat uns irritiert: Wer nicht selbst in München war und wusste, warum mensch wohin zu welcher Demo gegangen ist, hatte keine Chance, sich ein vernünftiges Bild von den politischen Auseinandersetzungen um die Proteste zu machen. Das ist schade. Denn die Demo gegen die Nato-Sicherheitskonferenz hat bei allen Defiziten den Unterschied zwischen einer Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und den globalen Krieg der Nato-Staaten auf der einen Seite und einer diffusen Friedensbewegung auf der anderen praktisch gemacht.

Bereits die Vorbemerkung "Introitus: Besinnung" des Autors hat mit den Fakten der Mobilisierung sehr wenig zu tun. Es ging in der Münchner Mobilisierung gerade nicht nur um den drohenden Krieg im Irak wie meist sonst bei den aktuellen Demos in Deutschland. Der politische Kern der monatelangen Auseinandersetzung war die Klarheit, mit der das linke Bündnis die Proteste gegen die Kriegspolitik der Nato-Staaten mit einer Kritik an der verlogenen rot-grünen "Friedensrhetorik" als Ausdruck der Konkurrenz unter den kapitalistischen Blöcken verbunden hat.

So haben 2002 in München trotz Ausnahmezustand und Demoverbot rund 10.000 Menschen unter dem Motto "Von Genua nach München - Stoppt die Kriegspolitik der NATO" demonstriert. Ein erneutes Demoverbot war dadurch vom Tisch. Auch für dieses Jahr waren die Aufrufe eindeutig: "Es ist nicht die Aufgabe einer Protestbewegung, den Herrschenden zu gefallen. Antikapitalismus globalisieren - gegen die Kriegspolitik der Nato-Staaten." Angesichts einer großen Mobilisierung und einer diffusen Antikriegsstimmung in Bevölkerung und Gewerkschaften waren die staatstragenden Kräfte gezwungen, auf die inhaltliche Klarheit der linken Mobilisierung zu reagieren. Natürlich war die "Konkurrenzdemo" von Oberbürgermeister Ude/SPD/ DGB-Spitze/Kirchen am selben Tag ein kluger Schachzug, vor allem, was die mediale Repräsentanz ihrer Inhalte angeht. Aber um der radikalen Linken nicht das gesellschaftliche Feld alleine zu überlassen, mussten sie handeln. War es nicht ein politischer Erfolg: 7.000 bei der SPD und über 25.000 bei einer Demo mit radikalen Inhalten? Doch diese Fakten und Fragen sind alle in der etwas schwiemeligen folkloristisch-klischeereproduzierenden-Bayern-Parodie des Autors und dem Nebel aus Kälte und Bier verschwunden.

Um so fataler ist es, dass der Autor in einer linken Zeitung die Struktur der bürgerlichen Medienberichte reproduziert, lediglich unter anderen Vorzeichen: Er hat genügend Platz, die Transparente und Reden der SPD-Kirchen-Friedens-Kundgebung aufzuzählen, aber keinen für eine angemessene Berichterstattung über die Anti-Nato-Kundgebungen und die Demo. Vielleicht war er aber auch einfach zu lange beim "Hochamt" der 7.000 und verpasste die gute Stimmung und die Reden auf dem Marienplatz - trotz Kälte! Wer sich über die Positionen und den Ablauf der Demonstration gegen die Nato-Sicherheitskonferenz informieren will, kann unter www.no-nato.de alle Redebeiträge nachlesen oder dort als Broschüre bestellen (ca. 60 S., 3 Euro plus Porto, über kontakt@no-nato.de).

mediengruppe sehStörung

(Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz)

Freut euch doch!

Betr.: Titel ak 470

Euren Titelkommentar zum Thema Schröder, Fischer, die Friedensbewegung und der bevorstehende Irak-Krieg empfinde ich als richtiges Ärgernis. Was heißt hier: verlogene Friedensengel? Die Aufgabe der Regierenden ist nun einmal Interessenwahrnahme des Volkes, das sie zu vertreten haben. In unserem Falle - eben des deutschen (ich bin kein Anti-Deutscher). So kommt es nun mal, dass auch bei Fischer/Schröder die

Frage von Krieg und Frieden weder als "prinzipielle noch als irgendwie moralische" dargestellt wird, sondern aus ihrer Sicht "in wohlverstandenem deutschen Interesse " (ebenda!)

Freut euch doch, dass diese Bundesregierung in der Irak-Frage diesen Kurs eingeschlagen hat und keinen gegenteiligen! Freut Euch doch, dass Bush, Powell, Rumsfeld nebst Condoleeza die Deutschen als "Weicheier" glauben beschimpfen zu müssen! Freut Euch doch, dass aus schierer Angst vor unabsehbarem Horror so viele aus unterschiedlichen politischen Lagern inkl. der Kirchen hier und anderswo gegen das US-Hegemoniebestreben und einen US-geführten Präventivschlag demonstrieren! Wie so viele andere war auch ich mit der NATO-Intervention im Kosovo - schweren Herzens aber immerhin - damals einverstanden, bin heute aber entsetzt darüber, wie diese US-Regierung eine mögliche Apokalypse heraufbeschwört.

Die jetzigen Gift-und-Galle-Kommentare um die einzig wahre Linie und die einzig prinzipienfeste Friedenspolitik erinnern mich an unsere tausendmal geschlagenen Schlachten um das "Einzig Wahre" während der 70er Jahre. Gebt doch endlich Frieden!

Hans-Peter Koller

# 39. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak471/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:38

The Voice

Am Wochenende 22./23. März laden das The VOICE Refugee Forum und etliche andere Gruppen und Personen aus dem antirassistischen Spektrum zu einem kleinen Ratschlag nach Jena ein. Dabei geht es den VeranstalterInnen um eine Bestandsaufnahme zum Funktionieren rassistischer Kontrollregime. Das Alltagsleben von Flüchtlingen in Deutschland ist geprägt von Entwürdigung und Kontrolle. In Diskussionen, Arbeitsgruppen und Work-Shops sollen die Möglichkeiten einer gemeinsamen Gegenwehr herausgearbeitet werden. Diskutiert wird darüber, ob dies in Form dezentraler Aktionen oder einer breit getragenen Kampagne erfolgen soll.

Jena, 22./23.3.03, FSU-Universität Jena, Seminarräume 221, Beginn: Samstag 10.30 Uhr, C-Zeiß-Str. 3, Weitere Infos unter: Tel.: 03643/777360

Argentinien in der Krise

Fast zwanzig Jahre nach der letzten Diktatur befindet sich Argentinien erneut in einer tiefen Krise. Am Beispiel des südamerikanischen Landes beschäftigt sich die Ausstellung "Alltag und Vergessen - Argentinien 1976/2003" mit Fragen von Kontinuität und Diskontinuität historischer Prozesse. An der Ausstellung in der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) sind u.a. die KünstlerInnen Alberto Goldenstein (Buenos Aires), Alicia Herrero (Buenos Aires), Eva-Christina Meier (Berlin), Eduardo Molinari (Buenos Aires) und Daniel Richter (Hamburg/ Berlin) beteiligt. Die in der Ausstellung vertretenen KünstlerInnen stehen in der Tradition einer engagierten Kunstproduktion, die sich auf aktuelle soziale Ereignisse bezieht - ohne sich ideologisch vereinnahmen zu lassen.

Berlin, 15.3. - 20.4.03, Täglich 12 - 18.30 Uhr, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/6153031

Globalisierung und Krieg in Afrika

Vom 16. bis 26. März ist Titilope Rashedat Sallam, Mitglied des Democratic Socialist Movement (DSM), in Deutschland auf einer politischen Rundreise. Titilope Rashedat Sallam berichtet über die Auswirkungen von Globalisierung und Krieg und die Lage von Frauen in Nigeria. Sie war als Studentin aktiv an der Obafemi Awolowo Universität in Ife-ife, wo sie sich für Frauenrechte, Studierendenrechte und gegen die Militärdiktatur einsetzte. Jetzt ist sie Womens Secretary in der Kampagne für unabhängige Gewerkschaften und arbeitet darüber hinaus beim Frauen- und Forschungszentrum für Frauenrechte.

Hamburg, 24.3.03, 19 Uhr, Café Exil, Spaldingstraße 41

Female HipHop

Mit ihrem ersten Tape stellte die Band Alif 1997 die einflussreiche senegalesische HipHop Szene komplett auf den Kopf. Zum ersten Mal sind Frauen MCs und nicht nur Tänzerinnen auf der Bühne. Mit ihrem frechen Auftreten und kompromisslosen Texten verdiente sich Alif den Respekt der männlichen Kollegen. Werkstatt 3, das Greenpeace Magazin und der Hamburger Arbeitskreis Asyl präsentieren ein Konzert mit Senegals erster und einziger weiblicher HipHop Band. Daneben werden die Hamburger Bands Karamala (Afro-Beat, Funk, Salsa) und Dubtari (Intercontinentaloffbeat) die Konzerthalle zum Kochen bringen.

Hamburg, 27.3.03, Kampnagel, Music Hall, Beginn: 21 Uhr, Eintritt 8 Euro

Zeichen paradoxer Hoffnung

Wie kann zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit in Israel/Palästina über die Frontlinien und den Hass hinweg stattfinden? Über diese Frage diskutieren Dr. Moustafa Barghouthi, Vorsitzender der palästinensischen Union der Gesundheitskomitees, und seine israelische Kollegin Dr. Ruchama Marton. Seit mehr als zwölf Jahren arbeiten Marton und Bargouti, die palästinensischen Gesundheitskomitees und die israelischen Ärzte zusammen. Ein Zeichen paradoxer Hoffnung in einem Konflikt, in dem es nur die Perspektive weiterer Gewalt zu geben scheint. Unterstützt von der Frankfurter Rundschau lädt die NGO medico international zu einer

Matinée über die Situation in Israel und Palästina ein. Als weitere ReferentInnen sind u.a. Micha Brumlik (Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt), Ronit Matalon (Schriftstellerin, Tel Aviv), Subhi al-Zubaidi (Filmemacher, Ramallah) und Abed Othman (Deutsche Welle, Köln) vorgesehen.

Frankfurt/Main, 30.3.03, 11.00 - 15.00 Uhr, Schauspielfrankfurt, Frankfurt/Main, Eintritt: 10 Euro, weitere Informationen unter: www.medico.de

Irak-Krieg/Buchvorstellung

Vor dem Hintergrund von zehn Jahren Krieg und Embargo und dem anhaltenden "Krieg gegen den Terror" sucht das Buch "Irak Vergangenheit Gegenwart Zukunft - Unter dem Maßstab der Freiheit" von Brigitte Kiechle nach demokratischen Alternativen im Irak. Die Darstellung fußt auf einem Abriss der jüngeren Geschichte, der besonders den Charakter der regierenden Baath-Partei offen legt. Kiechle bezieht sowohl Position gegen das UN-Embargo als auch gegen die Politik der herrschenden Eliten im Irak. Am 9. April stellt sie ihr Buch im Bonner Buchladen Le Sabot vor. Die Autorin ist Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Asyl, sie hat Kontakt zu verschiedenen oppositionellen Gruppierungen im Irak und ist seit Jahren aktiv in der Frauen- und Internationalismusbewegung.

Bonn, 9.4.03, 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Straße 76, Bonn

# 40. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak471/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:39

Beim Erstellen einer Monatszeitung landet man in manchen Situationen fast unbemerkt in einer merkwürdigen Logik. Denn wir stehen ja allmonatlich vor der Aufgabe, unsere Titelseite mit einem Artikel zu bestücken, der so interessant wie aktuell wie vier bis fünf Wochen lang haltbar ist: der Aufmacher. Und darüber hinaus sollte es sich in diesem Aufmacher, sofern er seinen Namen verdient, um ein Thema drehen, das von einiger Bedeutung ist. Das ist eigentlich am Wichtigsten. Entscheidungsprozesse diesbezüglich laufen auf Redaktionssitzungen deswegen meist so ab, dass man von dem ausgeht, wo es derzeit am meisten "brennt", und dann guckt, inwieweit sich dieses augenscheinlich heißeste Thema hinsichtlich Aktualität und Haltbarkeit bewährt.

Der Schwierigkeiten, die in diesem Prozess auftreten können, sind viele. Oft nämlich zeigt sich die politische Realität einfach bloß lau als ewige Wiederkehr des Gewohnten; die Aufgabe besteht dann darin, sich etwas bemüht bis verkrampft anzustrengen, dem kapitalistischen Einerlei noch ein Fünkchen bislang nicht bekannter Bedeutung abzutrotzen.

Das immerhin stellt sich uns derzeit nicht als Problem. Der drohende Krieg überschattet schon seit einigen Ausgaben jedes andere denkbare Thema, liefert reichlich Anlass zur Debatte, Bericht und Positionierung und ruft geradezu nach argumentativer Schärfe und polemischer Zuspitzung auf der ersten Seite. Nur - wie viele Monate lang können wir, die MacherInnen der Zeitung, dieses Thema in Spannung halten, und wann überfällt euch, die LeserInnen, beim Blick vornedrauf, der feststellt, dass schon wieder von Bomben, BellizistInnen und aufs äußerste bedrohten ZivilistInnen die Rede ist, das große Gähnen? LeserInnengähnen ist bekanntlich bedrohlich für jede Zeitung, besonders aber für die kleinen. So kommt man schließlich in die absurde Lage, sich mehr und mehr der Kriegslogik zu ergeben; fast schon ungeduldig darauf zu warten, dass der sogenannte "Militärschlag" schließlich auch ausgeführt wird, damit man die Chronik dieses wahrhaftig lang angekündigten Krieges endlich weiter schreiben kann. Kaum gedacht, erschrickt man gleich.

Das andere Problem: Auch wenn die Kriegsdrohung gerade alles überschattet, dreht sich der Planet weiter. Und auch die neoliberalen VorkämpferInnen wider das Anspruchsdenken, hierzulande angeführt vom Bundeskanzler mit den schwarzen Schläfen, tun weiter ihr Geschäft und holzen die Reste des Sozialstaates zusammen, wo sie nur können. Wieviel Meldung ist das wert? Wir meinen, immer noch genug. Auch für vornedrauf.

Warten auf den Krieg und dabei hoffen, dass man auch zukünftig zu den Begünstigten gehört, die einen Arbeitsplatz (schlecht bezahlt vielleicht, aber immerhin), reparierte Zähne und keine chronische Krankheit haben? Das kann wohl nicht alles gewesen sein. Dafür lohnt auch das Zeitungsmachen nicht. Schreiben und Lesen soll lieber Organisieren und Protestieren nützen. In diesem Sinne wünscht euch viele Anregungen in dieser Ausgabe

Eure ak-Redaktion.

# 41. Viele bunte Ostereier...

CD-Datei: daten/aksuche/ak471/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:471:40

...wünschen wir uns. Und zwar am liebsten in Form von Euroscheinen. Genauso gerne gesehen sind natürlich bargeldlose Überweisungen auf unser Spendenkonto. Noch schlappe 3.691,89 Euro fehlen, um das notwendige Spendenziel von 25.000 Euro punktgenau zu erreichen.

Wir versprechen hoch und heilig, dass wir uns dann mit Sicherheit das eine oder andere Marzipan-Ei gönnen. Denn ohne Nervenfutter geht es auch bei uns nicht.

Allen, die bisher dazu beigetragen haben, dass 21.308,11 Euro auf dem Spendenkonto des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik eingegangen sind, sei auf diesem Wege herzlich gedankt.

Anfang März haben wir die Spendenbescheinigungen für das Jahr 2002 verschickt. Leider haben wir nicht von allen SpenderInnen die aktuell gültige Postadresse. Diejenigen, die keine Post von uns erhalten haben und ihre Spendenbescheinigung für 2002 benötigen, mögen sich bitte mit der Angabe ihrer Postadresse bei uns melden. Wir schicken dann umgehend die Spendenbescheinigung für 2002 (!!) zu.

Auf zum Spendenendspurt und zwar auf folgendes Konto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

Kto. 13150-204

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20